

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis halbjährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Versandliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte Wort 20 Pf. (zulässig 2-fach gebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Hört, Preußen!

„Es ist Mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Das hat Wilhelm II., König von Preußen, in der Thronrede am 20. Oktober 1908 feierlich erklärt. Heute spricht er davon, eine Verfassung, die auf dem gleichen Wahlrecht beruht, in Scherben zu schlagen. Daß die preussische Krone die Absicht hat, dem preussischen Volke endlich das Recht, das ihm durch den schändlichen Verfassungsbruch von 1849 geraubt worden ist, wieder zurückzugeben, davon ist heute nichts zu hören und nichts zu sehen!

Die Regierung Wilhelms II. hat nicht einmal den Versuch gemacht, das Versprechen der Thronrede einzulösen. Statt einer Wahlreform hat sie dem Landtag ein Gesetz vorgelegt, das fast noch schändlicher war als die bestehende Dreiklassenwahlreform. Die Junker, die an ihr Privileg nicht rühren lassen, haben ihr das Gesetz zerissen vor die Füße geworfen und die preussische Regierung, die sich nicht auf das Vertrauen des Volkes, wohl aber auf das Vertrauen Wilhelms II. stützen kann, hat seitdem alles unterlassen, um das feierliche Versprechen einzulösen.

Noch mehr! Die Regierung Wilhelms II. treibt mit den Junkern zusammen Obstruktion gegen die Wahlreform. Zur Verweigerung des Rechts fügt sie den Hohn, gegen die Beratung der wichtigsten und dringendsten Aufgabe der Gegenwart durch ihre Abwesenheit zu demonstrieren.

Ein Bürger Preußens sein, ist eine Strafe, die dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte gleichkommt, hat Scheidemann im Reichstag gesagt. Die Entrüstung der Junker beweist nur die Wahrheit des Wortes. Es ist wirklich so, daß der Untertan Preußens ein Bürger minderen Rechtes ist, daß er zurückstehen muß nicht nur hinter Engländer, Franzosen, Schweizer, Oesterreicher, sondern selbst hinter den andern deutschen Staatsbürgern, hinter Bayern, Württembergern und Elb-Lothringern.

Die Nutznießer des Geldadprivilegs berufen sich auf die historische Leistung Preußens für die Einigung Deutschlands. Aber die preussischen Arbeiter, die 1866 und 1870 die blutigen Schlachten geschlagen haben, sie sind in diesem Staate rechtlos geblieben und sollen, wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht, rechtlos bleiben.

Und dieselbe Klasse, die dem preussischen Volke sein wichtigstes Recht verweigert, dieselbe Klasse treibt eine Politik, die den Frieden gefährdet und die Gefahr heraufbeschwört, daß preussische Arbeiter wiederum aufs Schlachtfeld geschickt werden. Diese Leute haben die Stirne, von Euch, Entrechtete Preußens, den Einsatz Eures Lebens zu fordern für den Staat, in dem Ihr Eures Bürgerrechts beraubt seid!

Hört, Ihr Rechtslosen! Wenn es gilt, Euer Leben zu opfern, dann seid Ihr gleich berechtigt, gleich verpflichtet. Wenn es gilt, als Staatsbürger Euer Selbstbestimmungsrecht auszuüben, dann gehört Ihr in die dritte Klasse, dann hat Eure Stimme kein Gewicht, dann beträgt man Euch, dann habt Ihr nur Pflichten und keine Rechte!

Das muß anders werden. In dem Kampf um Euer Vollbürgerrecht dürft Ihr kein Ruhen und Rasten kennen. Sprecht überall von dem schreienden Unrecht, das man Euch antut. Erzählt es Euren Söhnen, bevor sie des Königs Kof anziehen! Fragt überall, wie es möglich ist, daß die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart unerledigt geblieben ist, wie es möglich ist, daß die Macht der Krone vermag, wenn es sich um die wichtigste Angelegenheit des Volkes handelt, daß die Regierung des preussischen Königs statt zur Förderin zur Hinderin der Wahlreform geworden ist!

Stärkt Eure Macht! Es gibt kein besseres Werbemittel, als die Aufklärung über die Insignie der Dreiklassenwahlreform. Werbt unermüdet neue Wahlrechtskämpfer, reißt sie ein in unsere Organisationen, macht sie zu Lesern unserer Presse. Seid unermüdetlich und Ihr werdet unüberwindlich werden!

Heute abend finden in Groß-Berlin die Massenversammlungen statt, in denen Ihr die Antwort geben werdet auf die unerhörte Provokation, durch die die in Preußen herrschenden Euch herausgefordert hat.

Gestaltet diese Versammlungen zu einer mächtvollen Kundgebung Eurer Kampfesentschlossenheit und Siegeszuversicht!

Schnellfeuerjustiz im Junkerparlament.

Das Dreiklassenparlament, das am Montag dank der schätzbaren Handlangerdienste des Zentrums auch den kümmerlichsten Anseh einer Wahlreform, wie ihn die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts dargelegt hätte, zu Fall gebracht hat, setzte seine ruhmvolle Tätigkeit durch die Auslieferung des „Vorwärts“ und der Abgeordneten Vordhardt und Leinert an den Staatsanwalt zielbewußt fort. Und während bei der Wahlrechtsberatung die vorhandene Majorität der Parteien für die direkte und geheime Wahl befremdlicherweise den Junkern zuliebe zu einer Minorität eingeschrunzelt war, fand sich am Dienstag für die kläglichen Gefälligkeiten gegenüber dem Staatsanwalt ohne weiteres eine starke reaktionäre Mehrheit zusammen! Galt es doch, die verhasste Kritik an der Reaktion zum Schweigen und die aufständigen sozialdemokratischen Abgeordneten vor die Schranken des Gerichts zu bringen, galt es doch, die Nutznießer des elendesten aller Wahlsysteme, die wider alle Vernunft und alles Recht herrschenden Herren Preußens, die privilegierten Klassen, gegen den Ansturm des Volkes zu schützen. Da dazu die geistigen Mittel der Herren Dreiklassenmänner nicht ausreichten, begrüßte man ebenso freudig das Eingreifen der Staatsanwaltschaft, wie man den Polizeileutnant gegen die angeblich „ruhestörende“ Sozialdemokratie unter Preisgabe der Immunität nicht nur, sondern aller parlamentarischen Würde in das hohe Haus zitiert hatte. Wenn die Tiraden der Rappenhaim und Seydebrand, der Stroffer und kongenialer Zentrumsgrößen nicht mehr ziehen, dann muß eben die Polizei einschreiten, dann muß die heilige Justitia zum Schutze von Thron und Altar entboten werden, die ja nach dem schönen Scharfmacherwort „das Schwert nicht umsonst trägt“.

So hat man denn den „Vorwärts“, der in scharfer, aber keineswegs zu scharfer, sondern durchaus der politischen Situation entsprechenden Form die ungeheure Heuchelfomodie der reaktionären Dreiklassenmänner enthüllt und gezeigelt hatte, dem Staatsanwalt ausgeliefert. Dabei spricht alles dafür, daß die Initiative nicht einmal von der Staatsanwaltschaft ausgegangen, sondern durch ein dringliche Winke der Dreiklassenmänner selbst provoziert worden ist! Und die reaktionäre Mehrheit der Dreiklassenmänner fand es deshalb auch ganz in der Ordnung und höchst lobenswert, daß der Staatsanwalt sich der moralisch gestäubten Reaktion des Dreiklassenhauses hilfreich annahm. Zwar war den Herren, die ohne die leisesten Gewissenszweifel dem Staatsanwalt den Befallen taten, den Vorwärtsartikel für beleidigend zu erklären, der fragliche Artikel nur zum kleinen Teile bekannt und gegenwärtig, aber das hinderte sie natürlich nicht, den Staatsanwalt zu autorisieren, namens des gekränkten Parlamentes das Strafverfahren zu eröffnen. Auch das tun wir zu dem Übrigen! Auch das wird die Empörung der Volksmassen vertiefen! Auch das wird den Junkern und Junkerengenossen bei den preussischen Wahlrechtskämpfen nicht vergessen werden!

Und ebensowenig der andere Beschluß, der die Genossen Vordhardt und Leinert aller Abgeordnetenimmunität zum Hohn wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt dem Staatsanwalt auslieferte. Daß die Herren sich dabei der jammervollen Ausrede bedienen, es komme ihnen im Grunde nur darauf an, die Rechtsgültigkeit des § 64 der Geschäftsordnung richterlich nachprüfen zu lassen, was doch auch der „Vorwärts“ als höchst wünschenswert bezeichnet habe, charakterisiert wiederum das Uebermaß von politischer Tartüfferie, das das Haus der Geldadskbedorrechteten ziert. Als ob das die Herren nicht billiger hätten haben können! Ist ihnen doch bekannt genug, daß die Abgeordneten Vordhardt und Leinert Strafantrag gegen die Polizeibeamten gestellt, damit also selbst den richterlichen Entscheid über die Rechtsgültigkeit des § 64 der Geschäftsordnung provoziert haben.

Darin haben die Herren freilich recht: solch ein Vorgehen des Dreiklassenhauses kann der Sozialdemokratie im Grunde nur hochwillkommen sein. Denn es leistet der Aufreißung der Massen, der Empörung der Gemüter, der Entwicklung des Wahlrechtskampfes wirksameren Voranschub als das tausend sozialdemokratische Reden zu tun vermöchten!

Der Staat ist wieder einmal gerettet. Das preussische Junkerparlament, diese Karikatur einer Volksvertretung, hat am Dienstag großes geleistet. Es hat nicht nur die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des „Vorwärts“, sondern auch die Genehmigung zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen die Genossen Vordhardt und Leinert erteilt.

Am 28. April hatte der „Vorwärts“ in einem Artikel mit der Ueberschrift „Eine reaktionäre Affenkomödie“ das Verhalten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gebührend gekennzeichnet. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen und Dänen wurde die Auslieferung des „Vorwärts“ beschlossen. Zwar führte Ströbel in einer groß angelegten

Rede dem Hause das Unanständige seines Verhaltens vor, zwar wies er nach, daß sich der Artikel nicht gegen das Haus, sondern nur gegen die Mehrheit richtete, daß es ein Abwehrmittel gegen die fortgesetzten schweren Angriffe der Mehrheit auf die Sozialdemokratie ist und daß die sozialdemokratischen Abgeordneten von der bürgerlichen Presse weit schwerer beleidigt werden. Aber unser Genosse Ströbel predigte tauben Ohren; die Mehrheit ließ ihn reden und hielt es nicht einmal der Mühe für wert, auch nur den Versuch einer Widerlegung seiner Gründe zu unternehmen.

Das selbe Schauspiel erlebte man bei der Beratung des Antrages auf Einleitung des Verfahrens gegen Leinert und Vordhardt. Genosse Hirsch setzte die Gründe auseinander, die unsere Partei abhalten, den Anträgen zuzustimmen, er wandte sich scharf gegen die Preisgabe der Immunität, legte dar, daß weder Hausfriedensbruch noch Widerstand gegen die Staatsgewalt in Betracht kommen könne und erinnerte die Mehrheit an ihr standalöses Benehmen, durch das das Niveau des Hauses auf den denkbar tiefsten Stand herabgedrückt wird, aber auch ihm gegenüber beobachtete die Mehrheit ihre Wangentaftil. Nur die Nationalliberalen — abgesehen von den Fortschrittler, die sich gegen beide Anträge erklärten — fühlten so etwas wie ein Schamgefühl, und deshalb ließen sie verkünden, daß sie nur deshalb für die Strafverfolgung seien, um die Geschmähigkeit des § 64 prüfen zu lassen. Das Zentrum griff auch in die Debatte ein, aber nicht, um zur Sache zu sprechen, sondern um seine Abstammungsmanöver bei Beratung der Wahlrechtsanträge, die Hirsch kurz gestreift hatte, in Abrede zu stellen. Allerdings nur mit dem Erfolg, daß ihnen unser Redner nun erst recht die verdiente Abfuhr erteilte. Die Mehrheit für die Anträge war die gleiche wie bei der Strafverfolgung gegen den „Vorwärts“.

Vorher hatte das Haus in namentlicher Abstimmung die neuen Kampfbroschüren gegen die Polen und Dänen in zweiter Lesung genehmigt.

Den Schluß der Sitzung bildete die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Zwangsmassnahmen gegen Arbeitscheu und säumige Nährpflichtige. Unsere Genossen Hirsch und Liebknecht griffen wiederholt in die Debatte ein, um die Verfassungsverletzung dieses antisozialen Polizeigesetzes zu brandmarken. Sogar die Nationalliberalen bekämpften den Entwurf aufs schärfste, aber das wird seine Annahme in dritter Lesung leider nicht verhindern können.

Der Präsident wollte die dritte Lesung des Polengesetzes und des Arbeitscheuengesetzes schon zu Mittwoch auf die Tagesordnung setzen, aber die Minorität bestand auf Innehaltung der Fristen, und so wird das Haus erst am Donnerstag darüber beraten können.

Für Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und Initiativanträge, darunter der Diätenantrag, auf der Tagesordnung.

Die Steuerfrage.

Der vorletzte arbeitsreiche Tag vor der Verlegung brachte noch eine ausführliche Debatte über all die Steuerfragen, die den letzten Reichstagswahlkampf beherrschten. Und bei einer der zahlreichen Abstimmungen, die gestern dem Hause noch auferlegt wurden, kam wenigstens das zum Ausdruck, daß die Mehrheit, entgegen der Haltung der Finanzreformparteien, eine direkte Besteuerung, und zwar auf dem Wege der Erbschaftsteuer verlangt. Die Kommission hatte zwei Gesetzentwürfe vorgeschlagen, nach denen eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorgeschrieben wird, und ferner — in dem zweiten Gesetzentwurf — die Erbschaftsteuer vorgelesen wird. Gegen den ersten Voranschlag stimmte unsere Fraktion, weil die Einbringung dieser unbestimmten Besitzsteuer an die Bedingung geknüpft wird, daß die Ermäßigung der Zuckerversteuer hinausgeschoben wird. Der zweite Gesetzentwurf, der die Einbringung der Erbschaftsteuervorlage berart verlangt, daß sie mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann, wurde gegen Zentrum und Rechte mit 184 gegen 169 Stimmen angenommen.

Gätten sich die Nationalliberalen mit dieser zweiten Forderung begnügt, die in ihrer Präzision keine Unklarheit aufkommen läßt, so wäre der Sieg über den Schnapsblock von 1909 unzweifelhaft und klar gewesen. So aber wollten die immer überschaulen Staatsmänner die Beziehungen zum Zentrum nicht abbrechen und sie hatten sich deshalb mit dem Herrn Erzberger zusammen auf den zuerst genannten Voranschlag geeinigt. Der ist nicht nur verfehlt wegen der Verschiebung der Zuckerversteuer, sondern ebenso sehr infolge der Unklarheit der Fassung, die auch in der Tat alle Deutungen zuläßt. Herr Wassermann und sein Parteifreund Roland-Lücke konnten zwar ihrem Antrag und dem Wort von der „allgemeinen Besitzsteuer“ mit samt dem langen Relativsatz den Sinn geben, daß sie darunter nur eine Vermögenssteuer oder eine Erbschaftsteuer verstehen. Aber was nützte das, wenn die anderen Antragsteller und diejenigen, die sich von der Rechten zu ihnen fanden, durch die weitherzigste Interpretation die möglicherweise gedachte Absicht absolut ruinierten. Nacheinander erklärten Herr Dr. Spahn, Graf Westarp, Freiherr v. Camp und der Schatzsekretär, daß man sich unter dieser Besitzsteuer alles mögliche denken kann, neue Zölnersteuer, Gebühren auf Wertpapiere, ja sogar die Erhöhung der Walfischbeiträge! So war der Sinn, den im günstigsten Falle Herr Wassermann in dem Stromversand antrag hineingelegt haben mochte, doppelt und dreifach ge-

Wies, und der ganze Vorschlag nur noch eine bequeme
Ausflucht für die Gegner einer wirklichen direkten
Reichsbesteuerung. Die Genossen Ledebour und Dr.
Südekum brachten diese Auffassung in klaren Worten und
mit den schärfsten Argumenten zum Ausdruck, ohne aber die
Nationalliberalen zu einer Abkehr zu bringen. Die Rechte
und das Zentrum hätten es angeht dieses Erfolges, den
sie der schwärmühtigen und unbehobenen Staatsmännerei
der Nationalliberalen verdankten, gar zu gern gesehen, wenn
nun der zweite Vorschlag preisgegeben worden wäre. Da
aber, in dieser wichtigen Abstimmung, sprach sich eine
immerhin starke Mehrheit klar und ohne Umschweife für die
Erbchaftsteuer aus, die vor drei Jahren dem Eigenmut der
Reaktion zum Opfer gefallen ist.

Am Abend wurde auch die dritte Lesung der Brannt-
weinsteuerborlage erledigt, die schon in den jeben
erwähnten Verhandlungen verschiedentlich erörtert worden
war. Genosse Wurm, der die Ablehnung durch unsere
Fraktion begründete, sagte noch einmal in prägnanter Weise
das Urteil zusammen, das wir über diesen neuen Raubzug der
Ritter von der Spirituszentrale fällen, die sich diesmal hinter
einer angeblichen Aufhebung der Liebesgabe verbergen
möchten. In der Spezialdebatte hatten wir nur mit einem
Abänderungsantrag Erfolg, da ein Teil des Zentrums gegen
die offizielle Parteiparole für uns stimmte.

Auch die Wehrvorlagen, die der Anlaß zur Be-
seitigung des Kontingents gewesen sind, erlebten heute ihre
endgültige Annahme, nachdem Genosse Gause noch kurz die
Auffassung unserer Fraktion präzisiert hatte. Der Reichs-
kanzler, der bis dahin ausgeharrt hatte, verließ glückstrahlend
den Saal, begleitet von komplimentierenden Geheimräten
und Staatssekretären. Nun kann der Grafentitel nicht mehr
auf sich warten lassen.

Im Laufe des Tages waren mehrere Wahlprüfun-
gen beendigt worden. Herr Pauli erlitt zu seinem
heutigen 60. Geburtstag, trotz aller Anstrengungen des Zen-
trums und der Konservativen, den Schmerz, daß seine Wahl
für ungültig erklärt wurde. Er ist also doch umsonst von
Rostdam nach Gogonow geflüchtet! Bei der Erörterung über
die Wahl des Grafen v. Oppersdorff kam es zu einer
Abstimmung über die Frage, ob geistliche Wahlbeeinflussung
ein gültiger Anfechtungsgrund sei. Die Frage wurde mit
großer Mehrheit bejaht, unserer Erinnerung nach zum
erstenmal.

Bei den Petitionen erreichten wir, daß ein Antrag des
Genossen Albrecht, über eine Petition auf Einführung des
kleinen Befähigungsnachweises im Schneidergewerbe zur
Tagesordnung überzugehen, angenommen wurde. Eine
andere Petition auf Einführung einheitlicher
Wahlurnen wurde nach Verteidigung durch den Genossen
Dr. Quart einstimmig angenommen. Die Konservativen
schämten sich, dagegen zu stimmen. Zu Beginn der Sitzung
war der Geselentwurf über die Militärleistungsfürsorge in
erster und zweiter Lesung von allen Parteien angenommen
worden. Die Genossen Dr. Frank und Bernstein
sprachten sich für unsere Partei zugunsten dieser Regelung aus.
Morgen wird der Etat in dritter Lesung erledigt, und
der Reichstag wird sich am 26. November vertagen.

Allianzverdrossenheit.

Paris, 18. Mai. (Fig. Ber.)

Ist der russisch-französische Zwischenfall — die vom „Echo de
Paris“ entfallte und von den beteiligten auswärtigen Beamten
durch seine Dementi erst recht bestätigte Forderung der Abberufung
des Botschafters Georges Louis aus Petersburg — auf die Umtriebe
Jawolskis, auf die Umtriebe der in Rom und Petersburg
sitzenen Prinzenfamilien aus dem montenegrinischen Königs-
haus, wie manche wissen wollen, oder auf die durch die neueste poli-
tische Entwicklung beschleunigte Auflösung der russisch-französischen
Interessengemeinschaft zurückzuführen? Vielleicht haben alle diese
Motive zusammengeköchelt. Herr Jawolski hat schon lange durch
seine Aufgeschlossenheit und Annehmung die französischen Diplomaten-
kreise verstimmt. Es ist begreiflich, daß die ruhige Sachlichkeit,
womit Herr Louis seine Aufgaben erfüllte, seine Vorkommenerei
erschwerete. Louis ist als der unterrichtetste, das ungeheuerste Detail
der internationalen Politik beherrschende Diplomat Frankreichs
bekannt, und da ist es begreiflich, daß von ihm keine Förderung
der russischen Abenteuerlust zu erwarten war. Er soll — und in
diesem Zabel stimmt der „Temp“ ein — ein zu „bürgerliches“
Leben führen, d. h. sich vom Vandalentum fernhalten, der für
manche Leute noch immer als unentbehrliche Quelle diplomatischer
Ereignisse gilt. In Frankreich ist die Meinung, daß das nationale
Interesse gebietet, im diplomatischen Verkehr den Republikanismus
bis in die Staatsverträge verschwinden zu lassen, in der herrschen-
den Klasse maßgebend, wie gerade jetzt die Beschuldigung des Wiener
Botschafterspostens gezeigt hat. Immerhin ist das nationale Selbst-
gefühl stark genug, um gegen eine allzu grobe Schlingenschiebung
zu rebellieren.

So sehen wir denn diesmal eine völlige Einstimmigkeit der
Presse in der Zurückweisung der Einmennung der russischen
Regierung in das Selbstbestimmungsrecht der Republik. Herr Louis
hätte vielleicht den Botschaftersposten, den er in der Tat aus privaten
Gründen räumen wollte, schon jetzt verlassen, aber nach der Ent-
faltung des „Echo de Paris“ verlangt die öffentliche Meinung, daß er
gerade jetzt, wenn auch nur für einige Monate nach Peters-
burg zurückkehre. Daß die nationale Empfindlichkeit gegen Auf-
stand so deutlich hervortritt, hängt aber auch, trotz aller in der offi-
ziellen und von der Großfinanz beherrschten Presse betonten
Allianztreue, unverkennbar damit zusammen, daß das Bündnis
mit Rußland längst als eine Lüge empfunden wird.
Seit der böhmischen Krise war die Gemeinschaft in der Allianz tat-
sächlich gebrochen. Der Weigerung Frankreichs, Jawolski auf seinen
wichtigen einer Katastrophe zusehenden Abenteuerwegen zu
folgen, gaben die Potsdamer Abmachungen die Antwort. Nun gab
es, während in offiziellen Reden die Allianzphrase weitergeschleppt
wurde, eine Reibung nach der anderen. Der Versuch einer neuen
russischen Anleihe scheiterte an der Weigerung der von der Regie-
rung insizierten Finanzkreise. In der militärischen Politik Auf-
lands trat die Tendenz, die Kräfte auf den Orient zu konzentrieren,
in einer für Frankreich empfindlichen Zurückziehung der an der
Westgrenze liegenden Truppenteile hervor. Als der Versuch
Rußlands, den tripolitanischen Krieg zu einem Vorstoß in Klein-
asien und zur Durchsetzung der Osmannischen Diktatur auszu-
nützen, auf die Opposition der Ententemächte stieß, vor allem Frank-
reich, dem ein Angriff auf die islamitische Welt im Augenblick der
marokkanischen Wirren besonders unangenehm sein muß. Es er-
scheint verständlich, daß die französische Regierung die Annahme
Casonovs und Jawolskis im Zusammenhang mit der Londoner
Mission Marichalls von Eberstein als eine Drohung mit der diplo-
matischen Isolierung empfindet und nun gegenüber Rußland wohl
aber ihre Unabhängigkeit monotonisieren muß. Angenehm ist

Die Situation für die Republik sicher nicht. Sie hat eben die Folgen
ihrer Gefügigkeit gegen die Großfinanz zu tragen, die sie erst in
die Milliarden verschlingende Allianz und dann in das marokka-
nische Abenteuer geführt hat.

Der Krieg.

Die Verwüstung der Oase von Tripolis.

Rom, den 18. Mai. (Fig. Ber.) Mit Aufgebot vieler Tyrit
hat man bei Beginn des Krieges die Uppigkeit und den Reichtum
der Oase von Tripolis geschilbert. Um so konsequenter schmeigt
nun die nationalistische Presse über den heutigen Zustand dieses
Landstrichs, der sich 15 Kilometer lang und 3 Kilometer breit
gürtelförmig um Tripolis legt. Der Berichterstatter des „Avanti“
gibt eine geradezu erschütternde Beschreibung der noch vor kurzer
Zeit so üppigen Gegend, die als Strafe für die an den Verfall der
begangenen Grausamkeiten dem Bombardement der italienischen
Kanonen ausgesetzt worden ist. Wo früher trefflich bestellte Fel-
der waren, im Schatzen hoher Palmen und umgrenzt von Mauern
und Feigenhäden, sind heute dürre Bäume, Wüstenland und
Ruinen. Die Kleinbauern, die die Oase bestellten, sind teils
gefallen, teils geflohen. Sobald die künstliche Bewässerung ein-
gestellt wurde, sind die Palmen verdorrt und die Gemüsepflan-
zungen und Kornfelder vertrocknet. Das Vieh ist fortgetrieben
worden, die Häuser fast alle durch die Kanonenschüsse beschädigt.
Jetzt trägt sich die Regierung mit dem Gedanken, die Oase neu
zu bevölkern, damit der durch Menschenfleisch der Wüste abgerungene
Boden nicht allmählich ganz verlande. Aber was man in wenigen
Stunden zerstören konnte, ist schwer wieder aufzubauen. Die Ge-
sellschaften wollen nicht zurückkehren, und man wird schließlich die
auf italienische Inseln deportierten Araber zwangsweise in der
Oase ansiedeln müssen. Und wenn man sie nicht mit Arbeitsver-
zeugen und Vieh versieht, werden sie sich dort nicht behaupten
können. So haben die Greuel des Krieges unermesslichen Reichtum
zerstört, und das italienische Volk muß in die Tasche greifen, um
den Kirchhof wieder zu bevölkern.

Expropriationsjustiz in Libyen.

Rom, den 19. Mai. (Fig. Ber.) General Canova hat ein
Dekret veröffentlicht, das für die annektierten nordafrikanischen
Provinzen ein recht trauriges Ausnahmerecht festsetzt. Alle Ein-
geborenen, die wegen Verbrechen gegen das Leben, das Eigentum
und die öffentliche Sicherheit unter Anklage gestellt werden, haben
die vorläufige Beschlagnahme ihres beweglichen und unbeweg-
lichen Besitzes zu erwarten. Sobald sie dann wegen eines der
angeführten Verbrechen zu Strafen verurteilt sind von mehr als
drei Monate Dauer, so kann aus der vorläufigen Beschlagnahme die
endgültige Eingehung ihres Besitzes werden. Das militärische
Strafrecht ist natürlich sehr splendide mit Beurteilungen von so
kurzer Dauer. Da wird dann bald alles Hab und Gut der Ein-
geborenen „von Rechts wegen“ dem italienischen Staat zufallen.

Die Italiener vor Kos.

Rom, 21. Mai. Admiral Siale meldet durch Funkpruch von
Bord des Schlachtschiffes „Vittorio Emanuele“: Gestern früh er-
schien das Schlachtschiff „Napoli“ vor der Insel Kos. Der Komman-
dant, die Wundarzt und die türkischen Zivilbehörden ergaben sich.

Ausweisung aller Italiener aus der Türkei.

Konstantinopel, 20. Mai. Der Ministerrat beschloß heute
die Ausweisung aller Italiener aus der Türkei mit Ausnahme der Arbeiter, Ordensgeistlichen und Witwen. Den
Ausgewiesenen wird eine Frist von vierzehn Tagen gewährt.

Marseille, 21. Mai. Die türkische Regierung hat 4 Passagier-
dampfer der Messageries Maritimes gemietet und nach Konstan-
tinopel beordert, um dort 4000 ausgewiesene Italiener an Bord
zu nehmen. Die ausgewiesenen Italiener werden nach Neapel
gebracht werden.

Mailand, 21. Mai. Aus Smyrna und Kleinasien sind
im ganzen 10000 Italiener ausgewiesen worden, die bis
Ende der Woche den türkischen Boden zu verlassen haben.
Mehrere Schiffe mit Ausgewiesenen haben bereits den Piräus
passiert, und die regelmäßigen Dampferverbindungen, die für den
Massentransport der ausgewiesenen Italiener nicht ausreichen,
sind durch italienische Transportschiffe verstärkt worden. Die Tür-
ken haben ferner 10 italienische Schiffe verhaftet, mit der Be-
gründung, daß sie der italienischen Flotte als Lotsen dienen
könnten.

Die Revolution in China.

Verzweifelte Lage der Chinesen in Tibet.

Sima, 20. Mai. Nach einer vom 15. Mai datierten Meldung
aus Shassa sind die Chinesen in Gebäuden der südlichen
Vorstädte eingeschlossen. Ihre Lebensmittelvorräte und
Patronen sind erschöpft, ihre Nahrungsmittel schmelzen. Die Be-
lagerten nähren sich von toten Jungtieren. Der Rückzug ist ihnen
durch 15000 Tibetener, die beide Seiten des Flusses besetzt halten,
abgeschnitten.

Oesterreich und die internationale Anleihe.

London, 20. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wie
ein Telegramm aus Paris meldet, ist der österreichisch-
ungarischen Regierung zu verstehen gegeben worden,
daß ihr Vorschlag, in die Sechsmächtegruppe für die chinesische
Anleihe aufzunehmen zu werden, den Finanzplan der Mächte
schwierig gestalten würde, da dann zu viele Teilnehmer vorhanden
wären. Gleichzeitig wurde betont, daß für eine finanzielle Be-
teiligung Oesterreich-Ungarns jegliche Erleichterung gewährt wer-
den würde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai 1912.

Die Herren, der Kultus und der Unterricht.

„Was nützen und alle höheren Schulen,“ denkt Herr Graf
Ritbach-Sorquitten, „was nützt und der ganze Drillpatriotismus, wenn
eine gottvermaleidete Presse das alles nachher verunzient?“ Also,
Regierung, also, Wahnsinn, wann schafft endlich eine Presse, ge-
tragen von dem ausschließlich privilegierten und allein echten Geist
von Sorquitten? Das ist eine alte ungestillte Sehnsucht des gräßlichen
Begleiters und das lebende Schreckbild der „Korbb. All.“ kann ihn
nicht hindern, eine noch Korbb. d. d. u. noch Allgemeinerer stürmisch
zu fordern. Ganz schon. Aber mit den Ernennungen der künigl.
Schriftbeamten, der Reporter- und Korrespondenten, der Parla-
mentsdeputierten und der Wirklichen Geheimen Oberredakteure wird es
nicht getan sein. Man wird ein Gesetz machen müssen, um das
Preußentum zum Lesen zu zwingen, und die Kodifizierung seiner
Durchführung wird am besten gesichert, wenn die Schulleute jeden
Passanten, wie nach Ausweisepapieren, fragen dürfen: „Herr, was
sieht heute im „Patriotischen Sorquitten“?“
Sont gab es in der Kulturdebatte nichts wesentlich Neues.
Ueberraschend bleibt es, daß auch Graf Nord-Wartenburg nicht über

Ardeers „alle infamische Jesuitentum“ sprach, die ja einigermassen
aktuell sind. Man sprach viel über Vinderleistungen der höheren
Schüler, über humanistischen und neusprachlichen Unterricht, und
Graf Heddy-Zrinsky rechnete es sich als Verdienst an, als Minister
die Realgymnasien erhalten zu haben. Ueber die Volksschule
freilich ward gar nicht gesprochen.

Bei den Universtitäten sprach Graf Ritbach gegen die Tendenz-
professoren der schweren Industrie. Aber die agrarischen Tendenz-
wissenschaftler vergaß er ebenso wie die halatistischen und hurra-
patriotischen.

Eine Debatte über die Universtität Frankfurt offenbarte wenig
Freude an diesem süddeutschen Teufelszeug, das wahrlich mehr als
genug gebändigt ist in den Fesseln der staatlichen Unterrichtsver-
waltung.

Auch über Jugendpflege sprach man: die Generalselb-
marschälle Graf Haeseler und v. d. Goltz forderten Fortbildungs-
schulpflicht bis zum 18. Jahre, Agitation für den die Seereschulung
hebenden Jungdeutschlandbund. Minister Sydow erklärte, daß die
Regierung des Pflichtfortbildungsgesetzes die Fortbildungsschule im
Verwaltungswege einführe, was ihr das Reichsgesetz gestalte. Noch
ein General sprach nach den Reden, Haeseler und Goltz. Herr
v. Lindequist legte sich für seine Kriegervereine ins Zeug-
nissen im Kultusetat wandte er sich gegen die leghin im Reichstag
geübte Kritik. Seine ganze Rede war wieder einmal ein Beweis
dafür, daß Sozialdemokraten in den Kriegereimen nichts zu suchen
haben. Man ist so national, daß man die Angehörigen der größten
Partei der Nation nicht zu haben wünscht.

Nach siebenstündiger Sitzung war der Etat erledigt.
Mittwoch: Eisenbahngesetz.

Konservative und Ultramontane als Wähler der preussischen Volksschule.

Die Rede Scheidemanns im Reichstage hat fast die ganze
bürgerliche Presse, von den kleinsten konservativen Kreis-
blättern bis zu den fortschrittlichen Börsen- und Handels-
blättern in Aufregung versetzt. Das ethische Gefühl des ehr-
samten Wahlbürgers wird mit den verlogenen Mitteln auf-
gestockt, und die Aeußerung Scheidemanns gegen das heutige
preussische Regime als eine Beleidigung des ganzen preussischen
Volks ohne Unterschied der sozialen Stellung, als ehrloser
Landes- und Volksverrat bezeichnet. Derselben Leute, die
sonst mit tiefer Verachtung auf das Kleinbürgertum und die
Arbeiter herabsehen und ihnen alle politischen Rechte vor-
zuenthalten trachten, die suchen nun der von ihnen sonst als
Staatsbürger dritter und vierter Klasse behandelten Masse
einzureden, sie wäre durch Scheidemanns Anspruchs über die
Zümmlichkeit der preussischen Zustände schwer in ihrer Ehre
beleidigt. Als Probe dieses verlogenen Entrüstungstrummels
kann folgende Aeußerung der „Schles. Morgenzeitung“ dienen:
„Was wir vor acht Tagen in unserem Sonntagsteilartikel
als „den Anfang“ bezeichneten, nämlich des Ansturms der Sozial-
demokratie auf die preussische Verfassung, das setzt sich fort in
den Vorgängen gestern nachmittag im Deutschen Reichstage. In
unerhörter Weise hat dort der Sprecher der Sozialdemokratie
unser preussisches Vaterland beleidigt. Um diese
Beleidigung recht empfindlich zu machen, schickte die Sozialdemo-
kratie absichtlich ihr Fraktionsmitglied Scheidemann vor, den
Mann, der schon einmal in so gemeiner Weise unser Hohen-
zollernium vor aller Welt in den Schmutz gezogen. Sie nahm
sich also der frechen Durschen, den sie in ihren Reihen
hat, um mit Kot zu bewerfen, was alle national
empfindenden Kreise unseres preussischen
Volkes mit Stolz ihr eigen nennen.“

Aber auch die fortschrittliche Presse fühlt sich zum großen
Teil in ihrem Vaterlandsgefühl schwer getroffen und schimpft
was sie kann. So schreibt beispielsweise das „Samburger
Fremdenblatt“:

„Trümmer und Scherben häufen sich, wo die Vandalen ge-
hauft haben. Und einer ihrer Wortführer blickt mit selbstgefälli-
gem Stolz zurück und sagt: „Machen Sie, was Sie wollen; wir
werden mit Ihnen allen fertig.“ Und doch haben die Reichstags-
vandalen keiner anderen Heidentat sich zu rühmen, als sie in
der Habel auch das bekannte Tier im Porzellanladen mit gleichem
Erfolg anzurichten vermag. Es ist ja nun alles vorüber und
erledigt. Der Gang der politischen Ereignisse ist bereits über
den Scherbenhaufen hinweggelangt. Was an verfallenen Ge-
legenheiten von mutwilliger Hand geschlossen unter den
Trümmern liegt, bleibt nur als Wegmarke zurück für den fern-
zen Lauf der Entwicklung unseres öffentlichen Lebens.“

Und nachdem dann allerlei weise Bemerkungen über die
„kindische Verärgerungspolitik“ der Elfaß-Lothringer und
über den Unbestand der „gefinnungstüchtigen Genossen“ ge-
fallen sind, erzählt das Samburger Fremdenblatt im Gefühl
seiner politischen Ueberlegenheit:

„Und so „sabotierte“ denn Herr Scheidemann mit ziem-
lichem Erfolg das ganze Vorgehen des Reichstages. Es gelang
ihm, durch möglichst gehässige Schmähsungen auf Preußen die
Regierungsvertreter und die bürgerlichen Abgeordneten aller
Parteien zur gemeinsamen Abwehr zu einigen.“

Natürlich darf die Zentrumspresse hinter dieser Auf-
wendung patriotischer Entrüstung nicht zurückbleiben; sie
sucht deshalb die konservativen Provinzialblätter und -blätchen
noch an Aufgebrachttheit zu übertrumpfen — und doch haben
sich Zentrumsblätter und Zentrumsredner früher noch viel
abfällig über das offizielle Preußen geäußert. Man braucht
gar nicht an die Kritiker der katholischen Presse während des
Kulturkampfes zu denken — man braucht nur festzustellen,
daß zum Beispiel die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ des
Herrn Giesberts wiederholt davon gesprochen hat, man müsse
sich schämen, ein Preuze zu sein, und man braucht nur immer
wieder an das Wort des Abg. Giesberts selbst am 26. No-
vember 1906 im Reichstage zu erinnern, wo er bei der Be-
ratung des Geselentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Be-
rufsvereine mündlich erklärte:

„Ich muß offen gestehen, auch der Geselentwurf in seiner
Verfassung, wie Herr Justizrat Reimborn das schon angedeutet
hat, verrät ganz entschieden ein großes Stück preussischen Kultur-
bureaokratismus. Ähnlich kommt das so weit, daß man sich
schließlich schämt, draußen in der Welt sich als Preuze zu be-
kennen. (Stürmischer anhaltender Beifall links.)“

Und Herr Giesberts fährt dann fort, was gerade bei der
gegenwärtigen Diskussion über Elfaß-Lothringen doppelte Be-
ziehung hat:

„Wir Rheinländer verwahren uns schon lange dagegen,
Preußen in diesem Sinne zu sein.“
Aus diesem Worte Giesberts wie aus den Artikeln der
„Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und auch aus der früheren
Opposition des Zentrums gegen Preußen spricht genau das-
selbe, was Scheidemann jetzt ein wenig stärker unterstreichen
hat: daß jeder volksfreundliche Politiker
jede Gemeinschaft mit dem Regierung-
system, dem Polizeibureaokratismus und

Der Junkerreaktion Preußens auf das ener-
gischste ablehnen muß.

Zum Exodus des Reichskanzlers und des Bundesrats.

Von einem alten Parlamentarier wird uns geschrieben:
„Die nationalliberale und reaktionäre Presse erhebt ein lächerliches Geschrei ob des „unerhörten“ und „einzig dastehenden“ Vorfalls, daß ein Reichskanzler sich wegen der Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten veranlaßt gesehen hat, den Sitzungssaal des Reichstages, gefolgt von den Bundesratsmitgliedern, zu verlassen. In Wahrheit ist dieser Fall weder unerhört, noch steht er einzig da. Bismarck hat öfters den Saal verlassen; namentlich tat er es, wenn der Präsident verkündete: „Der Abgeordnete Eugen Richter hat das Wort!“ Der Kanzler ging also, ohne zu wissen, was Richter sagte; erst wenn dieser geendet, kam er wieder herein oder kam auch gar nicht wieder. Bismarck blieb dem Reichstage oft monatelang fern. Auch der Bundesrat glänzte oft durch Abwesenheit, wenn ein der Regierung nicht genehmer Initiativantrag aus dem Hause verhandelt wurde; kam dieser Antrag erst während der Sitzung zur Verhandlung, so verließen die Bundesratsmitglieder den Saal. Das ganze Indiergeheul der nationalliberalen und reaktionären Presse soll nur die demagogische Ausnutzung der Vorfälle in der Freitagssitzung bezwecken.“

Ungleich drastischer als ein Exodus wirkte es übrigens seinerzeit, als Bismarck wegen eines Zwischenrufs die Bundesratsstraße entlang nach links lief und die geballte Faust gegen die Linke erhob. Ebenso drastisch wirkte es, als Bismarck gelegentlich einer Verhandlung über einen Antrag aus Distanz den Reichstag anbrüllte: „Sie imponieren mir gar nicht!“ Damals war man auch bei den bürgerlichen Parteien durchweg weniger nervös als heute; man lachte über solche Ausfälle und über den oftmaligen Exodus und meinte: „Wenn er lange genug draußen gewesen ist, wird er schon wieder hereinkommen!“ — Und er kam auch wieder!“

Der Schanz der russischen Regierungsbarbarei.

Da es den Anschein hat, daß die Verteidigung der russischen Regierungsbarbarei durch die Präsidenten des Reichstages und Landtages zu einer stehenden Einrichtung im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus geworden ist, machen wir den Vorschlag, bei den künftigen Verteidigungssitzungen zugunsten des Reiches „Väterchens“ auch der „Kreuz-Zeitung“ nicht zu vergessen, die daselbstselbe Verbrechen begangen hat, wie die Sozialdemokraten, die das russische Regierungssystem beim richtigen Namen genannt haben. Der Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“, Professor Theodor Schiemann, schrieb kürzlich in Nr. 190 des Blattes aus Anlaß der Arbeitermeiße in den Demogolddbergwerken:
„Wenn man bedenkt, daß die Zahl der ausländischen Arbeiter in England mehr als hundertmal so groß war als die der 3500 Lena-Arbeiter, und daß trotz des Aufgebots von Militär fast gar keine Opfer gefallen sind, tritt die Barbarei der russischen Praxis, „Ordnung“ zu schaffen, wohl sehr drastisch zu Tage.“

Das Interessanteste hierbei ist, daß Prof. Schiemann dieses vernichtende Urteil über das russische Regierungssystem am 24. April gefällt hat, während Genosse Viehnecht am folgenden Tage für denselben Anspruch im Abgeordnetenhaus zur Ordnung gerufen wurde. Man gedenkt unwillkürlich der treffenden Charakteristik, die die frühere Geliebte Hammersteins über die „Kreuz-Zeitung“ deutliche gefällt hat: „Heuchler sind sie doch alle!“

Reichsverbandsjammer.

Für den 9. und 10. Mai hatte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nach Berlin eine Sitzung seines Gesamtausschusses zusammenberufen, über die jetzt in der „Korrespondenz des Reichsverbandes“ (Nr. 81 vom 14. Mai) ziemlich ausführlich berichtet wird. Besonders häßlich ist an diesem Bericht das von dem sattem bekannten großen Dichters, Sozialologen und wasserländischen Dichters Franz Ludwig verfaßte „Begrüßungsgebet“, das dieser Herr zur Feier des achtten Geburtstages des Reichsverbandes beigezweuert hatte. Die Schlußstrophe dieses Gedichtes lautet:

„Geburtsstagskind, oft totgefaßt,
Von Feindes Kältezunge,
Du lebst noch frisch und unberzagt,
Ein strammer, deutscher Junge!
Erstarke, wachse, wirke fort
Und setze Dich zur Wehre,
Sel immerdar ein fester Hort
Im Kampf für Deutschlands Ehre.“

Zu der Jubelstimmung, die sich in dem sogenannten „Gebiet“ ausbreitet, steht der dann unmittelbar folgende politische Jahresbericht, den der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Dirlsen erstattete, in einem schreienden Widerspruch. Dieser Bericht läßt sich am besten durch das eine Wort: „Kagenjammer“ charakterisieren. Trotzdem der Reichsverband es im letzten Jahre an eifrigster Agitation nicht fehlen ließ, muß Herr v. Dirlsen kleinlaut gestehen, daß den „Erscheinungen“ des letzten Wahlkampfes gegenüber „die Arbeit des Reichsverbandes so gut wie machtlos“ war und er fahet fort: „Es ist schwer, ... der Versuchung nicht zu unterliegen, die Plinie ins Korn zu werfen. ... Das Ergebnis des Wahlkampfes ist das Gegenteil von dem, was der Reichsverband erstrebt hat. ... Ist genug geschrieben treue Freunde, daß sie an der Arbeit des Reichsverbandes verzweifeln und infolgedessen rund und nett ihren Austritt erklären. ... Einige Freunde ... haben uns geraten, die Arbeit aufzugeben, da bei einer so energielosen Regierung die Arbeit doch nicht helfe.“

Aber trotz alledem will der Reichsverband „noch wie vor zum Angriff blasen, das Wagnis in die Hand nehmen und weiter gegen den Feind kämpfen“. Dieser Feind soll in Zukunft außer der Sozialdemokratie auch die freisinnige Volkspartei sein, die der Reichsverband völlig ungeschickterweise „nicht mehr als bürgerliche Partei“ anerkennen erklärt.

Die geplante Abfindung des Reichsverbandsleides „Vom Geber und der schönen Edith“ mußte unterbleiben, da sich bisher noch kein wasserländischer Komponist gefunden hat, der dieses Lied zu „vertönen“ vermochte. Der Reichsverband gedenkt deshalb, wie verlautet, eine Preisauschreibung für eine den hohen Zielen des Reichsverbandes entsprechende würdige Komposition zu erlassen.

Der Kampf um Noerens Erbe.

Die Vertrauensleute des Zentrums im Wahlkreis Merzig-Saarlouis haben bekanntlich mit allen Mitteln gearbeitet, um die Auffstellung des christlichen Arbeiterssekretärs Saueremann als Reichstagskandidat zu verhindern. Das führende Organ der rheinischen Nationalliberalen, die „Rheinische Zeitung“, ist über dieses Beiseite-schieben eines Arbeiters empört. Sie schreibt:

„Was bei den Kandidatenschwierigkeiten des Zentrums auf-jährlich in den Vordergrund getreten ist, das ist die eigenartige Arbeitersfreundlichkeit dieser Partei. Im benachbarten Saarbrücker Wahlkreis, wo man mit dem akademischen Kandidaten nicht ans Ziel gelangen konnte, da wurde der Gewerkschaften der Bergmann Saueremann zugewandt, in der stillen

Hoffnung, mit dieser Kandidatur auch die christlich organisierten evangelischen Arbeiter zu fördern. In dem bombastischen Kreis Saarlouis-Saarburg-Merzig braucht man den Adress einer Arbeiterkandidatur nicht, da wird die christliche Gewerkschaft abgehaltert. Herr Saueremann, dem man in Saarbrücken alle möglichen guten Eigenschaften nachrühmte, hat nun aber doch nicht die „notwendigen moralischen und geistigen Qualitäten“, um im Parlament den Kreis würdig zu vertreten. Die Geistlichen im Kreis Saarlouis-Saarburg-Merzig konnten den etwa 8000 Bergleuten, die im Saarbrücker Kreis ihren Arbeitersitz haben, den Arbeiterkandidaten Saueremann noch im Januar d. J. nicht warm genug als einen hervorragenden Zentrumskandidaten empfehlen, und jetzt erklären dieselben Geistlichen nach kaum vier Monaten diesen Kandidaten für ungeeignet, weil er nicht akademisch, weil er ein armer Schüler sei und nicht die erforderlichen geistigen Fähigkeiten habe, einen Wahlkreis würdig zu vertreten. Die Empörung unter den Wählern, die im Januar von den Geistlichen in den Saarbrücker Wahlkreis abkommandiert wurden, um Saueremann durchzubringen, kann man sich leicht ausmalen.“

In der Sache hat das nationalliberale Blatt entschieden Recht, nur übersteht es, daß die Nationalliberalen es nicht anders machen.

Uebrigens ist eine Arbeiterkandidatur für den Kreis doch noch zustande gekommen. Die Christlichsozialen, Richtung Damm, haben nämlich den Bergmann Si r a u c h aus Euer (Westfalen) als Kandidaten aufgestellt.

Zur Frage der Mischehen.

Aus W i n d h u l wird telegraphiert: Eine Resolution des Landesrats bekräftigt im Falle gestörter Lebensführung die Anerkennung der bis 1905 geschlossenen Mischehen, bittet aber für die Zukunft jede Ehe zwischen Beihen und Eingeborenen strengstens zu verbieten. Der Landesrat sieht in einer Heiratsverweigerung eine schwere Gefahr für das Deutschtum und befürchtet eintretendenfalls die Abwanderung der besten Kolonisten aus Deutsch-Südwestafrika.

Auch eine Verächtigung.

In Nr. 104 des „Vorwärts“ (vom 5. Mai) veröffentlichten wir unter dem Titel „Essener Polizeipraktiken“ eine politische Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß die Essener Polizei bei einer Hausdurchsuchung die Mitgliederlisten der Essener Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes beschlagnahmte, diese Listen abgeschrieben und der königlichen Eisenbahndirektion zugestellt habe, die daraufhin einen in der Liste stehenden Eisenbahner entlassen habe.

Auf diese Notiz schied uns nicht die Essener Polizei, sondern die königliche Eisenbahndirektion in Essen folgende Verächtigung:

1. Der unterzeichneten königlichen Eisenbahndirektion ist keine Abschrift der Listen durch den Herrn Polizeipräsidenten zugegangen;
2. Eine Verhandlung mit dem entlassenen Bediensteten über sein Verbleiben in der Beschäftigung bei der Eisenbahnverwaltung hat nicht stattgefunden, auch ist an ihn die Aufforderung zur Benennung weiterer Mitglieder des Transportarbeiterverbandes nicht ergangen.

Die Verächtigung berichtigt etwas, was wir gar nicht behauptet haben. Nirgends steht in der Notiz, daß die Eisenbahndirektion durch den Herrn Polizeipräsidenten eine Abschrift erhalten hat. Und ebensowenig ist in der Notiz behauptet worden, daß die Eisenbahndirektion eine „Verhandlung“ mit dem Eisenbahngestellten angeknüpft hätte. Dagegen bestätigt die Verächtigung, worauf es ankommt: der betreffende Angestellte ist entlassen worden.

Oesterreich.

Die Obstruktion im ungarischen Parlament.

Budapest, 21. Mai. Abgeordnetenhause. Gleich nach Beginn der heutigen Sitzung erhob sich ein großer Tumult, weil verschiedene Mitglieder der obstruierenden Justizpartei das Wort zur Hausordnung verlangten, das ihnen der Präsident verweigerte, der den Vorsitz führte, verweigerte. Hierauf wurde das Demissionsschreiben des Präsidenten Rabay verlesen. Ministerpräsident Lulacz erhob sich, um sein Bedauern über den unwillkürlichen Entschluß Rabays auszusprechen. Die Justizpartei begann von neuem zu lärmen und wollte den Ministerpräsidenten am Sprechen verhindern; die Abgeordneten Justh und Lohaszky wurden dreimal zur Ordnung gerufen und hierauf, da sie die Zwischenrufe forsetzten, wegen Ungehorsams gegen die Anordnung des Präsidenten dem Immunitätsausschuß überwiesen. Sodann wurde geschlossene Sitzung angeordnet.

Frankreich.

Eröffnung des Parlaments.

Paris, 21. Mai. Das Parlament wurde heute wieder eröffnet. Die Deputiertenkammer hob ihre Sitzung zum Zeichen der Trauer um den verstorbenen Präsidenten Brisson auf, nachdem der Vizepräsident Etienne auf ihn eine mit fast einstimmigem Beifall aufgenommene Gedächtnisrede gehalten hatte. In der nächsten, am Donnerstag stattfindenden Sitzung soll die Präsidentenwahl erfolgen.

Rücktritt Combes.

Paris, 21. Mai. Der Senat hat sich zum Zeichen der Trauer nach einer Gedächtnisrede für den verstorbenen Kommerzpräsidenten Brisson auf Donnerstag vertagt. Die Wähler sprachen von der Absicht Combes, von seiner Stellung als Präsident des ausführenden Ausschusses der radikalischen und sozialistisch-radikalischen Partei zurückzutreten. Der Grund sei in dem Fortschritt, den der Gedanke der Wählerreform im Ausmaß gemacht habe, zu suchen. Mitteilungen aus guter Quelle besagen, daß der Rücktritt bereits vollendete Tatsache sei.

Marokko.

Ein Gefecht im Mlujagebiet.

Paris, 21. Mai. Aus M l u j a d a wird gemeldet: Eine Aufklärungsabteilung, die von 1200 Beni Uarain angegriffen wurde, fingierte den Rückzug. Die Marokkaner stürmten vor, worauf sie bei Britissa von zwei französischen Kolonnen umzingelt und mit großen Verlusten in die Flucht geschlagen wurden. Die Franzosen hatten 9 Leichtverwundete.

Amerika.

Ein Uegeraufstand in Kuba.

New York, 21. Mai. Wie aus Havana gemeldet wird, ist eine Verschwörung der Regier in allen Provinzen Kubas entdeckt worden. Die Regier sollen zum Aufstand getrieben sein durch die Weigerung der Regierung, ihnen für die im Unabhängigkeitskriege geleisteten Dienste politische Kompensationen zuteil werden zu lassen. Der Hauptstern der Verschwörung ist Sagua la Grande in der Provinz Santa Clara. Die Regierung hat Truppen in Stärke von 1200 Mann nach der Provinz Santa Clara entsandt.

Aus der Partei.

Sozialistische Konferenzen in England.

London, 18. Mai. (Fig. Ver.) Zu Pfingsten werden die Parteitage der B. S. P. (British Socialist Party) und der I. L. P.

(Independent Labour Party), der beiden Sektionen des englischen Sozialismus, stattfinden. Die Parteitage sollen ursprünglich zu Ostern tagen, mühten jedoch wegen der großen Verkehrsschwierigkeiten zur Zeit des Bergarbeiterstreiks verschoben werden. Der Parteitag der B. S. P. wird zu Manchester, der der I. L. P. zu Merthyr in Wales abgehalten werden. Von besonderem Interesse wird der Parteitag der B. S. P. sein, da in Manchester das Programm und die Statuten der neuen sozialistischen Verschmelzung definitiv festgesetzt werden sollen. Die sozialistische Einigungskonferenz, die am 30. September und 1. Oktober des letzten Jahres in Manchester stattfand und auf der die B. S. P. gegründet wurde, beauftragte den provisorischen Vorstand mit dem Entwurf eines Programms und Statuten gemäß den auf der Konferenz angenommenen allgemeinen Grundsätzen. Zur Abänderung und Ergänzung des Entwurfs sind nun 16 Seiten Anträge eingereicht worden. Eine Reihe dieser Anträge zollt die Frage der „industriellen Aktion“ wieder auf, die schon auf der Einigungskonferenz hart umstritten wurde. Eine beträchtliche Anzahl Mitglieder ist offenbar der Ansicht, daß es eine Hauptaufgabe einer politischen Partei ist, sich mit den Aufgaben der Gewerkschaften zu befassen, deren Tätigkeit, nach dem Wortlaut der Anträge zu urteilen, die Berggesellschaftung der Produktionsmittel zum Ziel haben muß. Diese Unklarheit über die Aufgaben einer politischen Partei besteht übrigens nicht nur in der B. S. P., auch in der I. L. P. ist dieselbe Erscheinung wahrzunehmen.

In dem Bericht des provisorischen Vorstands am dem Parteitag der B. S. P. heißt es: „Es bestehen jetzt etwa 870 Mitgliedschaften der British Socialist Party im Vereinigten Königreich. Es gibt viele Orte, wo man mit etwas Unterstützung und Ermutigung Mitgliedschaften bilden könnte, und es sollte ein leichtes sein, in den nächsten zwei oder drei Monaten die Zahl der Mitgliedschaften auf mehr als 400 zu bringen, selbst wenn man die Reduzierung durch Verschmelzungen in Betracht zieht. ... Im allgemeinen kann man sagen, daß während der ersten paar Monate der offiziellen Existenz der Partei eine Loyalität und Kameradschaftlichkeit bewiesen worden ist, die für die Zukunft Gutes verheißt. Die meisten der Mitgliedschaften sind in beständigem Wachstum begriffen, und obwohl es im Augenblick unmöglich ist, die Zahl der Mitglieder genau einzuschätzen, ist sie mit ungefähr 40 000 anzugeben.“

Aus dem Bericht des Parteivorstandes der I. L. P. ist hervorzuheben, daß nach dem Bericht die Zahl der Mitglieder zurückgegangen ist und die Einnahmen der Partei schlechter waren als in dem vorangehenden Berichtsjahr. Doch hat die I. L. P. bei den Gemeinderatswahlen des letzten Jahres sehr gut abgeschnitten, indem es ihr gelang, im ganzen Lande 88 Mandate mehr zu erobern, als ihr vorher innehatte.

Ein großes Licht auf die englische Pressefreiheit wirft die Mitteilung, daß der „Labour Leader“, das Organ der I. L. P., im letzten Jahre einige Hundert Pfund wegen Verleumdung zahlen mußte. Unter den verurteilten englischen Verleumdungsgesetzen, die jedem Schwindele und Gauner eine sorgfältige Existenz verschaffen, hat auch die „Justice“ im vergangenen Jahre leiden müssen. Ihr kostete ein Prozeß, den ein verurteilter Lebensmittelhändler gegen sie anstregte, über 460 Pfund.

Polkelliches, Gerichtliches usw.

Die Behandlung ausländischer Landarbeiter.

Wie man in Deutschland mit ausländischen Landarbeitern umspringt, zeigte eine Gerichtsverhandlung, die sich vor dem Rielers Schöffengericht abspielte. Angeklagt waren der verantwortliche Reaktor der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Riel, Genosse Vielenberg, und der verantwortliche Reaktor der „Schleswig-Holsteinischen Landpost“, Genosse Bartels in Altona. Die „Volkszeitung“ hatte einen Artikel veröffentlicht, der auch von der „Landpost“ übernommen wurde und in dem die Ergebnisse von zwei russischen Familien geschildert wurden, die man nach Deutschland gelockt hatte und die dann bei dem Hofbesitzer Behr in Stodsee (Schleswig-Holstein) in Arbeit kamen.

Die Beweisaufnahme war sehr interessant und dürfte Herrn Behr, aber auch dem Fürsorgeverein für Rückwanderer in Berlin, der hierbei auf eine nicht unwesentliche Rolle spielte, noch recht lange am Gedächtnis bleiben. Einer der Russen, die vom Fürsorgeverein aus der Wolgaregion hergeholt wurden, sagte aus, daß ihnen von Agenten 4-5 R. versprochen worden sind. Als sie dann völlig mittellos in Berlin anlangen, wurde ein Vertrag mit ihnen gemacht. Danach bekamen sie einen Tagelohn von 1,50 R. und in der Ernte von 2 R., die Frauen 1,20 R. Naturalien konnten sie sich zu bestimmten Preisen auf dem Hofe kaufen. Ferner erhielten sie Torf und als Wohnung jede Familie zwei Stuben, Kammer und Zubehör. Bei Behr hatten sie mit zwei Familien drei Stuben bewohnen müssen, einen Raum konnten sie nur heizen, weil sie keine Feuerung hatten. In diesem Räume wohnen und schliefen sie. Stroh Torf wurde aufschloß geliefert. Wenn sie es morgens bestellten, erhielten sie es erst am nächsten Abend, so daß sie im kalten Winter oft ohne Feuerung waren.

Genosse Bartels führte aus, er habe an Ort und Stelle Erkundigungen eingezogen und müsse sagen, daß die Bezeichnung „Junkerparadies“ berechtigt sei, denn die Arbeiter wechselten ständig. Er habe eine Karte gesehen, die von einem der Arbeiter Behrs bewahrt war. Das Haus bestand aus Holzwerk, an einer Stelle war so viel Lehm herausgefallen, daß ein großer Hund durchlaufen konnte. Im dieses Loch dicht zu machen, hatte der Einwohner von innen einen großen Koffer gegengestellt und von außen war Sand gegengeschüttelt. Etwa 10 bis 12 Fensterhebeln waren gerümmelt, die höher waren mit Brettern vernagelt oder mit Säcken verhängt. Und das mitten im Winter. Der Einwohner war längere Zeit lungenkrank gewesen. Als er gefragt wurde, wie es es denn darin aushalten konnte, meinte er, er habe sogar gefroren, wenn er im Bett gelegen hätte. Eine eigenartige Rolle spielte in der Gerichtsverhandlung der Amtsvorsteher Ottmann. Er sollte nämlich zu einem anderen Zeugen Zeugnissen über die Behandlung der Arbeiter bei Behr gemacht haben. Auf alle Fragen antwortete er mit den Wörtern, und ein Urteil über die Behandlung der Arbeiter wollte er sich nicht gebildet haben. Deso mehr sagte er der nächste Zeuge aus, der österreichische Konsulatssekretär Sobel. Dieser war nach Stodsee gefahren, um Behr widerrechtlich einbehaltenen Papiere von galizischen und russischen Arbeitern abzunehmen. Die Leute hätten die Arbeit eingestellt, weil sie, wie ihm sagten, von dem Verwalter mißhandelt seien, ungenügende Beschäftigung und Deputat erhielten. Die Leute hätten dann mehrere Tage im Freien kampieren müssen. Der Amtsvorsteher Ottmann hätte ihm bei dieser Gelegenheit gesagt, es herrsche in Stodsee allgemeiner Unwille über die Behandlung der ausländischen Arbeiter. Geschäftsführer Wohne, der früher beim Fürsorgeverein für Rückwanderer tätig war, bekundet, daß der Verein Vertrauensleute in Russland bezahlte, die auspassen müssen, wo sich deutsche Kolonien auflösen und diese zur Auswanderung nach Deutschland bewegen. Ob die Agenten große Versprechungen machen, weiß er nicht. Bezüglich der Ausweisung von ausländischen Arbeitern sagte er, daß der Landrat des betreffenden Kreises sich vorher erst erkundigt bei dem Verein. Bei einer Familie hat der Amtsvorsteher die Ausweisung beantragt, weil der Mann arbeitslos und die Familie der Gemeinde zur Last fallen konnte. (Die Russen waren inzwischen von Behr entlassen worden; es scheint jetzt gegen Behr eine Klage wegen Kontraktbruch.) Er (der Zeuge) habe dann auch ersucht, die andere russische Familie auszuweisen, weil sie nach dem „Kraß“ bei Behr nicht mehr „würdig“ seien, sich in Deutschland aufzuhalten. Nach der Aussage des Zeugen Niebel, des früheren Verwalters auf dem Gute, war natürlich alles in bester Ordnung und die Leute selbst Schuld an ihrer Lage.

Das Gericht hielt natürlich eine Verleumdung für vorliegend, besonders sei die höhnische Anwendung des Wortes „Junkerparadies“ sehr beleidigend. Die Genossen Vielenberg und Bartels wurden zu je 100 R. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Der Achtstundentag in den Bäckereien.

Die Einrichtung von modernen Großbetrieben im Bäckereigewerbe bedingt eine andere Arbeitsweise als in den handwerksmäßigen Kleinbetrieben. Im Großbetriebe wird durch die neueste Maschine die Arbeitsleistung auf das höchste angebannt, was einen um so rascheren Verbrauch der Arbeitskraft zur Folge hat. Von der Arbeiterorganisation wird daher in diesen Großbetrieben auf die Verkürzung der Arbeitszeit das Hauptaugenmerk gerichtet. In den letzten Jahren konnte denn auch die Arbeitszeit vielfach verkürzt werden. Begünstigt wurden diese Bestrebungen durch den Abschluß des Reichstarifvertrages mit dem Zentralverband deutscher Bäckereivereine, nach welchem in allen kontinuierlichen Betrieben tariflich die Arbeitszeit auf täglich acht Stunden festgesetzt wurde. Seitdem ist es gelungen, auch in den einzelnen Privatbetrieben die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden tariflich festlegen zu können. Am Jahresschluß 1911 war der Achtstundentag in 185 Betrieben mit 2343 beschäftigten Arbeitern tariflich festgelegt. In diesem Jahre konnten bereits mit je einem Großbetriebe in Berlin und Frankfurt a. M., in denen zusammen 82 Personen beschäftigt sind, die achtstündige Arbeitszeit durch Tarifabschluß eingeführt werden. In diese Ertragskassen teilen sich vornehmlich die Beschäftigten in den Großstädten. Allein in Hamburg haben den Achtstundentag rund 400 Bäckereiarbeiter; in Berlin sind nach der letzten Zusammenstellung über 200 Arbeiter acht Stunden beschäftigt. Von diesen 600 Arbeitern entfallen 365 Personen auf Privatbetriebe. Die übrigen Betriebe mit achtstündiger Arbeitszeit sind durchgehend Konsumbäckereien. Selbstverständlich besteht in allen diesen Betrieben auch die sechstägige Arbeitswoche.

Gegenüber den handwerksmäßigen Kleinbetrieben, wo fast durchgehend noch an sieben Tagen bzw. Nächten in der Woche gearbeitet wird, und wo selbst nach der Bundesratsverordnung die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden betragen darf, ist die wöchentliche Arbeitszeit in diesen Großbetrieben nur 34 Stunden kürzer. Trotzdem wird auf jedem Unternehmerverbandstag von der Regierung die Aufhebung dieses nutzigen Arbeiterkampfes gefordert, mit der Begründung, daß durch die Verordnung das Kleinergewerbe enorm belastet wird. Wie aber die Tatsachen zeigen, sind gerade diejenigen Betriebe am leistungsfähigsten, wo die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Auch die Intensität der Arbeitsleistung ist hier eine viel höhere als in den Kleinbetrieben mit längerer Arbeitszeit.

Berlin und Umgegend.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung.

Die Firma Sonnabend, Alexanderstr. 30, kapriziert sich darauf, als einzige Firma am Orte zu gelten, die sich zu einer Einigung mit der Organisation der Tabakarbeiter nicht finden lassen will. Nach Verhandlungen, die sich monatelang hinzogen, hat sie es endlich strikte abgelehnt, den Minimallohnsatz in nur nennenswerter Weise zu erhöhen. Die Firma Sonnabend ist die einzige in Berlin, die jetzt noch unter 10 M. für Hausarbeit bezahlt. Dabei liefert diese Firma hauptsächlich an Gastwirtschaften, deren Kundschaft fast nur aus Arbeitern besteht.

Zugleich ist diese Firma als diejenige bekannt, die in den Preisen ein sonst nicht gekanntes Unterbietungsverfahren einschlägt. Dabei schneidet man in offenerbare Weise Rippen aus der Haut der Arbeiter und dadurch wird obige Praxis zu einer direkten Gefahr. Die Löhne bei Sonnabend haben sich schon immer durch ihre exorbitante Niedrigkeit hervorgehoben. Um so unverständlich ist die konsequente Verigerung dieser Firma, auch nur ein Nichtiges zu tun, um diese Löhne zu einigermaßen zeitgemäßen und den Lebensverhältnissen entsprechenden zu gestalten.

Arbeiter, Parteigenossen! Kauft nur dort eure Zigarren, wo die grünen Plakate, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden sind. Beachtet die Veröffentlichungen.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Die Branche der Fahrschaffner und Portiers des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat zwecks Ausweitung der Zugehörigkeit zur Organisation Kontrollkarten ausgegeben. Diese Karten sind von grauer Farbe. Wir ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, recht tege nach der Kontrollkarte zu fragen. Wir bemerken hierbei, daß die unter dem Namen Deutscher Portier-Verband bestehende Vereinigung keine Organisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung ist. Es ist dies vielmehr eine in allen Regenbogenfarben schillernde Vereinigung, die mit den Arbeitgebern liebdielt und es auch nicht verabsieht, armen unwissenden Proletariats mit ihrer Fahrschaffnerschule Geld aus der Tasche zu ziehen, ohne daß diese dafür das Notwendigste lernen.

Die einzige Organisation, die in der Lage und auch gewillt ist, die Interessen der Fahrschaffner und Portiers mit allem Ernst und Nachdruck zu vertreten, ist der Deutsche Transportarbeiterverband. Wir ersuchen, alle Berufskollegen darauf aufmerksam zu machen.

Die Branchenleitung der Fahrschaffner und Portiers des Deutschen Transportarbeiterverbandes.
J. A.: Georg Vossak.

Achtung, Kunststeinarbeiter! Seit Sonnabend, den 4. Mai, befinden sich die Arbeiter des Betriebes von Czarnikow u. Co. in Waldmannslust nach vorausgegangenen Verhandlungen im Ausstande. Wir ersuchen alle Kunststeinarbeiter, den Betrieb streng zu meiden. Verband der Fabrikarbeiter.

Fleischerstreik Neukölln. Wir machen die Partei- und Gewerkschaftsgenossen auf die im Inseratenteil veröffentlichten Fleischermesse, die den Tarif anerkannt haben, aufmerksam und ersuchen dieselben, ihre Frauen auf den Vorkauf aufmerksam zu machen. Zentralverband der Fleischer.
Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Tarifbewegung der Lithographen und Steindruckere in Stettin.

In Stettin bestehen außer zwei Firmen, die dem Arbeitgeberverband Deutscher Steindruckereibesitzer angehören, welche die bei dem großen Kampf abgeschlossenen losen „Vereinbarungen“ eingeführt haben, noch elf weitere lithographische Anstalten und Steindruckereien. Mit diesen letzteren und dem Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe wurde ein fester Tarifvertrag auf folgender Grundlage abgeschlossen: Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen 48 Stunden, für Steindruckere 53 Stunden. Der Mindestlohn beträgt wöchentlich 24 M.; der Lehrling ist berechtigt, dem Ausgelernten im ersten Gehilfenjahre 20 M. wöchentlich zu zahlen. Ueberzeitarbeit wird wochentags bis zu zwei Stunden mit 25 Proz., darüber hinaus 33 1/2 Proz. und Sonntags mit 75 Proz. Zuschlag bezahlt. Bei zwei Ueberstunden wird eine Viertelstunde, bei mehr als drei Stunden eine halbe Stunde Pause eingegeben. Alle geschäftlichen und von der Geschäftsleitung angeordneten Feiertage, sowie Zeitverläufe bis zu drei Stunden, die sich durch geschäftliche oder behördliche Maßnahmen nötig machen, werden bezahlt. — Die Lehrlingskafala läßt auf je 1 bis 4 Gehilfen einen Lehrling zu. — Sämtliches Arbeitsmaterial wird den Gehilfen vom Geschäft geliefert. Die Tarifdauer gilt bis zum

31. Dezember 1914; wird der Tarif nicht 1/4 Jahr vor Ablauf gekündigt, so gilt er auf ein weiteres Jahr. — Außerdem wurden bei diesem Tarifabschluß an 32 Gehilfen zusammen 61 M. Lohnzulagen pro Woche bewilligt.

Die Lohnbewegung der Brauerei- und Brennerarbeiten in Stettin ist jetzt durch Vertragsabschluß beendet. Der Vertrag erstreckt sich über 13 Betriebe mit über 600 beschäftigten Personen; die bisher mit den einzelnen Betrieben abgeschlossenen Verträge sind jetzt im Ortstarif vereinigt, der am 1. Juli 1912 in Kraft tritt, auch für diejenigen Betriebe, deren Tarif erst zu einem späteren Termin abläuft. Dagegen erhalten die Arbeiter der Betriebe, deren Tarif schon abgelaufen ist, oder die vor dem 1. Juli 1912 ablaufen, die im Tarif vorgesehene Lohnerhöhung nachgezahlt. Unter den Betrieben sind 6 Brauereien, 3 Brennerereien, ein gemischter Betrieb (Brauerei und Brennererei), 1 Bierneiederlage, 1 Flaschenbierhandlung und 1 Hafenvertriebsstelle. Der Vertrag sieht vor an Arbeitszeitverkürzung eine halbe Stunde pro Tag in den Brauereien für das Sommerhalbjahr, in den Brennerereien für das ganze Jahr. Die Anfangslöhne erhöhen sich um durchschnittlich 2 M. pro Woche, die Höchstlöhne bis zu 4,50 M. Außerdem wurden für das Fahrpersonal noch verschiedene wesentliche Verbesserungen erreicht. — Die Arbeiter in den Brauereien und Brennerereien in Stettin, die in ihrer großen Mehrzahl erst verhältnismäßig spät für die Organisation zu gewinnen waren, haben in der Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit ganz außerordentliche Erfolge erzielt. Sie danken dieses ihrem guten Zusammenhalt in der Organisation.

Der Streik der händischen Arbeiter in Tilsit dauert unverändert fort. Die Arbeit in der Parkverwaltung ruht vollständig. Aber auch in den anderen Betrieben sind nur einige Arbeitskräfte vorhanden, die mit Hilfe der Feuerwehr und der städtischen Nachtwächter den Betrieb mühsam fortführen. Trotzdem beharrt der Magistrat auf seinem Standpunkt. Die Organisationsleitung hat das Einigungsamt angerufen, erhielt aber bis zur Stunde keine Antwort. Auch das Verbot des Streikpostens ist bisher nicht aufgehoben; die Organisationsleitung hatte dagegen beim Regierungspräsidenten Beschwerde eingereicht. Die Polizei benutzte nun dieses Verbot des Postensiehens dazu, den Streikenden das Betreten der Straßen überhaupt zu verbieten. Herr Direktor Naubaum, der hauptsächlich durch sein Vorgehen den Streik herausgefordert hat, glaubt jeden Streikenden durch die Polizei von der Straße fortjagen lassen zu müssen.

Der Rheinschifferstreik zeigt wenig Veränderung. Die Streikenden stehen nach wie vor seit zu ihrer gerechten Sache. Verhandlungen konnten noch nicht angeknüpft werden. In den letzten Tagen kommt allerhand Volk als Arbeitswillige auf den Rhein, die von der Polizei mit besonderer Fürsorge geschützt werden. So wird eine Verbindung zwischen Streikenden und Arbeitswilligen durch die Polizei unmöglich gemacht. Sämtliche Fahrzeuge, die von Streikbrechern bedient werden, sind mit Polizisten besetzt, die in ganz rigoroser Weise gegen jeden vorgehen, der den Versuch macht, sich einem Fahrzeuge zu nähern. Als z. B. Streikende versuchten, in Bingen auf einem Boote mit Arbeitswilligen zu konferieren, schickte die Polizei ohne weiteres scharf. Die Arbeitswilligen waren übrigens bereit, das Schiff zu verlassen, durch das Vorgehen der Polizei wurden sie daran gehindert.

Es ist schließlich die ganze Aufrechterhaltung der Schiffsahrt bei den bestreikten Firmen weiter nichts als eine unter den Augen der Behörde begangene Ungeheuerlichkeit, weil sie den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts und das Streikpostensiehens unmöglich macht.

Der Streik in der Rüstfabrikfabrik Rud. Wiemer, Mülheim a. Ruhr um Anerkennung des Berliner Tarifes, der mittlerweile auch in Ströburg i. E. und in Kaiserslautern eingeführt worden ist, dauert bereits die sechste Woche. Der Inhaber der Firma Rud. Wiemer betreibt unter dem Namen Rud. Weder, Mülheim-Auhr, eine Treibriemenfabrik, in der die Riemen seit dem 13. Mai ausständig sind. Die Polizei schützt in bekannter Weise auch hier die Arbeitswilligen. Als eine Belästigung sah ein postierter Polizeibeamter es an, als ein Streikender einem Jugereisten zurief: „Hier wird gestreikt!“ Der Angerufene erklärte: „Dann arbeite ich hier nicht!“ Sofort legte sich der Polizist ins Mittel, protokollierte den Namen des Rufers und drang in den Jugereisten, doch Arbeit in diesem Betriebe anzunehmen. Je mehr der Betreffende ablehnte, desto dringender wurde der Beamte, jedoch ohne Erfolg. Diese Bemühungen scheinen uns nicht zu den Funktionen eines Polizeibeamten zu gehören. Auch Soldaten stehen im Dienste der Firma. So unter anderem ein Unteroffizier der 3. Batterie des Artillerieregiments Nr. 43 in Wesel. Doch alle diese Ausreiterdienste werden der Firma keinen Gewinn bringen. Durch Schaden klug gemacht, wird sie doch den bescheidenen Forderungen ihrer eingearbeiteten Leute Rechnung tragen müssen.

Ausland.

Streik im Londoner Hafen.

London, 21. Mai. Heute beginnt der Streik auf den Leichterfahrzeugen der Themse; zunächst treten gegen 6000 Mann in den Ausstand, denen vielleicht eine verwandte Gewerkschaft von 5000 Mann folgen wird; nur die Leichterfahrzeuge für Kohlen werden bisher nicht berührt. Die Londoner Transportarbeiter haben beschlossen, sich in diesem Streik neutral zu verhalten, aber in den Ausstand einzutreten, falls die Arbeitgeber Streikbrecher heranzögen. Die Transportarbeiter zählen 100 000 Mann.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die am Montag abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin beschäftigte sich mit der Frage, ob die Hauskassierung der Beiträge eingeführt werden soll. Im November 1910 ist eine Kommission eingesetzt worden, welche die Aufgabe hatte, diese Frage zu prüfen. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, der Generalversammlung die Einführung der Hauskassierung zu empfehlen. Sie verspricht sich davon eine Besserung der Fluktuation der Mitglieder, eine übersichtlichere Buchführung über die gezahlten und die rückständigen Beiträge und die jeweiligen Mitgliederzahlen. Die Kommission beruft sich auf die guten Erfolge, welche die Hauskassierung in anderen Orten, besonders in Dresden, gezeitigt hat. Unter Veranschaulichung der Kosten, welche die Hauskassierung in Dresden verursacht, würde Berlin mit seiner Mitgliederzahl von rund 90 000 für diesen Zweck jährlich 117 000 M. oder reichlich gerechnet etwa 130 000 M. aufwenden haben, eine Ausgabe, die im Hinblick auf die Vorteile, welche die Hauskassierung der Organisation bringen werde, wohl geleistet werden könne.

In der Diskussion wurde das für und Wider des Antrages der Kommission eingehend erörtert. Gegen den Antrag wurde hauptsächlich der Kostenpunkt der Hauskassierung geltend gemacht, auch wurde bestritten, daß die Vorteile, welche von diesem System erwartet werden, eintreten würden. — Für die Hauskassierung wurde unter anderem angeführt, daß die Mitglieder selbst ein erhebliches Interesse an der Einführung derselben hätten, denn gegenwärtig, wo sich die Zahlstellen meistens in den Geschäftslokalen von Schaftorten befinden, sei die Bezahlung von Beiträgen noch mit besonderen Ausgaben für die Mitglieder verknüpft. Dieser Zustand entspreche einer großen Organisation nicht. — Als ein Weg, auf dem die Mängel des gegenwärtigen Systems beseitigt werden könnten, ohne die hohen Kosten der Hauskassierung, wurde die Einrichtung einer größeren Zahl von Bezirksstellen empfohlen, die in geeigneten Räumen eingerichtet seien, wo von Verhandlungsmitgliedern gegen mäßige Entschädigung an einigen Abenden der Woche die Beiträge entgegengenommen werden.

Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Versammlung, die Angelegenheit nochmals der Kommission, die durch ein Mitglied jedes Bezirks zu erweitern ist, zu überweisen. Wer über diesen Punkt noch neue Vorschläge zu machen hat, soll dieselben innerhalb einer Woche dem Verbandsbureau einreichen.

Der Verband der Bureauangestellten halte zum Montagabend eine Versammlung für die Angeestellten der Krankenkassen einberufen, mit der Tagesordnung: 1. Die Zentralisation der Krankenkassen in Berlin. 2. Stellungnahme zu den in der letzten Zeit vorgekommenen Differenzen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.

Zum ersten Punkt sprach Stumpe, der das Thema in einem von großer Sachkenntnis getragenen Referate behandelte. In der Diskussion wurde scharf gerügt, daß in den wichtigsten Fragen die Angeestellten von den Mandanten gar nicht gehört würden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute am 20. Mai 1912 tagende Versammlung von Krankenkassenangestellten Groß-Berlins, welche sich mit der Frage der Zentralisation der Ortskrankenkassen Berlins beschäftigte, unterbreitet den Mandanten folgenden Beschluß: Die Vorstände werden ersucht, im Falle der Zusammenlegung von Ortskrankenkassen nach Industriegruppen nicht nur die auf Uebernahme vertraglich Anspruch habenden Angestellten, sondern auch die zur Zeit der Verschmelzung beschäftigten sonstigen Angestellten in die neuen Kassenvereinigungen gemäß § 200 R.-B.-O. zu übernehmen.“

Den zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte Pattiogh. In der Hauptsache sind es drei Punkte, die sowohl von dem Referenten als auch von den nachfolgenden Diskussionsrednern hervorgehoben und scharf kritisiert wurden: So das überaus verbreitete Ueberstundenwesen, ferner die rigorose Behandlung, unter der die Angestellten teilweise zu leiden haben und zuletzt die Art und der Inhalt von Zeugnissen, mit denen entlassene Angestellte bezw. Hilfsarbeiter bei ihrem Abgange bedacht wurden. Es wurden gegen den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse heftige Vorwürfe gerichtet, insbesondere soll der Bureauvorsteher Kawra gegen seine Mitkollegen in einer Weise vorgehen, die große Erbitterung erwecke. Kawra, der anwesend war, verteidigte sich gegen die Angriffe, wobei es zu heftigen Ausbrüchen kam. Ein Antrag, gegen Kawra das Ausschlußverfahren einzuleiten, wurde dem Vorstand überwiesen. Kawra erklärte, daselbst gegen sich schon selbst beantragt zu haben.

Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die Versammlung der Krankenkassenangestellten nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von den rigorosen fristlosen Entlassungen der Hilfsarbeiter durch den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Art, wie durch Ausstellung von Zeugnissen, die mit den Tatsachen in Widerspruch stehen, den Betroffenen das Fortkommen erschwert wird und fordert die dort beschäftigten Kollegen auf, bis bis jetzt bestehende Ueberstundenwesen in Zukunft durch entsprechende Stellungnahme hiergegen aus der Welt zu schaffen.“

Zentralverband der Hausangestellten. Die Vierteljahresversammlung der Ortsgruppe Berlin fand am Donnerstagabend in den „Industrie-Festhallen“, Beuthstraße, statt. Fräulein Arndt eröffnete zunächst den Bericht vom Verbandstag, der keine besondere Diskussion hervorrief. Mit der Erhöhung der Beiträge waren die Mitglieder einverstanden; da die Berliner Ortsgruppe einen Zuschlag von 10 Pf. erhebt, wird der monatliche Beitrag vom 1. Juli a. b. 60 Pf. betragen. Ein Antrag, das Eintrittsgeld zu erhöhen, wurde gegen wenige Stimmen angenommen; es beträgt jetzt 20 Pf. und wird vom 1. Juli ab 30 Pf. betragen. Als Beisitzerinnen zum Zentralvorstand wählte die Versammlung die Mitglieder Götzel, Heinrich, Edert, Scherf, als Revisorinnen für die Hauptkassiere Agnes Fahrenwald und Emma Schneider.

Fräulein Arndt legte dann den Tätigkeitsbericht der Berliner Verwaltung für das erste Vierteljahr 1912 vor. Die veranstalteten Versammlungen waren immer gut besucht; es fanden 8 Sonntagsgesammlungen mit Vorträgen und 8 Wochentagsabende (unter den letzteren sind 5 Fortbildungsabende). Ueber 20 000 Flugblätter und Handzettel kamen zur Verteilung, sowie 3000 Exemplare des Schriftchens „Der Hausangestellten Alage“. — Sehr lebhaft wurde das Bureau als Auskunftsstelle in Anspruch genommen. In zahlreichen Fällen wurden Differenzen erfolgreich beigelegt durch die vermittelnde Tätigkeit des Bureau; zuweilen mußte auch das Gericht angerufen werden. Fräulein Pucke berichtete, daß 179 M. an rückständigen Löhnen, zurückgeforderten Weihnachtsgeschenken usw. durch das Bureau eingezogen wurden. Außerdem wurde in einem Falle die Zahlung von 102 M. an rückständigem Lohn mit Hilfe des Arbeiterssekretariats erreicht.

Der Kassenbericht für das erste Vierteljahr 1912 zeigt für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 578,40 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet als Krankenunterstützung 126,50 M. für Rechtschutz 4,20 M. An die Hauptkasse wurden 447,40 M. gefandt. Die Bilanz der Lokalkasse zeigt eine Summe von 3908,16 M. Der Kassenbestand betrug am Schluß des vorigen Jahres 1817,44 M., am Schluß des ersten Quartals des laufenden Jahres 1490,21 M. Die Mitgliederbewegung zeigt nur eine geringe Veränderung. Am Schluß des vorigen Quartals waren 1162 Mitglieder vorhanden. Dazu kamen 183 Neuaufnahmen und 5 Uebertritte von anderen Verbänden, während 166 Mitglieder austraten oder, was meistens der Fall war, verzogen, ohne ihre neue Adresse anzugeben, ein schon oft gerügter Uebelstand. Am Schluß des ersten Quartals 1912 wurden 1184 Mitglieder gezählt.

Den Berichten folgte nur eine kurze Diskussion. Ein Antrag der Verwaltung, der überlasteten Angestellten im Berliner Bureau eine Hilfskraft zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen; die Stellung soll zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben werden.

Letzte Nachrichten.

Demonstrationen der Budapest Sozialdemokraten.

Budapest, 21. Mai. (P.-G.) Die Sozialdemokraten halten heute abend fünf Versammlungen ab, in denen die parlamentarische Lage und das Schicksal der Wahlreform erörtert werden sollen. Die geplante Abhaltung eines Protestumzugs durch die Straßen der Stadt nach Schluß der Versammlung wurde von dem Ober-Stadthauptmann verboten. Dieser hat der sozialdemokratischen Parteileitung mitgeteilt, daß die Polizei alle Vorkehrungen getroffen habe, um alle Demonstrationen eventuell mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Gaillaux über die Lage in Marokko.

Paris, 25. Mai. (W. T. V.) Nach einem von mehreren Blättern veröffentlichten Interview erklärte der Ministerpräsident Gaillaux, welcher heute von einer längeren Orientreise in Marseille eingetroffen ist, bezüglich der Lage in Marokko: er könne nur bedauern, daß man Regnault zur Unterzeichnung des Protektoratvertrages noch bezweifle, ohne daß irgendwelche militärische Maßnahmen getroffen worden wären.

Der Thronpräsident in Marokko.

Rabat, 21. Mai. (W. T. V.) Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Tanger: 7000 Krieger haben sich um den neuen Sultan in Sud, Samed el Kaba, geschart. Es verlautet, der Stamm Quara belagere neuerdings Tarudant, wo einige Deutsche weilen.

Demission des spanischen Ministerrats.

Madrid, 21. Mai. (P.-G.) Große Aufregung herrscht hier darüber, daß der Ministerrat heute nacht um 11 Uhr zusammenberufen wurde. Wie es heißt, soll Ministerpräsident Canalejas die Absicht haben, die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Pest in Hongkong.

London, 21. Mai. (W. T. V.) Antisch wird aus Hongkong gemeldet, daß dort in der letzten Woche 208 Pestfälle eingetreten sind und 179 Todesfälle an Pest zu verzeichnen waren.

Reichstag.

67. Sitzung. Dienstag, den 21. Mai 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Köln.

Auf der Tagesordnung steht die

Beratung des Entwurfs eines Militärluftfahrtsfördergesetzes,

das den Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Luftfahrtdienst verunglücken, sowie ihren Hinterbliebenen Ansprüche auf besondere Zulagen gewährt.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Wir werden dem Gesetz unsere Zustimmung erteilen. Dabei bringe ich den bescheidenen Wunsch vor, eine so kurze Vorlage möchte nicht in einem Deutsch abgefaßt werden, das den Widerspruch selbst eines mittelmäßigen Tertianers herausfordern muß. Luftdienstwittwengeld, Luftdienstwittwengeld, Luftdienstwittwengeld, Luftdienstwittwengeld sind doch ganz monströse Wortbildungen. Dann haben wir noch einen sachlichen Wunsch. Wir verlangen, daß neben der Fürsorge für die Opfer des Luftfahrtdienstes selbstverständlich

Sorge für Verhinderung solcher Unfälle

getroffen wird. In dieser Beziehung ist nicht alles geschehen, was geschehen konnte. Im letzten Monat wurden bei Frankfurt am Main Offiziere verschiedener Truppenteile als Flieger ausgebildet. Das Tempo dieser Ausbildung ist natürlich bei verschiedenen Menschen verschieden, genau so wie beim Radfahren; Kollege Winkler würde es z. B. schneller lernen als Kollege Dertel. (Heiterkeit mit Hinweis auf den großen Leidensumfang des Abg. Dertel.) Darauf ist aber keine Rücksicht genommen. Es wurde Befehl gegeben, daß innerhalb einer sehr kurzen Frist alle Teilnehmer des Kurses ihre Fliegerprobe ablegen sollten. Einen derartigen Befehl halten wir für ein Spiel mit Menschenleben und protestieren gegen solche Anordnungen. Aus welchen Motiven diese nervöse Hast betrieben wurde, wissen wir nicht. Sei der Lebens- und Leidensgeschichte eines Zeppelin-Luftschiffes hat die Tatsache eine Rolle gespielt, daß auf ähnliche Wünsche eines sehr hochstehenden, aber nicht sehr hochfliegenden Herrn Rücksicht genommen worden ist. Wir wissen nicht, ob in diesem Falle etwa der Wunsch maßgebend war, dem Ausland möglichst rasch zu zeigen, welche große Zahl ausgebildeter Flieger wir haben. Sachlich begründet ist das nicht, und wir protestieren dagegen. Eine solche Schuld wird nicht verringert, wenn man nachher für die Hinterbliebenen sorgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Auch wir stimmen der Vorlage zu. Den Wunsch des Vorredners nach einem besseren Deutsch teilen wir. Gegen das Deutsch der Vorlage würde meiner Meinung nach nicht nur ein Tertianer, sondern sogar schon ein Vorjähriger Widerspruch erheben.

Abg. Schulenburg (natl.) und Abg. Doormann (Op.) erklären die Zustimmung ihrer Freunde zu der Vorlage.

Abg. Bernstein (Soz.):

Der Abg. Frank hat schon darauf hingewiesen, zu welchen Folgen ein gewisser Luftautomatismus führt, der sich bei uns schon bemerkbar macht. Wenn wir für die Vorlage stimmen, müssen wir Verwahrung dagegen einlegen, daß Luftfahrzeuge im Kriege zu irgend einem anderen Zweck als zur Aufklärung verwendet werden. Von einem mit uns in Freundschaft lebenden Staat sind aus Luftfahrzeugen im Kriege Sprengbomben auf gegnerische Truppenteile herabgeworfen. Wir protestieren nachdrücklich gegen ein solches Verfahren und behalten uns vor, internationale Vereinbarungen in dieser Hinsicht anzuregen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Beratung eingetreten und in dieser der Entwurf debattelos angenommen.

Debattelos wird auch der Zusatzvertrag zu dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Deutschen Reich und Luxemburg angenommen.

Debattelos werden dann sämtliche Etatsreste erledigt, bis auf den Etat der Reichsschuld, bei welchem Abg. Zimmermann (natl.) ein längeres Manuskript vorliest.

Fichte über den Befreiungskrieg.

1818 zeichnete Fichte politische Gedanken auf, die zeigen, in welchem revolutionären Sinne er den Befreiungskrieg auffaßte. Die politischen Fragmente aus dem Jahre 1818 stammen aus dem Entwurf einer politischen Schrift, die als Antwort auf Friedrich Wilhelms III. „Aufruf an mein Volk“ geplant war. Fichte starb in der verzweifeltsten Ahnung, daß sein Völkerbefreiungskrieg nichts gemein hätte mit dem Fürstenbefreiungskrieg, für den die Völker ihr Blut opferten.

Der Ruf in die Zukunft.

Man spricht diese Grundsätze oft nur aus, um zu ärgern. Hier werden sie ausgesprochen, damit sie nicht untergehen in der Welt.

Krieg gegen die Willkür.

Die tiefste Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes ist der Krieg gegen die Willkür... Aller Allzeitwille und alle Alleinherrschaft muß eben weg.

Der Bund der Freien.

Das Reich ist der Bund der Freien, dieses auch allein ist bewaffnet; der Landesherren darf sich nicht waffen. (Da wird mir freilich ganz klar, daß es zu einem deutschen Volke gar nicht kommen kann, außer durch Abtreten einzelner Fürsten. — Ueberhaupt ist Erblichkeit der Repräsentation ein völlig vernunftwidriges Prinzip.)

Das Gemeingut der Erde.

Wie soll doch ein Mensch das Recht haben, einen anderen hindern, einen Acker zu bebauen, außer dadurch, daß er ihn selbst bebaut? ... Der Besitz des Menschen ist, was der Boden unter seiner Bearbeitung erarbeitet. Davon kann ein Abzug gemacht werden nur für gesellschaftliche Zwecke, nicht für Personen.

Volk durch Freiheit.

Kein Volk von Sklaven ist möglich. ... In eine freie Verfassung wollen alle treten — wenn nämlich alle gefragt würden. Der Aristokrat will es freilich nicht; dieser ist über die Freiheit hinaus herrschend. Im Grunde wollen nicht alle Reichen und die aus den höheren Ständen. Nur der in der Idee sich selbst Aufopfernde will.

Gleichheit.

Die Aufgabe des Freistaates ist eigentlich die der Tugend, das Halten an der Ungleichheit ist die des Egoismus: Eigennutz bei den Höheren, Feigheit bei den Niederen. („Ungleichheit muß sein,“ sagen sie als ein Axiom. — Dies ist wenn von der durch die Geburt, durch die Abstammung gerechtfertigt wird, schlechthin nicht wahr. Das Christentum hat diesen Wahrheitswahn praktisch, durch ein großes Experiment, vernichtet. — Die die Natur macht, muß freilich sein, diese richtet sich aber nicht nach Stämmen, oder ist Sache des Erbes.)

(Ein Abgeordneter, der hineinkam, ruft einmal beim Umschlagen in den Saal: Seite 17. — Große Heiterkeit.)

Präsident Kaempf versucht den Redner mehrfach zu unterbrechen, jedoch vergeblich. Der Redner beendet unter großer Heiterkeit des Hauses seine in der allgemeinen Unruhe ganz unverständliche Vorlesung.

Es folgt der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Etats.

Hierzu schlägt die Kommission einen Gesetzentwurf vor, wonach die Ermäßigung der Zucksteuer sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens jedoch am 1. Oktober 1916 in Kraft tritt. Dieser Entwurf soll dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorgelegt werden.

In diesem Gesetz ist vorzusehen, daß die Höhe der Steuerquoten alljährlich durch den Reichshaushaltsetat festzulegen ist.

Weiter beantragt die Kommission, einen Gesetzentwurf betr. Änderung des Erbschaftsteuergesetzes, wie er dem Reichstag bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig einzubringen, daß er mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann.

Abg. Wassermann (natl.): Ueber die Dedungsvorschläge der Kommission möchte ich einige Mitteilungen machen. Wir können das Branntweingeld nicht allein aus dem Gesichtspunkt heraus machen, daß dem Reiche aus ihm Vererträge erwachsen, sondern man muß auch Rücksicht auf die beteiligten Industrien nehmen. Mit dem Gesetz der Regierung sind wir in eine gewisse Zwangslage gekommen. Wir mühten das Gesetz annehmen, da es eine Beseitigung der Liebesgabe brachte (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), in welchem Umfange, darauf will ich hier nicht eingehen, und wir hätten uns bei Ablehnung der Vorlage den Vorwürfen des Volkes ausgesetzt, daß eine Beseitigung der Liebesgabe wünschig. In diesem Hause ist nun eine

Mehrheit für eine Besitzsteuer

vorhanden. Wir wollten daher eine gesetzliche Bindung der Regierung herbeiführen, zumal er noch in die fehlende Residuum eingreift. Wir wollen eine Bindung der Regierung dahin, daß sie bis spätestens 1. April 1913 eine Besitzsteuer dem Reichstage vorlegt. Neben der starken steuerlichen Konsumbelastung muß die Regierung schließlich doch dahin kommen, auch auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vorzugehen. (Sehr richtig! links.) Das finden Sie in dem Gesetzentwurf zur Dedung der Kosten der Verpflegung von Heer und Flotte, ich bitte Sie daher, den Gesetzentwurf anzunehmen. Ich will noch hinzufügen, daß wir bei der Reichsfinanzreform ursprünglich eine Reichsvermögenssteuer gewünscht haben und erst dann der Erbschaftsteuer den Vorzug gegeben haben, als die Verbündeten Regierungen die Reichsvermögenssteuer ablehnten. Wir wünschen eben nur die Einführung einer Besitzsteuer, das ist der Gedanke gewesen, der uns auch diesmal geleitet hat. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

In dem Entwürfe der Kommission ist eine Entscheidung getroffen, die mit der Stellung der Parteien während der Wahlen in Widerspruch steht. Im Wahlkampf hatte sich ein Gegensatz zwischen den Parteien der Rechten und im Zentrum einerseits und den Parteien der Linken einschließlich der Nationalliberalen andererseits herausgebildet, der auch in den Kommissionsverhandlungen noch eine Rolle spielte, bis es zu diesem Kompromiß kam, das den Namen Erzberger-Wassermann trägt, und das in seinem Kerne darauf hinausläuft, daß nunmehr die nationalliberale Partei in dieser wichtigen Dedungs- und Steuerfrage in den schwarz-blauen Block hinüber gewechselt hat, den wir nunmehr einen

schwarz-blau-gelben Block

nennen müssen. In seiner Rechtfertigung dieses Ueberganges ist Herr Wassermann eine Bemerkung entfallen, die recht charakteristisch ist für die Seelenverfassung der nationalliberalen Partei. Ich meine die sämtlichen Seelen dieser Partei, sowohl die jungliberale, wie die altliberale und die der zwischen beiden sich befindenden sehr schwachen Wassermannen. (Heiterkeit.) Herr Wassermann sagte, der Zentrumsvorschlag in der Kommission bezwecke nur die Hinausschiebung der Ermäßigung der Zucksteuer auf 2 1/2 Jahre, und das war uns nicht angenehm, weil dadurch die Belastung des Konsums klar und deutlich in die Erscheinung trat! Also eine klare und deutliche Belastung des Konsums machen Sie nicht mit und wünschen deshalb

Staatssozialismus.

Das Reich ist Herr des Bodens, der an die Ackerbauer als lebenslängliches Lehn ausgeteilt wird. ... Der Handel wird als Sache des Staates geführt.

Der Quell des Rechts.

Nur die Menschheit ist Quell der Rechte und Pflichten!

Untertanen-Eid.

So ist auch der Angelobungseid (z. B. der Untertanen) ein wohlbedachtes Versprechen. Nun kann aber der Mensch nichts versprechen, er kann sich in nichts binden, was gegen seine Bestimmung ist. Versprechen der Sklaverei ist durchaus widerrechtlich. ... Es ist unbillig und unrechtlich, einen Eid aufzuerlegen, der nicht durch das Recht gefordert wird.

Die höchste Pflicht der Fürsten.

Pflichten der Fürsten? Sie denken Wunder, wie Großes sie agieren! Die erste wäre die, in dieser Form nicht dazusein.

Der sozialistische Verus der Deutschen.

Und so wird von ihnen aus erst dargestellt werden ein wahres Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, ohne Auslieferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: für Freiheit gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt.

Kleines feuilleton.

Der Schweizer Nationalpark. Nach langen Jahren eifriger Vorarbeit steht die Schweizer Gesellschaft für Naturwissenschaften ihren langgehegten Plan gefestigt: nach dem Vorbild des amerikanischen Yellowstone-Park wird die Schweiz binnen kurzem einen prachtvollen großen Nationalpark besitzen, in dem die schönsten Exemplare der Schweizer Flora und der Alpenwelt ein Asyl erhalten. Die Gesellschaft hat der Schweizer Kammer den Antrag unterbreiten lassen, dem Nationalpark aus Staatsmitteln jährlich 30 000 Frank zuzuwenden; der Bundesrat hat sich sofort für diesen Plan ausgesprochen, und nun sind auch die Verträge über den Landwerb zum Abschluß gelangt.

Der neue Schweizer Nationalpark liegt in einem Gebiete, das für die idealen Ziele des Unternehmens wie geschaffen erscheint. Er wird im südlichen Jura liegen, im Unterengadin und umfaßt die weiten Gemeindefürstungen von Zernez bis nach Schuls. Die ganze Gegend ist für den breiten Strom des Touristeneinfusses noch unentdecktes Land; für die Zwecke des Nationalparks fällt als besonders günstiger Umstand ins Gewicht, daß in dieser Gegend die Schneegrenze ungewöhnlich hoch liegt, gewöhnlich erst in einer Höhe von 3000 Metern. Die Waldzone ist besonders reich und umfaßt fast alle in der Schweiz bekannten Baum- und Sträucher-

eine unklare und undeutliche (Widerpruch bei den Nationalliberalen), eine

verschleierte Belastung des Konsums.

(Erneuter Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Das ist doch der Sinn des Antrages Wassermann-Erzberger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er enthält genau die nämliche Belastung des Konsums, wie der anfängliche nackte Zentrumsvorschlag. Die Ermäßigung der Zucksteuer ist hinausgeschoben, um die Dedung der Wehrvorlage herbeizuführen und das Aufhören der neuen Belastung des Konsums ist nicht an einen bestimmten Termin geknüpft, sondern an das Zustandekommen eines Gesetzes über Besitzsteuer. (Zurufe vom Zentrum und den Nationalliberalen: 6 Monate nachher.) Ja wohl, 6 Monate nach dem Erlaß eines Gesetzes, zu dem aber die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages gehören. Wenn Reichstag und Reichsregierung sich über die Durchföhrung eines solchen Gesetzes nicht einigen, so stehen wir genau so, wie heute. (Zuruf: spätestens 1. Oktober 1916 steht drin.) Bis zum 1. Oktober 1916 ist aber die Belastung des Konsums doch ganz zweifellos, wenn eine Einigung über ein Besitzsteuergesetz nicht zustande kommt. (Sehr richtig!) Darin liegt das Zugeständnis, daß Sie

die Wehrvorlage mit einer Mehrbelastung des Konsums decken wollen, und die andere Mehrbelastung des Konsums liegt in der Art und Weise, wie die Reform der Brauntweinsteuer zustande gebracht ist, nämlich durch eine Mehrbelastung des Trinkbrauntweins. Wir treten entschieden gegen den Brauntweinkonsum auf und haben sogar einen Schnapsbottich durchgeföhrt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch ein Katholikentag sich einmal zu einer solchen Kulturart entschließen möchte, oder die Konserbativen und die Herren vom Wund der Landwirtschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist aber ein großer Unterschied, ob man durch einen Vorkottbeschuß einen moralischen ethischen Einfluß ausübt oder ob man den Leuten, die Brauntwein konsumieren, diesen Konsumartikel verteuert. Denn damit trifft man gerade die finanziell Ärmsten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei den gegenwärtigen Lebensgewohnheiten ist Brauntwein noch ein Artikel des Volksverbrauchs. Je mehr man nach Westen und Süden kommt, desto weniger Trinkbrauntwein wird konsumiert, am meisten wird er verbraucht, wo die Bevölkerung am ärmsten ist und auf der niedrigsten Stufe der Lebenshaltung steht, und wenn man diesen Konsumartikel gerade dem ärmsten Teil des Volkes belastet, so widerspricht das einer gesunden Nationalpolitik, und man will noch diese Verteuerung des Konsums verschleiern, indem man ihn

ein moralisches und ethisches Mäntelchen

umhängt. Das machen wir nicht mit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Mehrbelastung des Konsums widerstreitet allem, was die Nationalliberalen in der Wahlbewegung versprochen haben. Damals sagten auch die Anhänger der Wehrvorlage, sie solle von den Wohlhabenden getragen werden. Wären Sie in Ihren Wahlreden mit diesem Manne hervorgetreten, so wären noch mehr als 110 Sozialdemokraten gewählt worden und Sie wären erheblich mehr zusammengesmolzen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage daher getrennte Abstimmung über den ersten und zweiten Satz des Antrages. Den ersten Satz werden wir aus den angeführten Gründen ablehnen, den zweiten werden wir annehmen, damit die Angelegenheit beschleunigt wird.

Der zweite Antrag der Kommission, der von den Freisinnigen eingebracht ist, will eine ganz bestimmte Form der Besitzbesteuerung. Diesem Antrag haben wir unsere Zustimmung gegeben, obgleich der Zusatz, der die jährliche Festsetzung der Höhe der Steuerquoten verlangte, abgelehnt ist. Trotzdem haben wir dem Antrag zugestimmt, weil wir wünschen, daß wenn wir neue Steuern bekommen, es wirklich Besitzsteuern werden, und aus historischen Gründen sind wir dazu gekommen, hierfür eine Erbschaftsteuer zu verlangen. Daß die Höhe der Steuerquoten jährlich festgesetzt wird, verlangen wir im Interesse des Budgetrechts des Reichstages, das bei dem gegenwärtigen Zustande tatsächlich illusorisch ist. Die Matrikularbeiträge bilden einen sehr dürftigen Ertrag für die jährliche Quotifizierung der Steuer; auch die Parteien, welche die Matrikularbeiträge aufrecht erhalten wollen, bis etwas Besseres gefunden ist, werden zugeben, daß sie in den Einzelstaaten den Charakter einer Kopfsteuer tragen, was ein sehr ungesunder Zustand ist. Deshalb wollen wir nicht nur systematisch und programmatisch darauf hinarbeiten, die im Uebermaß das Volk drückenden indirekten

arten; sie steigt bis zu 2300 Meter empor, was sonst nur ganz vereinzelt in den Walliser Alpen vorkommt. Unter den Baumbeständen wird besonders die Arce das Interesse der Besucher und der Naturfreunde erregen; dieser eigenartige Baum erklimmt die höchsten Gipfel und überzieht weite Bergstrecken. Schon jetzt genießen die Gemsen geschützten Schutz. Noch haust der Bär in jenen zerklüfteten Felschluchten und seine Anwesenheit erklärt es auch, daß nur Jäger und fast nie Vergnügungsbereisende jene Gegenden besuchen. Hier trifft man noch Hirsche, wilde Bergziegen, Auerschneehuhn, Haselhühner und das weiße Rebhuhn, das Moor-Schneehuhn. Nicht selten überfällt der Rämmergeier die Riegen- und Gemsentrupps, die bis zu den höchsten Höhen emporflattern.

Bisher war es nicht leicht, diese abgelegene Gegend des südlichen Jantales zu erreichen. Dort draußen zahllose Sturzabäche durch enge, wildromantische Täler und die Phantastie steht ihre Bilder von der düstersten Schönheit der Alpennatur übertröffen. In Zukunft wird es leichter sein, das Gebiet des neuen Schweizer Nationalparks zu erreichen: eine Eisenbahnlinie, die das Oberengadin mit Schuls verbinden soll, ist bereits im Bau und dieser Sahnenstrang führt dann mitten in das Gebiet des Nationalparks.

Notizen.

— Vorträge. Der blinde Prager Dichter Oskar Baum wird am Freitag um 8 1/2 Uhr im „Café Austria“, Potsdamer Straße 28, eigene Dichtungen aus dem Leben der Blinden und der Sehenden vortragen.

— Das Phyletische Museum, die von Haedel begründete und gestiftete Sammlung für Stammesgeschichte, wurde in Jena eröffnet.

— Der Wildhauer Haffeltriss ist in Kopenhagen gestorben. In Deutschland wurde er bekannt durch das Marmor-denkmal Heinrich Heines, das von der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich in Korfu errichtet wurde, dann aber der Hohenzollerninbasion weichen mußte und nun zu Hamburg in einem Hofe deutsche Geschichte erzählt. Von sonstigen Werken sind ein zweites Heine-denkmal für Montmartre, Andersen, Märchen erzählend (Odense), und Statuen Wallmanns und Kierkegaards erwähnenswert — alles gefälliges Epigonentum.

— Wie das offizielle Schweden Strindbergs Tod erfüllt. Der Dichter zwischen Strindberg und den offiziellen Sichten seines Landes ist bis zu seinem Tode und darüber hinaus unverändert geblieben. Ein beredtes Zeugnis dafür liefert der Nekrolog im Amisblatt, der „Post och Inrikes-Tidningar“, deren Chef von der Akademie angestellt wird und daher gewissermaßen den Staat und die Akademie repräsentiert. Unter den „Meinen Redaktören“ findet sich am 15. dieses Monats nach der „Frankfurter Zeitung“ folgende Notiz:

„Todesfälle. Der bekannte Schriftsteller August Strindberg starb gestern nachmittags in seiner Wohnung zu Stockholm nach einer längeren Krankheit. Er wurde 1849 geboren und hatte bei seinem Tode daher ein Alter von 63 Jahren erreicht.“

Steuern durch direkte zu ersetzen, sondern wir wollen auch bei jeder neu einzuführenden direkten Steuer darauf hinarbeiten, daß sie jährlich quotifizierbar ist.

Darum wir

die Erbschaftsteuer

vor dem allgemeinen Begriff Besitzsteuer vorziehen, ist der Umstand, daß es sich bei der Erbschaftsteuer um eine klare und deutliche Besitzsteuer handelt. Wir haben mit Besitzsteuern schon sehr Bekanntes erlebt. Allerlei andere Steuern, auch eine Schenksteuer nannte man so. Das erinnert an das Gebahren der katholischen Kirche im Mittelalter, die den Fleischgenuss am Freitag verbietet, aber, damit die Gläubigen ihn doch haben konnten, die Fischotter als Fisch definierte. Ich weiß nicht, ob das noch heute der Fall ist. (Lachen aus dem Zentrum: Jawohl! Große Heiterkeit.) Das freut mich. Wenn sie alle möglichen Steuern als Besitzsteuern ansprechen, so ist das wohl das Beste, wie das Ansprechen der Fischotter als Fisch, damit die gläubigen Katholiken, ohne eine Sünde zu begehen, am Freitag Fleisch essen können. (Heiterkeit.) Wir wissen nicht, ob die neue Besitzsteuer Fisch oder Fleisch wird, und die nationalliberale Partei sollte Wert darauf legen, eine Weigerung von der Regierung zu erzielen, was sie sich unter einer Besitzsteuer vorstellt. Da Herr Wassermann das nicht getan hat, bitte ich den Staatssekretär, uns klar und deutlich zu sagen, was die Verbündeten Regierungen unter Besitzsteuern verstehen. (Abg. Frhr. v. Camp: Er muß doch erst den Bundesrat fragen.) Diese Frage hat nicht nur die öffentliche Meinung und den Reichstag, sondern zweifellos auch den Bundesrat beschäftigt, und ich schätze die Herren vom Bundesrat höher ein als Sie, Kollege Camp, ich nehme an, daß sie sich über diese wichtige Frage klarheit verschafft haben, und daß der Staatssekretär Rahn in der Lage ist, hier zu erklären, eine Besitzsteuer ist die Vermögenssteuer, die Einkommensteuer, die Erbschaftsteuer, vielleicht auch noch einige anderen, und daß er dann ausdrücklich, legend etwas eine Besitzsteuer zu nennen, was tatsächlich keine ist.

Wir werden also diesem Antrage zustimmen, aber unter dem Vorbehalt, daß wir uns die Stellungnahme gegenüber der eingebrachten Vorlage vorbehalten. Wir geben natürlich keine Blankoerklärung für die Annahme einer Erbschaftsteuer und würden, falls sie isoliert eingebracht würde, versuchen, ihre Erträge zu kompensieren durch Aufhebung indirekter Steuern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Z.): Die Ermäßigung der Zudersteuer soll unter allen Umständen in Kraft treten, auch wenn die Besitzsteuer nicht beschlossene wird. Der Regierung muß freie Hand in der Besitzsteuer gelassen werden, sie muß auch ermächtigt werden, von einer Reichssteuer abzusehen und die Bundesstaaten zur Erhebung einer Vermögenssteuer aufzufordern. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Deshalb muß auch dem Reichstage freie Hand gelassen werden.

Abg. Graf Westarp (L.): Der Gesetzentwurf betreffs Einführung einer Erbschaftsteuer ist verfehlt, denn alle Erbschaftsteuern trafen daran, daß das mobile Kapital gar nicht oder nur schwer herangezogen werden kann, wie das französische Gesetz gezeigt hat. Ich glaube auch nicht, daß eine Einigung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit über die Form einer Erbschaftsteuer erfolgen wird, und dann ist eine Deduktion für die Wehrvorlage wieder nicht vorhanden. Das kommt daher, weil die gleiche Mehrheit nicht für Erbschaftsteuer und Wehrvorlage stimmen kann, weil die Sozialdemokraten zwar die Erbschaftsteuer, aber nicht die Wehrvorlage bewilligen. Der Besitz kann steuerlich ganz anders herangezogen werden, beispielsweise durch Ansbau der Talonsteuer, durch eine Gebühr für die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel usw. (Lachen links.) Trotzdem haben wir es uns versagt, derartige Vorschläge zu machen. Wir halten aus den angegebenen Gründen diesen Teil des Antrages für unangebracht. Den Teil über die Zudersteuer dagegen werden wir annehmen. Bei dem Steigen des Spirituspreises wird der Konsum wahrscheinlich zurückgehen. Der Rückgang des Konsums an Feinbranntwein ist sicher wünschenswert, es ist aber zu bedenken, daß unter einem Konsumrückgang das ganze Spiritusgewerbe leidet, mehr als das bei einem anderen Gewerbe der Fall ist. Wir legen bei dem Gesetz große Opfer an Ueberzeugung und große materielle Opfer auf dem Altar des Vaterlandes nieder. (Sehr richtig! rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag sich von neuem mit einer Besitzsteuer beschäftigen soll, so werden wir dem Kampfe nicht ausweichen. Wir haben bereits im vorigen Jahre durch den Mund des Herrn v. Heydebrand erklären lassen, daß auch wir bereit sind, im Interesse der Wehrmacht das Vermögen der Besitzenden heranzuziehen. Wenn wir daher heute dem zweiten Teile des Antrages zustimmen, so wollen wir dadurch unsere prinzipiellen Bedenken nicht aufheben, sondern wir wollen damit nur zum Ausdruck bringen, daß wir eine Erbschaftsteuer erneut zu prüfen bereit sind, wir werden aber darauf achten, daß bei einer einzuführenden Besitzsteuer die Rechte der Einzelstaaten möglichst geschont werden. Der Erfolg der Annahme dieses Gesetzentwurfes wird also nicht der sein, den der Streit über die Erbschaftsteuer aus den bürgerlichen Parteien zu befechtigen, sondern, daß dieser Streit von der Wehrvorlage getrennt wird, und deshalb stimmen wir dem Gesetzentwurf zu. (Bravo! bei den Konservativen.)

Abg. Fischel (Sp.): Es sollen keine Ausgaben ohne die notwendige Deckung beschlossene werden. Bei der Beratung der Deduktion für die Wehrvorlage mühte man aber bezweifeln, daß genügende Deckung vorhanden ist. Bei der Verwendung der Ueberüberschüsse wird wiederum aus der Schuldentilgung nichts. Es kann und nur eine sparsame Wirtschaft helfen. Unter sparsamer Wirtschaft kann man aber verschiedenelei verstehen. (Sehr richtig! links.) Der Anschlag der Einnahmen für die nächsten Jahre scheint viel zu hoch zu sein. Bei der Branntweinsteuer vorlage sind 32 Millionen vorgesehen, aber die Kommission hat diese Summe wieder auf 18 Millionen reduziert, aber auch diese Summe ist viel zu hoch taxiert. Jetzt wird lediglich der Konsum verteuert und die Brenner legen den Profit lediglich aus der einen in die andere Tasche. (Sehr richtig! links.) Wir haben dadurch, daß wir gestern für den sozialdemokratischen Antrag auf Festsetzung der Branntweinsteuer auf generell 10% stimmten, gezeigt, daß wir die Liebesgabe wirklich abschaffen wollen. Wir haben uns die Abschaffung der Liebesgabe bisher immer so gedacht, daß die Steuer-summe, die der Konsument an die Brenner zurückzahlt, in die Reichskasse fließt, während jetzt für die Allgemeinheit gar nichts übrig bleibt. (Sehr wahr! links.) Wenn wir die Erbschaftsteuer vorschlagen, so wollen wir keine Steuern auf Vorrat bewilligen, sondern wir sehen die dringende Notwendigkeit, dem Reiche die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Graf Westarp hat ein bewegliches Mägelied darüber angestimmt, daß sich das mobile Kapital der Besteuerung entziehen kann. Da will ich doch darauf hinweisen, daß es sich gezeigt hat, daß es kein besseres Kontrollmittel für die Steuerhinterziehungen bei der Einkommensteuer gibt, als die Erbschaftsteuer. (Sehr richtig! links.) So kann man wenigstens noch zum Teil feststellen, was die Erlösser bei Verzeihen an Steuern hinterzogen haben. Und da ist es doch ein wunderbares Zusammentreffen, daß dieselben Herren, die so sehr über die Steuerentziehung zornen, ein solches Kontrollmittel, wie die Erbschaftsteuer zu Fall zu bringen suchen. (Sehr gut! links.) Die Konservativen haben stets ängstlich vermieden, einer Steuer zuzustimmen, die in gerechter Weise das immobile Kapital trifft. (Sehr wahr! links.) Wir haben auch dem ersten Antrage unsere Zustimmung erteilt, um zu beweisen, daß wir auch der Forderung der Reichsvermögenssteuer zustimmen. Der Abg. Ledebour wünscht nun auch eine Quotifizierung der Erbschaftsteuer. Wir sind stets dafür eingetreten, daß bei einer Einkommensteuer und bei einer Vermögenssteuer eine Quotifizierung festgesetzt wird. Wenn uns also die Regierung eine Reichsvermögenssteuer vorschlägt, so werden wir

auch entschieden für eine Quotifizierung eintreten. Wenn Sie uns die Vermögenssteuer mit der Quotifizierung schaffen, so könnten wir auf die Matrilinearbeiträge verzichten. Bei der Erbschaftsteuer eine Quotifizierung einzuführen, erscheint uns aber unmöglich. Redner bittet schließlich, den fortschrittlichen Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Staatssekretär Rahn: Von Seiten des Abg. Ledebour ist eine Auswertung der Regierung darüber verlangt worden, was wir unter einer Besitzsteuer verstehen. Ich verstehe darunter eine Steuer auf den Besitz das Vermögen, Einkommen und den Nachlaß in ihren verschiedenen Kombinationen und Modifikationen. Nach meiner Auffassung gehört also die Erbschaftsteuer zweifellos zu den Besitzsteuern. Ich muß gestehen, daß ich mit verschiedenen Rednern aus diesem Hause in der Ansicht übereinstimme, daß die beiden Anträge nicht recht zusammen passen. Der zweite Antrag, der die Erbschaftsteuer fordert, ist ja bereits in dem ersten enthalten, da dieser allgemein eine Besitzsteuer fordert; zum Teil steht aber auch der zweite Antrag mit dem ersten in Widerspruch, da er eine bestimmte Steuer fordert, während der erste Antrag der Regierung freie Hand läßt. Die Regierung würde den ersten Antrag wohl kaum beanstanden können, wenn nicht der zweite Abtrag wäre, der die Quotifizierung fordert. Nach dem ersten Abtrag des Antrages soll aber der Regierung die Wahl der Besitzsteuer und somit auch ihre Ausgestaltung völlig überlassen bleiben, und da zu den Besitzsteuern auch die Erbschaftsteuer gehört und es den Anschein hat, als ob die Mehrheit dieses Hauses bei dieser Steuer eine Quotifizierung nicht wünscht, so scheint es wohl auch im Sinne des Hauses zu sein, daß man auch in dieser Frage der Regierung freie Hand läßt. In diesem Sinne, daß Sie also die Forderung der Quotifizierung fallen lassen, bin ich in der Lage, die Erklärung abzugeben, daß die Verbündeten Regierungen bereit sind, diesem Beschlusse zuzustimmen und innerhalb der vorgesehene Frist, also bis zum 30. April 1913, einen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen, welcher eine allgemeine Besitzsteuer in Vorschlag bringt. (Beifall links.)

Abg. Rumm (Wirtsch. Bg.): Meine Freunde stehen dem Gedanken der Erbschaftsteuer sympathisch gegenüber; doch soll man die politische Lage nicht durch Festlegung auf eine bestimmte Form der Besitzsteuer komplizieren.

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Beide Anträge der Kommission sind miteinander unvereinbar; entweder legt man sich auf eine bestimmte Besitzsteuer fest, die Erbschaftsteuer, für die wir stimmen, sobald eine Mehrheit dafür zu haben ist, oder man legt sich heute noch nicht fest und läßt sich auch noch den Weg zu einer anderen Art der Besitzsteuer frei. Nachdem wir übrigens in der Wertzuwachssteuer eine Besitzsteuer eingeführt haben, die nur den Grundbesitz betrifft, ist es jetzt an der Zeit, auch das mobile Kapital heranzuziehen. (Sehr richtig! rechts.) Für eine Quotifizierung der Steuer sind wir unter keinen Umständen zu haben; wir wollen die verfassungsmäßigen Zustände in dieser Hinsicht nicht ändern. Dem Abg. Ledebour erwidere ich, daß durch den Einfluß der christlichen Arbeiter der Schnapsgehalt erheblich eingeschränkt ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Ledebour (Soz.) zur Geschäftsordnung: Ich bedauere den Schluß der Debatte in dieser wichtigen Frage um so mehr, als der Staatssekretär auf die an ihn gerichtete Frage, die zur Klärung der Frage dienen sollte, was eine Besitzsteuer sei, eine klare Antwort nicht gegeben hat.

Der Gesetzentwurf zur Feststellung des Etats wird angenommen sowie eine von der Budgetkommission beantragte Resolution, die eine Revision des Vereinszollgesetzes verlangt.

Die beiden von der Kommission beantragten Gesetzentwürfe, für die Kommissionsberatung nicht beantragt ist, werden nunmehr in zweiter Lesung beraten.

Abg. Dr. Sadekm (Soz.):

Wir kennen den Staatssekretär Rahn als einen sehr vorsichtigen Herrn, aber so vorsichtig wie heute auf die Frage Ledebours hat er sich doch noch nie ausgedrückt. Er will unter einer Besitzsteuer eine Steuer auf das Vermögen, das Einkommen und den Nachlaß in ihren verschiedenen Kombinationen verstehen und meint, es sei nicht leicht, alle Steuern zu nennen, die dazu gehören. In dieser Allgemeinheit widerspricht die Erklärung dem, was einer der Väter des Entwurfs in der Kommission als seinen Sinn hingestellt hat. Herr Wassermann erklärte in der Kommission, daß er unter einer Besitzsteuer entweder eine Vermögenssteuer oder eine Nachlaßsteuer versteht. Es kann keine Rede davon sein, daß etwa, wie die Herren Westarp, Spahn und der Staatssekretär es ausgeführt haben, ein

Konglomerat von allen möglichen oder unmöglichen Steuern

zusammengestellt wird. Nach der Erklärung des Staatssekretärs kann ich mir schon vorstellen, was der Herr Reichsanwalt, der Freiherr von Hertling und vielleicht auch der Staatssekretär Rahn sagen werden, wenn einmal ein solcher Gesetzentwurf vorliegt und sie dann noch Minister sind. Die jetzt bei der sogenannten Abschaffung der Liebesgabe werden sie sagen: Sie haben immer noch einer Besitzsteuer geredet, nun bringen wir sie Ihnen und da paßt sie Ihnen wieder nicht.

Daß der Staatssekretär den ersten Entwurf der Kommission (Antrag a) vorzieht, ist begreiflich, denn die Hinausschiebung der Ermäßigung der Zudersteuer fällt ihm die Reichskasse und enthebt ihn der Sorge, auf andere Weise Deckung zu suchen. Wir sehen hier eintreten, was wir vorausgesetzt haben, und was in scharfem Widerspruch steht zu den Erklärungen der Parteien und der Regierungsvorrede im Jahre 1909, daß nämlich neue Ausgaben des Reiches nicht durch indirekte Steuern, nicht durch eine Verlastung des Konsums gedeckt werden sollen. Das war freilich vor den Wahlen. Auch die Heranziehung der Ueberüberschüsse zur Deckung der Wehrvorlage ist eine Verlastung des Konsums, da ja die meisten Ueberüberschüsse aus Zöllen und Verbrauchssteuern sowie Verkehrssteuern stammen, die den Konsumsteuern gleichzustellen sind. Nach den Erklärungen der Regierung und der Parteien vor den Wahlen hätten schon jetzt die gesamten Kosten der Wehrvorlagen restlos durch Besitzsteuern aufgebracht werden müssen, wenn diese Faktoren entschlossen gewesen wären, zu ihren Worten zu stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da es bis zu Neuwahlen voraussichtlich noch lange dauern wird, hat das Volk jetzt nicht Gelegenheit zur Abrechnung, und daher versuchen Sie es jetzt wieder mit indirekten Steuern.

Gegen den zweiten Absatz des Entwurfs, der die Quotifizierung der zu erwartenden Besitzsteuer fordert, haben sich der Staatssekretär sowie einige Herren aus dem Hause sehr scharf ausgesprochen. Beweis kann es Besitzsteuern geben, die eine Quotifizierung nur sehr schwer zulassen. Wir wollen aber solche Besitzsteuern, die quotifizierbar sind, und wir wollen die Quotifizierung, weil wir in der Tat, wie Herr v. Camp ganz richtig sagt, eine

Stärkung des Einnahmewilligungsrechts

des Reichstages wollen, das heute nur auf dem Papier steht. Die eigentliche Begründung, warum die Herren v. Camp und Graf Westarp die Quotifizierung ablehnen, haben nicht sie gegeben, sondern Herr v. Heydebrand, als er sagte, man dürfe dem aus einem demokratischen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag nicht das Verfügungsrecht über das Portemonnaie der reichen Leute geben. Wir müssen uns so mehr auf der Quotifizierung der kommenden Besitzsteuern bestehen, als bei den vermehrten Einnahmen des Bewilligungsrechts des Reichstages eine erhöhte Bedeutung erlangt.

Als Besitzsteuer bringt man uns vielleicht eine Erhöhung der Matrilinearbeiträge oder, wie man es lieber nennt, ihre Veredelung. Eine solche Lösung der Besitzsteuerfrage wäre für uns nicht diskutabel. Aber auch einer Erbschaftsteuer, die etwa so aussehe, daß die heutige Erbschaftsteuer um etwa 10 Prozent erhöht wird, und alles übrige aus neuen Verkehrssteuern

herausgezogen wird, könnten wir nicht zustimmen. Ich bitte Sie noch einmal, für den zweiten Antrag der Kommission zu stimmen und in dem ersten Antrag für den zweiten Absatz, der die Quotifizierung verlangt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Roland-Lücke (natl.): Wir wünschen, daß am 30. April 1914 die Ermäßigung der Zudersteuer auch wirklich erfolgt. Deshalb haben wir verlangt, daß uns der Gesetzentwurf einer Besitzsteuer bis zum 30. April 1913 vorgelegt wird. Wenn der Reichstag ihm zustimmt und dann automatisch sechs Monate nach seinem Inkrafttreten die Zudersteuer ermäßigt wird, so haben wir im April 1914 die Ermäßigung der Zudersteuer. Von einer Verschleierung ist doch da keine Rede. Unter einer Besitzsteuer ist eine Reichsvermögenssteuer oder eine Erbschaftsteuer zu verstehen; das hat der Abg. Wassermann klar und deutlich in der Kommission ausgesprochen und meine Fraktion ist darin vollständig einig mit ihm. (Bravo! links.)

Abg. Gräfe (Nat.): Wir werden für eine Erbschaftsteuer stimmen, wenn keine bessere Besitzsteuer gefunden wird. Wenn aber die Erbschaftsteuer kommen sollte, so werden die Rechte und das Zentrum sie so gestalten, daß Ihnen etwas schwummerig zumute werden wird.

Abg. Ledebour (Soz.):

Daß Herrn Gräfe und seinen Freunden schwummerig zumute wird, ist uns nichts Neues. (Heiterkeit links.) Aber auf diese schwummerigen Bedenken brauche ich nicht einzugehen. Ich wollte nur Herrn Roland-Lücke entgegenreten, der uns die Zustimmung zu dem ersten Satz des Deckungsantrages schmachtend zu machen suchte. Er führte aus, wenn der Entwurf der Besitzsteuer-gesetzes bis zum 30. April 1913 vorliegt, und wenn er dann angenommen wird, so tritt die Ermäßigung der Zudersteuer 1914 in Kraft. Ja, wenn die Annahme erfolgt. Aber in diesem Entwurf ist

keine zwingende Verpflichtung

enthalten, daß das geschieht, und dann tritt die Ermäßigung der Zudersteuer erst 1916 in Kraft. Damit ist nicht nur die Möglichkeit hierfür, sondern die große Wahrscheinlichkeit gegeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der persönliche Wunsch des Herrn Lücke und seiner Fraktion kommt für uns bei der Würdigung eines Gesetzes, das einen derartigen Spielraum für die Ermäßigung der Zudersteuer läßt, nicht in Betracht. Herr Wassermann hat ja auch den Standpunkt seiner Freunde so motiviert, daß der ursprüngliche Zentrumsantrag zu klar und deutlich ausdrückt, daß die Ermäßigung der Zudersteuer verschoben werden soll. Die Verschleierung dieser Verschlebung hat Herr Lücke durch seine Ausführungen noch schlechter gemacht; wir werden daher gegen den ersten Satz des Entwurfs und, falls er angenommen wird, gegen den ganzen Entwurf stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Bestimmungen über die Hinausschiebung der Aufhebung der Zudersteuer und die allgemeine Besitzsteuer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, die Bestimmung, daß der Gesetzentwurf bis zum 30. April 1913 vorzulegen ist, wird gegen die Stimmen der Polen und Elässer angenommen. Die Quotifizierung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der von der Volkspartei beantragte Artikel über die Einbringung der Erbschaftsteuervorlage und zwar so rechtzeitig, daß sie mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann, wird in momentlicher Abstimmung mit 184 gegen 169 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Bravo! bei der Volkspartei, Lachen rechts.)

Bei den Zöllen und Steuern behauptet Abg. Krenndt (Sp.), daß die Ergebnisse der Wertzuwachssteuer, die nur eine Verlastung für die Grundstücksbesitzer bedeute, außerordentlich mäßig gewesen seien.

Staatssekretär Rahn: Ganz so traurig liegt die Sache wirklich nicht. Im April dieses Jahres hat die Steuer sogar 2400 000 M. gebracht. (Hört! hört! und Beifall.)

Abg. v. Schulze-Gebornig (Sp.) spricht über die Reichsbank, die letzte Instanz unserer Kreditwirtschaft. Die Expansion des deutschen Wirtschaftsbetriebes streift an England heran, aber es ruht auf magerer Grundlage, der Kredit wird zu hoch angepannt. Darin liegt eine große Gefahr, und es ist freudig zu begrüßen, daß die Reichsbank im Verein mit den Großbanken das Kreditwesen zu reformieren trachtet.

Abg. Graf Westarp (L.) ist mit den Bestrebungen des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten gleichfalls einverstanden.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.) kündigt eine ausgiebige Erörterung unseres Geld- und Kreditwesens für die nächste Sitzung an.

Der Hauptetat, der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung und das Staatsgesetz werden angenommen.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen folgen

Vertitionen.

Auf Antrag des Abg. Thiele (Soz.) wird die Erörterung des Verfalls über die reichsgesetzliche Regelung des Zrennwesens mit Rücksicht auf die Geschäftslage von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Innungsverband deutscher Schneiderinnungen wünscht in einer Petition die Einführung des Befähigungsnachweises in der Maßschneiderei. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material, die Sozialdemokraten beantragen Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Albrecht (Soz.):

Die Petition beruft sich auf eine Statistik des rheinischen Bezirkesverbandes der deutschen Schneiderinnungen, wonach im Jahre 1910 die gelerntten Schneider durchschnittlich 12 Gehilfen beschäftigt hätten. Sie erhofft eine Abänderung durch die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises, der aber würde nicht das geringste nützen. Mit dem Befähigungsnachweis würden Sie dem Kleinhandwerker nicht das nötige Kapital geben, das erforderlich ist, um das Geschäft auf breiterer Grundlage betreiben zu können. Das Publikum ist gewillt, die großen Geschäfte aufzulassen, weil es dort eine große Auswahl hat. Es geht auch unter keinen Umständen an, ein einzelnes Gewerbe herauszugreifen und dort den Befähigungsnachweis einzuführen. Damit würde man ja nur eine Ausnahme für ein einzelnes Gewerbe schaffen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung bleibt das Ergebnis zweifelhaft. Bei der Aufzählung ergibt sich, daß 158 Abgeordnete mit Ja und 156 mit Nein stimmten. Der Kommissionsantrag ist also mit Stimmen-gleichheit abgelehnt. (Große Heiterkeit.) Der sozialdemokratische Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Eine Petition auf Einberufung einer außerparlamentarischen Kommission zur Beratung der Prostitutionssfrage wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Drei Eingaben fordern die Beschaffung von Wahlurnen durch das Reich. Die Wahlprüfungskommission beantragt, sie dem Reichsanwalt zu überweisen. Die Sozialdemokraten beantragen, den Reichsanwalt dabei zu ersuchen, die Einführung einheitlicher und das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen alsbald zu veranlassen.

Abg. Dr. Quard (natl.): Diese Erklärung der Wahlprüfungskommission begrüße ich. Der Reichstag ist sich also wohl einig darin, bessere Wahlurnen vorzuziehen zu fordern. Aber an die Reichsregierung möchte ich noch einen ersten Appell richten. Sie hat ähnliche Beschlüsse des Reichstages seit Jahren unbeachtet gelassen im Interesse der Rechten. Gerade für die Landbevölkerung, nicht so sehr für uns Großstädter, ist eine Wahlurne von Bedeutung, die das Wahlgeheimnis unbedingt sichert. Der Reichsanwalt wird bereits eine ganze Sammlung vortrefflich funktionierender Wahlurnen besitzen, und auch der Reichstag besitzt davon ein Exemplar. Vielleicht könnte man einmal in einer öffentlichen Ausstellung diese Wahlurnen mit den Zigarettenstiften zusammen ausstellen, da

In Ländlichen Kreisen jetzt als Wahlurne benutzt werden. Der Reichstag muß gerade jetzt frisch nach den Wahlen an die Arbeit gehen. Im Grunde handelt es sich doch nur darum, daß die moderne Technik endlich auch hier ihren Einzug hält. Kurz vor den Wahlen ist es immer zu spät. Es handelt sich aber hier nur um ein lumpiges Verfassungsrecht des Staatsbürgers, und da läßt die Regierung auf sich warten. Aber gerade dieses Staatsbürgerrecht muß geschützt werden, und die reiche Auswahl in gut konstruierten Urnen, die der Reichstanzler und wir bereits haben, zeigt, daß der Schutz durch die Technik möglich ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.) schließt sich dem sozialdemokratischen Antrage an.

Der Antrag der Kommission und der Zusatzantrag der Sozialdemokraten werden beinahe einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung eine halbe Stunde später. Schluß 4 1/4 Uhr.

68. Sitzung.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, v. Tirpitz, v. Seeringen, Delbrück und Kühn.

Die dritte Lesung der Wehrvorlagen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) beantragt En bloc-Abstimmung. In der Generaldiskussion erklärt

Abg. Haase (Soz.):

Im Namen meiner Parteifreunde habe ich eine kurze Erklärung abgegeben. Unsere Stellung zu den Wehrvorlagen ist bekannt. Wir bebauern nur, daß wir noch nicht stark genug sind, um diese volksfeindlichen Vorlagen zu Fall zu bringen. Mit aller Kraft aber werden wir in die breiten Massen hineingehen und immer mehr und mehr Kreise mit Abscheu gegen dieses wahrnehmbare Verbrechen erfüllen. (Lärm rechts.) Wir zweifeln nicht daran, daß in nicht allzu langer Zeit die große Mehrheit des deutschen Volkes auf unserer Seite stehen und erkennen wird, wo seine wahren Freunde sind. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Beschlossen wird, die Erhöhung der Mannschafszahlen am 1. Oktober 1912 eintreten zu lassen.

Die Heeresvermehrung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Elsäßer und der Dänen angenommen. (Lauter Bravo rechts, besonders rechts, starker Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Die Flottenvermehrung wird von der gleichen Mehrheit angenommen, nur daß die Weisfall mit der Rinderheit stimmen. (Erneutes Bravo rechts, das im Rücken der Sozialdemokraten untergeht.)

Wahlprüfungen.

Präsident Kaempf tritt den Vorsitz an den Abgeordneten Dobe ab. Die Wahlen der Abgg. Baudert (Soz.) und Dr. Leusch (Soz.) werden für gültig erklärt, bei den Wahlen der Abgg. Böhl (natl.), Kaempf (Sp.) und Kuchhoff (B.) wird Weisfall erheben beschlossen.

Eine lange Debatte entsteht bei der Prüfung der Wahl des Abg. Pauli (L.) Dagenow-Gredesmühlen. Die Kommission beantragt die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Pfleger (B.) beantragt die Rückverweisung an die Kommission.

Abg. Dr. Pfleger (B.) beantragt nunmehr Aussetzung des Beschlusses und Weisfall erheben.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Sache ist spruchreif. Bei keiner Wahl ist die Ungültigkeit so klar wie hier. Wer ohne Rücksicht auf die Parteistellung des Kandidaten urteilt, muß die Ungültigkeit aussprechen. Alles

spricht dafür, daß in diesem Wahlkreise der amtliche Apparat mit allem Nachdruck zugunsten der Liberalen und Sozialdemokraten und zugunsten der Konservativen gearbeitet hat. Der Reichstanzler hat ausdrücklich dazu aufgerufen, die Wahlbezirke nicht zu klein zu machen, damit die Mogelei nicht allzu sehr erleichtert wird. In diesem Wahlkreise aber sind nicht weniger als 78 Bezirke geschaffen worden, in denen die Zahl der Wahlberechtigten nicht über 25 hinausgeht. (Hört! hört! links.) Nimmt man hinzu, daß auch

Zigarettenlisten als Wahlnamen

benutzt worden sind, so müßte die Wahl schon aus diesem Grunde für ungültig erklärt werden. Vielleicht würde es sich auch empfehlen, gegen die Wahlvorsteher, die Protokolle gefälscht haben, vorzugehen. Der Liberale, nicht der Sozialdemokrat müßte mit Pauli in Stichwahl kommen, das ergibt die Prüfung des Wahlergebnisses, also ist die einfache Konsequenz, die Wahl Paulis für ungültig zu erklären. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (B.): Erst soll alles, was in dem Protest behauptet wird, unzweifelhaft festgestellt werden, deswegen beantragen wir, den Beschluß auszusetzen und Beweis-erhebungen zu beschließen.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Erst stellte der Vordredner den Antrag, die Wahlprüfung an die Kommission zurückzugeben, jetzt beantragt er Weisfall erheben. Die Wahlprüfungskommission hat den Protest unterleuchtet und über jeden einzelnen Teil Beschluß gefaßt. Der Wahlprotest stellt keine Mitteilung von Tatsachen dar, sondern Behauptungen, deren Richtigkeit die Kommission zu prüfen hat. Werden die Behauptungen zurückgezogen, so brauchen sie nicht geprüft zu werden, sind sie aber bereits geprüft, so ist eine Zurückziehung nicht mehr möglich. Hier sind die Tatsachen sämtlich festgestellt, und sie führen dahin, daß die Wahl für ungültig erklärt werden muß. Es ist aber alles klar zur Entscheidung. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Beit (L.): Die Kommission ist in diesem Falle viel zu rigoros vorgegangen. Ich bitte, die Wahlprüfung daher an die Kommission zurückzugeben. (Weisfall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In persönlicher Bemerkung nimmt

Abg. Neumann-Hofer (Sp.) die Kommission gegenüber dem Angriff des Abg. Dr. Beit (L.) in Schutz. Sie hat hier nicht anders verfahren, als sie in jedem anderen Falle vorgeht. (Bravo! links.)

In der Abstimmung wird der Antrag auf Zurückverweisung und Weisfall erheben mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und Polen abgelehnt. Mit der gleichen Mehrheit wird sodann die Wahl des Abg. Pauli (Dagenow, L.) für ungültig erklärt. (Bravo! links.)

Jur Wahl des Abg. Kuchhoff (B.) wird weitere Beweis-erhebung beschlossen.

Das gleiche beantragt die Kommission zur Wahl des Abg. Graf Dypersdorff (B. L. Fr.).

Abg. Müller-Reinigen (Sp.): Bei der Wahl in Kraustadt-Lissa, wo der Graf Dypersdorff gewählt wurde, ist im Wahlkampfe erklärt worden: Der Teufel im Paradies ist der Feind gewesen. (Hört! hört! links, große Heiterkeit.) Er ist der größte Feind der Ordnung. Die Katholiken, die ihre Stimme einem Freisinnigen gegeben haben, haben ihre Ehre in den Dreck getreten. (Erneute große Heiterkeit und Hört! hört! links.) Wir sind ja von Bayern her an so manches in dieser Richtung gewöhnt. Dort heißt es ja:

„Wauer, den' an deine Seel',
Wählt tu schwarz, kommt in die Höll',
Wählt du einen Zentrumsmann,
Kann der Teufel nimmer 'ran.“

(Große, schallende Heiterkeit.) Das ist aber auch genau so in Kraustadt-Lissa, überall, wo die Geistlichkeit im Wahlkampf auftritt. Hiergegen muß energisch Front gemacht werden. Auch das Oberlandesgericht in Colmar (Elsas) hat aus dem gleichen Grunde eine Wahl zum elsass-lothringischen Landtage für ungültig erklärt. Dieser Urteil ist durch die Zentrumspresse als eine Schandtat bezeichnet worden, so scharf kritisieren die Sozialdemokraten ein Urteil nicht, nicht einmal die Anarchisten. (Sehr richtig! links, Lärm rechts.) Wir beantragen daher, die Weisfall erheben auch auf die Fälle geistlicher Wahlbeeinflussung auszudehnen. (Weisfall links.)

Abg. Erzberger (B.): Die Geistlichen haben nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zur Agitation. (Dubul links.) In Brandenburg müssen sogar die evangelischen und lutherischen Geistlichen auf die Bedeutung der Gemeindevahlen von der Kanzel aus hinweisen.

Die Diskussion schließt. Bei der Abstimmung über den Antrag der Fortschrittlichen in Verbindung mit dem Kommissionsantrage bleibt das Bureau über das Ergebnis zweifelhaft. Der Sammelsprung ergibt mit 180 gegen 156 Stimmen die Annahme der Anträge.

Es folgt die dritte Lesung der Branntweinsteuervorlage.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir beantragen die Ablehnung der Vorlage. Die Liebesgabe wird nicht aufgehoben, sondern das Gesetz verschleiert sie nur. Es handelt sich nur um ein

neues Prohibitgesetz für die Spirituszentrale.

Dann wäre schon ein Reichsspiritusmonopol besser als ein Privatmonopol auf dieser Grundlage. Das Gesetz bedeutet einen Raubzug gegen die Kerne der Armen, die Elendesten müssen wieder die Lasten der Spiritusinteressen tragen, denen die Reichsliste wieder bereitwillig 16 Millionen überweist. Wir beantragen, diese 16 Millionen den Veteranen des Krieges und der Arbeit zuzuwenden, aber die Hebersatten gönnen diesen Leuten keinen Pfennig. (Bravo! bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.)

Die §§ 1-6 der Vorlage werden unverändert in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Beim § 7a beantragen die Sozialdemokraten; diesen Paragraphen in der Kommissionsfassung wieder heranzufassen.

Nach kurzer unwesentlicher Debatte wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Beim § 7b begründet

Abg. Wurm (Soz.) einen Antrag, dem Aussteller dieselben Vergünstigungen zuzugestehen wie der Kunstfelle. Dies sei in der Kommission lediglich aus Versehen weggelassen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Sodann wird das Gesetz mit den Stimmen der Konservativen, der Reichspartei, des Zentrums, eines Teils der Nationalliberalen und der Polen angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und der Elsäßer.

Es folgt die Beschlussfassung über die Resolution Brandys (Pole). Die Resolution fordert die Verwendung der Vergütungspremie für Veteranenbeihilfen. Bei der Abstimmung bleibt das Bureau zweifelhaft. (Große Heiterkeit.) Es muß also wiederum ein Sammelsprung vorgenommen werden. Dieser ergibt die Ablehnung der Resolution Brandys mit 161 gegen 156 Stimmen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Vertagungsantrag (bis 28. November), dritte Lesungen, Wahlprüfungen, Resolution zur Wohnungsfrage. Schluß 7 1/4 Uhr.

„Roland“ Schuhwaren

Vertriebsgesellschaft m. b. H.



Unser Betrieb während der Pfingstwoche.

gegenüber Königstr. 53-54 gegenüber d. Rathaus

Sonder-Angebot für die Pfingst-Woche:

Aus unserer Abteilung

| Gelegenheits-Käufe | | Einzel-Verkauf zu Engros-Preisen | |
|---|---|---|-----------|
| 1 Posten Schwarze u. braune Damen-Stiefel | mit Lackkappe, leicht beschd. 4 90 | Damen-Stiefel mit und ohne Lackkappe | 5 85 7 85 |
| 1 Posten Braune Damen-Stiefel | ganz besonders preiswert 6 85 | Damen-Stiefel mit u. ohne Lackkappe, Goodyear-Welt | 9 85 |
| 1 Posten Braune Herren-Stiefel | Goodyear - Welt, größte Billigkeit 7 85 | Braune Damen-Stiefel mit und ohne Lackkappe | 8 65 |
| 1 Posten Herren-Stiefel | Zug und Agrallen 6 85 | Herren-Stiefel mit und ohne Lackkappe | 8 65 |
| 1 Posten Damen-Stiefel | schwarz und braun, mit Lackkappe 7 85 | Herren-Stiefel mit und ohne Lackkappe, braun und schwarz, Goodyear-Welt | 10 85 |
| | | Herren-Stiefel m. u. ohne Lackkapp., braun u. schwarz, Goodyear-Welt, vom Unken das Beste | 11 85 |

Halbschuhe, die große Mode

| Damen-Halbschuhe | Herren-Halbschuhe | Damen-Halbschuhe |
|---|--------------------------------|--|
| schwarz mit Lackkappe, eleg. Formen, besonders geeignet für kurze Röcke | Lack, Boxkalf, braun, Chevrone | braun, mit Lackkappe, billig, elegant, dauerhaft |
| 4 85 5 85 6 65 7 85 9 85 10 85 | sehr preiswert | 4 95 5 85 6 45 7 85 8 65 10 85 |

Verschaffen Sie sich frühlich Pfingsten durch Tragen unserer Stiefel Marke Roland. Sie gehen bequem leicht u. angenehm.

Bei Vorzeigung dieser Anzeige gewähren wir **5% extra**

vormittags von 8-12 Uhr bis inkl. 25. d. M.

Bitte überzeugen Sie sich ohne Kaufzwang.



HERREN und DAMEN

erhalten in diskreter Weise

Bekleidung auf Kredit

und zwar

Ohne jede Anzahlung

sofern sie Ihr Konto bei mir oder in unseren Kreditgeschäften erledigt haben, sonst aber ist die Anzahlung in meinen Geschäften so niedrig, dass sie ein Jeder mit Leichtigkeit leisten kann.

Mein Kredithaus

ist der Anziehungspunkt für alle auf Kredit Kaufenden, bildet das Tagesgespräch in allen Gesellschaftskreisen, enthält gediegene und gute Waren zu billigen Preisen, unterscheidet sich überhaupt von ähnlichen Geschäften durch

Vornehmheit - Kulanz - Reellität

Besichtigen Sie meine Läger und bilden Sie sich selbst Ihr Urteil

Besondere Aufmerksamkeit verdienen meine Läger:

Anzüge und Paletots Kleider und Kostüme Damenhüte und Schuhwaren

B. FEDER

Zentral Nordost: Brunnenstrasse 1 | Frankfurter Allee 89
Pillau Ostent: Pillau Südost: Kottbuser Damm 103

Ein **Ideal-Portrait** gratis!

Haben Sie eine Photographie?

so kommen Sie mit dieser zu mir, und Sie erhalten ganz umsonst

bei einem Einkauf von M 30 an 1 eleganten Zimmerschmuck

Öffentliche politische Protest-Versammlungen

am Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr,

in folgenden Lokalen:

Industrie-Festsäle, Beuthstr. 19/20.
Bock-Brauerei, Am Tempelhofer Berg.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Graumann, Naunynstr. 27.
Urania, Brangelsstr. 9/10.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.

Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.
Elysium, Landsberger Allee 40.
Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.
Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18.
Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47/49.

Artushof, Berleberger Str. 26.
Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110.
Pharusäle, Müllerstr. 142 (2 Versammlungen)
Kastanienwäldchen, Badstr. 16.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42
Prater-Theater, Kastanienallee 7/9.

Referenten: Max Barth, Eduard Bernstein, Otto Buchner, Ernst Däumig, Emil Dittmer, Dr. Herzfeld, Adolf Hoffmann, Hilfenbrand-Stuttgart, Paul John, Leutert-Apolda, Wilhelm Pfannkuch, Dr. Max Quark-Frankfurt a. M., Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Ströbel, Schöpflin-Stollberg, Heinrich Schulz, Karl Vermuth, Fritz Zubeil, Luise Zieg.

Wahlkreise Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim:

Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick, Stadttheater.
Friedrichsfelde-Neu-Nichtenberg, Bürger, Prinzenallee 30.
Friedrichshagen, Eisbiller, Friedrichstr. 96/97.
Lichtenberg, Arnhold, Frankfurter Chaussee 5.

Neukölln, Neue Welt, Hasenheide.
Ober-Schöneeweide, Wilhelminenhof.
Oranienburg, Frahm, Schützenstr. 34.
Pankow, Ebersbach, Berliner Str. 102.
Reinickendorf-Ost, Seebad, Residenzstr. 49.

Reinickendorf-West, Knoblichs Festsäle, Scharnweberstr. 14.
Rummelsburg, Café Bellevue, im Garten.
Schöneberg, Schloßbrauerei, Hauptstraße.
Weißensee, Schloß Weißensee.

Referenten: Julian Borchardt, Otto Brann, Adolf Buhl, Paul Dupont, Theodor Glöde, Haberland-Düsseldorf, Konrad Hänisch, Paul Hirsch, Hofrichter-Köln, Käppler-Altenburg, Dr. Karl Liebknecht, Waldeck Manasse, Hermann Müller (Partei-Vorstand), Georg Udo, Dr. Hermann Wehl.

Tagesordnung:

Die Wahlrechtsfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Arbeiter! Parteigenossen und Genossen! Am Montag ist im Abgeordnetenhaus die Wahlrechtsfrage in der unerhörtesten Weise behandelt worden. Gebt in den Versammlungen die Antwort auf diese Provokation.

☛ **Sorgt für Massenbesuch!** ☛

204/13*

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Diefenstraße 16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1957.

Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:

Sonnabend, den 25. Mai, nachmittags
Montag, den 27. Mai, den ganzen Tag
Dienstag, den 28. Mai, nachmittags.

Die nächste Versammlung der
Gold- und Silberarbeiter

findet Anfang Juni statt.

117/13 Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:

Stellungnahme und Beschlussfassung zu dem geplanten obligatorischen Arbeitsnachweis.

Die Kollegen aller Branchen sind zum Versammlungsbesuch verpflichtet.

Die noch nicht abgeholtten Arbeitslosenfondskartennummern sowie die Marktsammlungen gelangen ebenfalls zur Ausgabe.

Kollegen agitiert für guten Besuch.

171/14* Die Ortsverwaltung.

Eis!

Natur- oder Kunsteis frei Haus offerieren für das laufende Jahr: den ganzen Winter zu 35 Pf., den halben Winter zu 20 Pf.

Norddeutsche Eiswerke

Köpenicker Str. 40/41.

Brotfabrik und Feinhäckerei

Ahlschwede Nilgr.

20 Memeler Straße 20

empfehlen sein großes Roggenbrot „Marke Ideal“ als das beste, kernvollste Brot.

Machen Sie bitte einen Versuch!

Rur Memeler Straße 20.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 23. Mai 1912, abends 1/9 Uhr, in den „Rufertäulen“, Kaiser-Wilhelmstr. 18m:

Komb. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Bericht vom Verbands-tag in Hamburg. 3. Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der besonderen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend geboten.

187/12* Die Ortsverwaltung.

Zigarren- W. Herbst

Fabriken

reg. 1902. Tel.: Moritzplatz 3873.

BERLIN SW., Ritterstr. 83

Erstklassige Ware. Zigarren-

händlern bestens empfohlen.

Tarifarbeit.

Frack-Verleih-Institut.

Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorr.

S. Berg Nachf. Borchardt,

Friedrichstr. 115 I, a. Oranienburg-Tor

Tel. Nord 7402.

Ohne Anzahlung

Retour an jedermann

Garderoben auf Kredit

für Herren, Damen und Kinder

Gehrock-Anzüge, Jackett-Anzüge, Paletots, Ulster, Damen-Kostüme, Blusen, Röcke, Paletots, Engl. Jacketts, Stummkäse, Seidene Kleider u. Mäntel in allen Farben u. neuesten Fassons. Größte Auswahl. Bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

Möbel kompl. Wohnungs-Einrichtung, sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen.

Portieren, Gardinen, Lein- u. Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung.

S. DORN Weinmeisterstr. 9

Ecke Alte Schönhauser Straße

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.



Hugo Udo Cohn

Nr. 13 Kottbuser Damm Nr. 13

Meine Auswahl ist hervorragend!

Meine Preise sind bekannt billig!

Meine Bedingungen sind kulant!

Ueberzeugung macht wahr!

Grosser Pfingst-Verkauf

mit jeder nur annehmbaren Anzahlung

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

Darunter besonders billig:

1 Posten Anzüge, Paletots, Ulster

1 Posten Kostüme, Kleider, Blusen

Schuhwaren in neuen Formen

Möbel- und Polsterwaren

Kmpl. Wohnungs-Einrichtungen

Jeder neue Kunde erhält ein Geschenk

Grosse Pfingst-Ueberraschungen

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung, Dienstag, den 21. Mai 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, später niemand.

Das Beschäftigungsgesetz

wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 115 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, ebenso die fortgeschrittenen Entwürfe auf Erhöhung des Grundlohns der Posener Pfandbriefanstalt und der freikonserativen Antrag auf alljährliche Vorlegung einer Denkschrift.

Strafverfolgung des „Vorwärts“.

Abg. v. Kardorff (H.) sagt sich als Berichterstatter sehr kurz. In dem „Vorwärts“-Artikel „Eine reaktionäre Affenkomödie“ wird gesprochen von „abgeschmackter, finstlicher, ganz ordinärer Komödie“.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wenn wir dagegen Einspruch erheben, daß die Ermächtigung zur Strafverfolgung gegeben wird, so geschieht das aus einem prinzipiellen Grunde mit Rücksicht auf Würde und Ansehen des Parlamentarismus.

rückhaltloser, ehrlicher Kritik

Gebrauch gemacht hat. Sie sollten sich dessen erinnern, wie oft hier im Hause selbst die schärfste Kritik an der Sozialdemokratie im Lande nicht nur an uns sechs, geübt worden ist.

ein Tauschspielerskandal

zu behaupten, daß damit das ganze Haus gemeint worden sei. Zum Hause gehören auch wir, wenn Sie auch den einen oder anderen von uns durch den Polizeileutnant hinauswerfen lassen, und wir gehören hierher mit einem ganz anderen moralischen Recht als Sie!

Wie lauten nun die von Ihnen als die schlimmste Stelle des Artikels betrachteten Sätze:

Eine reaktionäre Affenkomödie. Seit drei Tagen fährt die reaktionäre Mehrheit des preussischen Junkerparlamentes eine Komödie auf, wie sie toller, abgeschmackter und sinnloser noch nicht dagewesen ist.

Der Präsident Frhr. v. Erffa sagt auf seinem Platz unter den Konservativen und spricht lebhaft mit dem Abg. Dr. v. Heydebrand, dem die Ausführungen Ströbels viel zu weit zu gehen scheinen.

Es ist ganz klar, daß sich der Artikel nur auf die reaktionäre Mehrheit bezieht. Und

das fürchterliche Wort „Affenkomödie“

ist von einem freisinnigen Mitglied dieses Hauses auf die Komödie angewandt worden, die die Konservativen am 27. Juni vorigen Jahres bei der Verhandlung über die Wahlrechtsentwürfe aufgeführt haben.

War die Kritik des „Vorwärts“ etwa nicht berechtigt? Die Ursache Ihres Entrüstungsausbruchs war bekanntlich der Zwischenruf „außer Preußen“, den ich tat, als Abg. Lieblnecht die russische Regierung als die barbarischste und verächtlichste Europas bezeichnete.

totale Verwilderung der politischen Sitten

in diesem Hause. (Vizepräsident Borsch erhebt den Redner, nicht weiter auf die gestrige Rede Heydebrands einzugehen.)

das Volk über den Löffel harrdieren wollen,

wie das ja gestern wieder sich gezeigt hat.

Vizepräsident Borsch: Das ist eine Beleidigung des Hauses, ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Ströbel:

Ich hoffe, daß sich der Präsident künftig auch unserer so schneidig annehmen wird. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Freiherr v. Zedlitz hat beim Eisenbahnleihegesetz über diese Dinge gesprochen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströbel (fortfahrend):

Die „Tägliche Rundschau“ hat den Abg. Lieblnecht einen Exzentriker und einen Nigger geheißen, von der gewaltsamen Enttarnung des Abg. Vorkardt, der hier in Ausübung seiner Pflicht anwesend war, schrieb sie: „Vorkardt wankt und weicht nicht und gröhlt weiter, ein Bild, das nur zu sehr vor-gegriffener Stunde in einer Kaskade zu sehen ist.“

Schimpfe der bürgerlichen Presse über die Sozialdemokratie

hat gewiß auch die sozialdemokratische Presse das Recht, scharfe Töne anzuschlagen. Die Staatsanwaltschaft ist bekanntlich die objektive Behörde der Welt; wenn Sie sie nicht ermächtigen — was wir nicht verlangen — gegen die Beschimpfungen, die auf uns gemacht sind, einzuschreiten, dann haben Sie allerdings auch nicht das Recht, die Staatsanwaltschaft zu ermächtigen, gegen den „Vorwärts“ vorzugehen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

Abg. Dr. Bohnke (Sp.): Nicht das Recht der freien Kritik steht hier in Frage, sondern nur die Form der Kritik des „Vorwärts“, die bedauerlich ist, wenn auch Ausschreitungen auf der anderen Seite konstatiert werden müssen.

solche Angriffe beleidigt werden könnte. Der Reichstag weist solche Strafverfolgungen regelmäßig zurück. Im Interesse des Ansehens des Hauses sind wir gegen die Strafverfolgung. (Beifall links.)

Berichterstatter Abg. v. Kardorff (H.) erklärt, die Verlesung des ganzen Artikels sei überflüssig gewesen, weil hier kein Gerichts-hof sei. (Zustimmung.)

Der Antrag der Geschäftsordnungskommission wird gegen die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Dänen und Polen angenommen.

Strafverfolgung gegen die Abgeordneten Vorkardt und Leinert.

Abg. v. Kardorff (H.) berichtet über die Verhandlung der Geschäftsordnungskommission betreffend die Genehmigung zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen die Abg. Vorkardt und Leinert: Es handelt sich hier um die bekannten Vorgänge in jener Sitzung, in der der Abg. Vorkardt ausgewiesen wurde.

Abg. Bismann (natl.): Meine Freunde werden für den Antrag der Kommission stimmen, damit alsbald festgestellt wird, ob der § 64 der Geschäftsordnung zu Recht besteht.

Abg. Hirsch-Verein (Soz.):

Zum ersten Male hat sich ein deutsches Parlament mit einem Antrag auf Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Abgeordnete zu befassen, zu dem

die Initiative vom Präsidenten selbst ergriffen

worden ist. Dieser Umstand verleiht der vorliegenden Angelegenheit ihre hohe politische Bedeutung. Die Mehrheit wird selbstverständlich dem Antrag zustimmen und damit den traurigen Ruhm einheimen, die verfassungsmäßige Immunität preisgegeben zu haben.

ihre Unberührbarkeit beweisen.

Umgekehrt wäre es bei einem Sozialdemokraten. Da müssen wir schon eine bestimmte Prozedur einhalten und das kann nur die sein, die seit Jahren vom Hause befolgt wurde.

Wir lassen uns von dem Gesichtspunkt des Staatsrechtslehrers Laband leiten, daß die Immunität des Abgeordneten ein objektiver spezieller Rechtsfall sei, der auf dem Motiv beruht, den Abgeordneten die Ausübung ihres Mandats im Interesse ihrer Wähler zu sichern.

Man will seine Rache kühlen und gegen mißliebige Abgeordnete nach der Polizei auch den Staatsanwalt anrufen. Ob Sie damit Glück haben, werden wir ja sehen.

Man will seine Rache kühlen

und gegen mißliebige Abgeordnete nach der Polizei auch den Staatsanwalt anrufen. Ob Sie damit Glück haben, werden wir ja sehen. Vorkardt soll sich eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben.

Von einem Widerstand des Abg. Leinert gegen die Staatsgewalt kann gar keine Rede sein, denn die Polizei hat sich nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden, zum mindesten nicht Leinert gegenüber, denn die Polizei war vom Präsidenten nur zur Entfernung Vorkardts gerufen worden und

sie ist über Leinert hergefallen,

der ruhig auf seinem Platz saß, auf den er sich auf ausdrückliche Aufforderung des Präsidenten begeben hatte. Wenn also hier ein Verfahren eingeleitet werden soll, muß es nicht gegen Leinert, sondern gegen die Polizei gerichtet werden.

Rötlige veranlaßt. Der Präsident hat am 9. Mai selbst zugegeben, daß er dem Polizeikommissar keinen Auftrag gegeben hat, Leinert zu entfernen. Leinert ist vom Präsidenten nicht aufgefordert worden, seinen Platz zu verlassen und er hatte nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, auf seinem Platz zu bleiben, denn sonst hätte er sich zum Mittel der Polizei herabgewürdigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solch traurige Rolle mögen Sie spielen, wir bedanken uns dafür. Wie bei jedem Verbrechen, muß man sich auch bei dem angeleglichen Verbrechen der Abgg. Leinert und Vorchardt mit dem Milieu beschäftigen, hier mit dem Milieu dieses hohen Hauses. Daß wir den Hinauswurf Vorchardts provoziert hätten, ist blühender Blödsinn. Es war doch die Hälfte unserer Fraktionsmitglieder nicht im Haus, was schon beweist, daß von einem planmäßigen Vorgehen unsererseits nicht die Rede ist. Ströbel und Liebnecht waren beruflich beschäftigt, ich verließ das Haus, nachdem ich seit 9 Uhr früh in der Steuerkommission gewesen war, auf einige Zeit und ersuche erst am einem Mittagsblatt, was sich hier zugetragen hatte. Wenn von Provokation die Rede ist, dann ist sie auf ganz anderer Seite zu suchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hoffmanns Worte in der Geschäftsordnungsdebatte am 9. Mai werden dahin verdreht, als hätte er gesagt, wir wollten die Probe machen. Selbst, wenn Hoffmann das gedacht hätte, er hat es nicht gedacht, so würde er doch nicht so töricht sein, es zu sagen. Er hat in Wirklichkeit gesagt: Wenn es einmal soweit kommt, daß ein Abgeordneter vom Präsidenten aufgefordert wird, den Saal zu verlassen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß er nur der Gewalt weicht. (Abg. Hoffmann: Sehr wahr!) Das ist etwas ganz anderes, als was Hoffmann in den Mund gelegt wird. Aber man muß die Worte verdrehen, denn sonst hätte ja die sittliche Entrüstung keinen Resonanzboden. Ganz glaube ich an diese sittliche Entrüstung nicht. Zum großen Teil ist sie Mache. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ganz!) Uns wird der schlechte Ton vorgeworfen. Wenn wir wirklich einen schlechten Ton hätten, dann wären wir nur Ihre (nach rechts) gelehrigen Schüler gewesen. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten.) Sie sind es, die das Niveau des Hauses herabgedrückt haben. Das Niveau des Hauses wird am meisten herabgedrückt durch solche Komödien, wie wir sie bei der Beratung des Wahlrechtsantrages am 27. Juni vorigen Jahres erlebt haben, wo die Konservativen für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben um dadurch jede Änderung des Wahlrechts zu vereiteln. Denken Sie an die Vorgänge bei Schluß der vorigen Session, denken Sie ferner an das, was wir gestern erlebt haben, wo absichtlich dadurch, daß eine Partei Mitglieder abkommandiert hat, das Datum zur Wahlrechtsfrage gefälscht worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind alles Dinge, die tausendmal schlimmer sind, als wenn von unserer Seite mal ein hartes Wort oder ein unparlamentarischer Ausdruck fällt. Wir werden immer wieder nachweisen, daß nicht wir es sind, die das Niveau des Hauses herabdrücken, sondern daß das Niveau des Hauses so tief ist, daß es von keiner Seite mehr herabgedrückt werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vergessen Sie auch nicht, wie man uns fortgesetzt beschimpft. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie Herr v. Hedlitz gegen uns aufgetreten ist, gegen

„diese Sorte von Sozialdemokraten“, wie er sich ausdrückte. In der Presse hat er sogar nachher geschrieben, daß die sozialdemokratische Partei ihre widerwärtigsten Vertreter ins Parlament geschickt hat. Das sollen wir uns gefallen lassen? Wir sollen uns von ihnen beschimpfen lassen und ruhig sein? Nein, verlangen Sie von uns nichts Uebermenschliches. Gegen uns wird hier nach einem ganz bestimmten System vorgegangen: Erst beleidigt man uns, dann wird uns das Wort abgeschnitten zur Erwiderung, oder aber man wählt die andere Art, die vielleicht nach außen hin etwas anständiger ist, in Wirklichkeit aber vielleicht noch kränkender, man schlägt einen Schulmeisterton gegen uns an, wie es gestern erst Herr v. Heydebrand getan hat. Wie kommt Herr v. Heydebrand eigentlich dazu, Mitglieder des Hauses in einer solchen Weise anzuluzeln? Das sollten wir einmal tun, dann möchte ich sehen, was Sie für ein Geschrei erheben. Wir wehren uns unserer Haut, das werden wir auch in Zukunft tun, wenn Sie auch noch so viel Polizei ins Haus rufen. In einer gewissen Presse wird es geflüstert so dargestellt, als ob die sechs Sozialdemokraten hier im Hause wahre Notwendigkeiten sind. Das beeinflusst natürlich diejenigen Abgeordneten, die meist abwesend sind und nur aus ihren Parteizeitungen etwas von den Verhandlungen erfahren. Durch die Art, wie hier schon seit Wochen verhandelt wird, muß ja schließlich alles nervös werden. Es herrscht jetzt hier dieselbe Stimmung, wie sie in den 60er Jahren einmal herrschte und von der „Kreuzzeitung“ dahin charakterisiert wurde: „Wenn eine politische Körperschaft den Verstand verliert, so muß sie doch ebenso wie der Einzelne unter Kuratel gestellt werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht hier nur einmal zu beobachten, wie gewisse Herren von der Rechten fortwährend

um den Präsidenten herumzuarbeiten und ihn auffordern, nur recht oft von seinen Befugnissen gegen die Sozialdemokraten Gebrauch zu machen. Mit Ihrem Bestreben, unsere Wähler und sechs Sozialdemokraten abspenstig zu machen, erreichen Sie nur das Gegenteil.

Sie entscheiden auch in dem vorliegenden Falle nicht vom Standpunkte des Rechtes, sondern vom Standpunkte der Macht aus. Mögen Sie, wie es ja zweifellos fest steht, dem Antrage auf Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen meine Freunde Vorchardt und Leinert Folge geben, vom Parteistandpunkte aus kann uns das nur recht sein. Entweder die Abgg. Vorchardt und Leinert werden freigesprochen, dann meine Herren, sind Sie bis auf die Knochen blamiert, oder aber die beiden Abgeordneten werden verurteilt und dann haben Sie uns gutes Agitationsmaterial geliefert. Den Erfolg werden Sie bei den nächsten Wahlen sehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baquidé (Sp.) stellt fest, daß die Kommission nur deshalb einstimmig war, weil er bei der Abstimmung zufällig abwesend war. Wir wünschen an der langjährigen Uebung des Hauses festzuhalten und sind eigentlich die eigentlichen Konserverativen. Wir wünschen die gleiche Kalblütigkeit auch den anderen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Wiersch (Vole) schließt sich dem vollständig an. Abg. Busch (Z.): Wir stimmen für den Kommissionsantrag, um gerichtliche Klarheit über die Gesetzmäßigkeit des § 64 unserer Geschäftsordnung herbeizuführen. Das wünschen doch nach dem „Vorwärts“ auch die Sozialdemokraten. Wollen die Sozialdemokraten rasche Entscheidung, dann können sie doch gegen den Präsidenten Strafantrag stellen. An der Behauptung, daß unsere Mitglieder bei der gestrigen Wahlrechtsabstimmung abkommandiert seien, ist kein wahres Wort. (Lachen links und rechts: Wo waren sie denn?) Darüber sind wir Ihnen keine Rechenschaft schuldig. (Aha! Rufe links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Herr Busch hat — ich weiß nicht, ob er uns einen Vorwurf daraus macht oder nur die Frage an uns gerichtet hat — gesagt, warum wir gegen den Präsidenten v. Erffa keinen Strafantrag gestellt hätten. Nun, nur aus dem einfachen Grunde, weil wir die Immunität hochhalten. (Lachen rechts.) Weil wir nicht einem politischen Gegner gegenüber die Immunität schonungslos preisgeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die weitere Anfrage des Abg. Busch habe ich zu erwidern, daß ich bei meiner Behauptung von der gestrigen

bei den Sozialdemokraten.) Daß die Herren alle plötzlich in dem Moment, wo es zur Abstimmung kam, das Bedürfnis fühlten, frische Luft zu schnappen, oder daß sie plötzlich in dem Augenblick von heftigem Unwohlsein befallen worden sind, das werden Sie uns nicht weismachen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist natürlich das Geheimnis des Zentrums, wie es gekommen ist, daß seine Siege so schwach besetzt waren, aber die Tatsache besteht, und es läßt sich nicht bestreiten, daß, wenn das Zentrum gestern ebenso am Platze gewesen wäre, wie die anderen Parteien, das Votum des Hauses über den Antrag Kronsohn ein anderes gewesen wäre. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Busch (Z.): Es ist ein großer Unterschied, ob jemand fehlt oder ob er abkommandiert ist. Wenn einige Herren an der Abstimmung nicht teilnahmen, so lag es daran, daß sie nach dem Rechtstag mußten. (Lachen links.) — Dr. Schupp (Sp.) ruft: Sie waren ja im Lesesaal! — Hört! hört! links.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Dänen, Polen und der Volkspartei.

Das Unterstüchtungswohnungsgesetz bestimmt, daß säumige Unterhaltungspflichtige von den Verwaltungsbehörden zur Zwangsarbeit in Arbeitshäusern angehalten werden können.

Ein konservativer Antrag Draemer bestimmt, daß auch der Vater eines unehelichen Kindes, solange er keine Familie begründet hat, in einem Arbeitshaus untergebracht werden kann, falls er oder das Kind aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt werden müssen.

Abg. Weis (nat.) äußert erhebliche Bedenken gegen das Gesetz, dessen Materie reichsrechtlich zu regeln wäre. Immer mehr sucht man auf Umwegen die Landesgesetzgebung an die Stelle der Reichsgesetzgebung zu setzen, weil man da seine Ansichten besser durchdrücken kann. (Hört! hört! links.) Das Gesetz enthält der nötigen Rechtsgarantien und streift an Freiheitsberaubung. (Hört! hört! links.) Wir lehnen es ab. (Beifall links.)

Abg. Stetz (Vole): Das Gesetz kann gegen Streikende mißbraucht werden, denn bei einem langen Streik kann die Familie Armenunterstützung nötig haben. (Hört! hört! links.)

Abg. Dr. von List (Sp.) lehnt das Gesetz ebenfalls ab, da die landesrechtliche Regelung gegen die Reichsverfassung verstößt. Das Reichsgesetz kann leicht dieses Gesetz für ungültig erklären.

Justizminister Dr. Weseler: Es handelt sich hier darum, Lasten von der Allgemeinheit möglichst fern zu halten, aber nicht um eine zivilrechtliche oder strafrechtliche Regelung der Materie. Die Rechtsgrundlage des Gesetzes ist keine so üble.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Wir lehnen dieses antisoziale und dem Reich vorbehaltene Gesetz ab. Hervorragende Rechtslehrer haben den Rechtsstandpunkt der Regierung als unhaltbar bezeichnet. Während bei gerichtlichen Vernehmungen die Jertumen, von denen der Minister sprach, doch nur die Ausnahme sein dürfen, werden sie hier zur Regel werden. Die Handhabung des Gesetzes wird in der Praxis lokal schwierig werden und die Betroffenen ungemein schädigen. Gewiß verurteilen auch wir, und wir erst recht, diejenigen Elemente, die ihre Familie böswillig zugrunde gehen lassen. Aber es müssen

Rechtsgarantien geschaffen werden

für den Nachweis der Böswilligkeit. Selbst der schwerste Verbrecher kann bei uns nur von ordentlichen Richtern gerichtet werden, hier aber soll ohne den Spruch eines ordentlichen Richters eine schwerere als Zuchthausstrafe verhängt werden. Ins Zuchthaus wird man von vornherein auf eine bestimmte Zeit gesperrt, während die Einsperrung ins Arbeitshaus auf unbestimmte Zeit erfolgen kann. Es kann dahin kommen, daß jemand ohne Richterspruch zeitlebens, mit alljährlich drei Monate Ferien, einem Zuchthaus überwiesen wird. Im Reichstag würde ein solches Gesetz allerdings auf Schwierigkeiten stoßen, sicher aber sozialer gestaltet werden. Und deshalb kommt man damit an den Landtag. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um heruntergekommene Opfer unserer Wirtschaftsordnung, im Arbeitshaus werden sie nicht gebessert, sondern gehen erst recht zugrunde, und so werden die Familien dauernd im Stich gelassen werden. Dieses Gesetz zeigt also keinen geeigneten Weg. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen auch der preussischen Verwaltung nicht noch größere diskretionäre Befugnisse geben. Wer garantiert uns, daß das Gesetz nicht auch mißbräuchlich aus politischen oder anderen Gründen angewendet wird? In der Kommission ist das Gesetz etwas verbessert worden, aber nicht ausreichend. Der Antrag Draemer ist gewiß gut gemeint, denn die unehelichen Kinder sollen nicht schlechter gestellt sein, als die ehelichen, im Gegenteil, die Eltern müssen verpflichtet werden, sich um ihre unehelichen Kinder mehr zu kümmern als jetzt. Aber wir können dem Antrag doch nicht zustimmen, weil er die

Schuldhaft wieder einführt

und in die Reichsgesetzgebung eingreift. Die Bedingung, daß die Väter unehelicher Kinder nur herangezogen werden sollen, solange sie keine Familie gründen, kann der Umgebung des Gesetzes Tür und Tor öffnen. Da braucht einer, der zahlreiche uneheliche Kinder hat, nur schnell eine reiche Heirat zu machen und er ist nicht mehr verpflichtet, sich um die Kinder zu kümmern. (Widerpruch rechts.) Aus dem Wortlaut des Antrages kann man das schließen und deshalb sollten Sie diesen Antrag streichen. Wir stellen keine Änderungsanträge, weil Sie sie doch ablehnen würden und weil der Landtag nicht berechtigt ist, das Gesetz zu verabschieden. Deshalb müssen wir es ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der konservative Antrag wird angenommen. Es folgt die Einzelberatung.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Die Armenunterstützungen sind aufgehoben worden, gegen gewisse Nährpflichtige mit einem radikalen Sozialismus Strafverfolgungen einzuleiten. Da wurde mit mächtiger moralischer Unterstützung gearbeitet, obgleich das Strafgesetz mit der Moral hier gar nichts zu tun hat, sondern nur die Gemeinbeurteilung geschont werden sollen. Diesen Zweck der Verringerung der Armenlasten verfolgt auch diese Vorlage, sie will nur den Geldbeutel, nicht Moral und Sittlichkeit schützen und führt dazu etwas Besseres wie die Schuldnechtschaft

ein, nur um die besser Situierten vor Beiträgen für die Opfer unserer Gesellschaftsordnung zu schützen. Von höheren Gesichtspunkten, moralischen und sozialen, kann da gar keine Rede sein. Und da gibt man das Entscheidungsrecht den Verwaltungsbehörden, statt den Richtern, die freilich nicht nach fiskalischen Gründen urteilen würden. Man löst die mit den Schmerzen der Armenverbände am intimsten verknüpften Behörden entscheiden! Das Gesetz selbst voraus, daß Mitglieder der Armenkommission in der Verwaltungsbehörde mitentscheiden. Nur mitstimmen dürfen sie nicht. Das ist ohne Gleichen in unserer Verwaltung, ist aber charakteristisch für die fiskalischen Absichten dieses Gesetzes.

Abg. Dr. Fleisch (Sp.), Berichterstatter, polemisiert gegen den Vordränger, der das Gesetz völlig mißverstehe. Die Änderung will nur bestimmen, daß Summler und Herumtreiber ohne festen Wohnsitz vor die Verwaltungsbehörde ihres Aufenthaltsortes gehören.

§ 1b wird angenommen, bei § 1c entgegnet.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.)

zunächst dem Abg. Fleisch: Warum läßt man nicht die Behörde, die die Verhältnisse des Betroffenen kennt, entscheiden, sondern die Behörde, die erstattungspflichtig ist? Und warum die Verwaltungsbehörde statt des ordentlichen Gerichts? — § 1c

gestattet ganz überflüssigweise die selbstverständliche Aussetzung des Verfahrens bis zur gerichtlichen Entscheidung über die Nährpflicht selbst. Man mühte die Aussetzung festsetzen, um dem ordentlichen Gerichte den Vortritt zu lassen. Aber man will das Verfahren eben möglichst in der

Dunkelkammer der armenfiskalischen Behörden haben. — Das sonst fast in allen Verwaltungsangelegenheiten zuständige Oberverwaltungsgericht soll hier nicht anrufen werden können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Garantie zu nehmen bei so schweren Eingriffen in das Privatleben von Staatsbürgern ist unerträglich! Es handelt sich hier doch mindestens um Dinge von der Wichtigkeit von Konfessionsurteilen. Das Oberverwaltungsgericht ist die einzige, aus völlig unabhängigen Richtern bestehende Verwaltungsinstitution. Sie schaffen den Arbeitszwang fast als die allerletzte Schmach und verweigern die unerlässliche Rechtsgarantie! Wenn Sie diese Bestimmung, die den Bezirksausschuß als letzte Instanz einsetzt, nicht streichen, beleuchten Sie auf das grellste Ihren unsocialen Geist. — Entschädigung der zu Unrecht zur Strafbarkeit Gezwungenen, wäre eine Pflicht der Bornehmtheit, wenn Sie auch nicht anerkennen, daß das hier auch ein Strafgesetz ist, das eigentlich in die Kompetenz des Reiches gehört. Aber es wird sich eben nur um Arme handeln, obwohl es unter den Reichsgenug säumige Nährpflichtige gibt, die bei unparteiischem Zugreifen auch zur Arbeit gezwungen werden müßten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie können Sie sich gegen eine solche Forderung der Gerechtigkeit, wie die Entschädigung unschuldig erlittener Arbeitszwang, sträuben! Und den Rechtsmitteln soll bei diesen freigreifenden Maßnahmen sogar die ausschließende Wirkung nicht zuerkannt sein, statt sie erst bei Rechtskraft anzuwenden. Haben Sie denn so wenig Verständnis für den Schutz der persönlichen Freiheit? Immer höher wertet unsere Zeit dieses Gut, dieses Gesetz aber mißachtet es in rücksichtslosster Weise. Wenden Sie es, sonst wird es ein neues Denkmal der Schmach unserer preussischen Zustände! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Die vom Abg. Liebnecht bekämpfte Bestimmung wird von der Rechten und dem Zentrum angenommen. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Kühr (Sp.) Einspruch, dem der Präsident erst nach einem Versuch, den Abg. Kühr unzustimmen, stattgibt.

Abg. Rissen (Dane) erhebt mit Unterstützung der Polen und Sozialdemokraten erfolgreich Einspruch dagegen, daß morgen die dritte Lesung des Verfestigungsgesetzes stattfindet.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Wo bleibt denn die Fortsetzung der Beratung des Wonnenschifferantrages? Sollte der Beratungstermin letztlich nur dem Abg. Prinz Löwenstein Gelegenheit zur Besprechung der gegen ihn gerichteten Angriffe geben?

Präsident: Sie können sich beruhigen, der Antrag kommt übermorgen auf die Tagesordnung.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Uebermorgen soll doch hier der Tag werden, das wird wieder ein Lumpensammlertag, wo nichts erledigt wird. Ich roge an, den Antrag morgen zu behandeln.

Abg. Freiherr v. Hedlitz (Z.): Vertagt wird erst am 8. Juni, wir können nach Pfingsten auch noch arbeiten.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Wer glaubt denn das, daß wir mehr erledigen werden, als was bis übermorgen Abend erledigt wird.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) erhebt Einspruch dagegen, daß die dritte Lesung des Arbeitszwangsgesetzes morgen (statt erst Donnerstag) erfolge.

Da 15 Abgeordnete den Einspruch unterstützen, wird nach ihm verfahren.

Mittwoch, 11 Uhr: Kleinere Vorlagen, Diätenantrag. Schluß nach 16 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Julius Pintsch A.-G.

Aus dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht geht hervor, daß die Glühlampenfabrikation der Pintsch-A.-G. finanzielle Einbußen gelitten hat. Sie bemerkt dazu: „Unsere Glühlampenfabriken hatten mit den übrigen Verhältnissen auf dem Glühlampenmarkt zu kämpfen. Der finanzielle Entwicklung dieser Unternehmungen stand die von der Konkurrenz im Frühjahr vorigen Jahres vorgenommene Preisreduktion, die bis heute nicht nur angehalten, sondern sich noch verschärft hat, hindernd im Wege. Die Umlage auf technischen Gebiete, die durch das Erscheinen des gegozogenen Wolframdrahtes hervorgerufen wurde, hat die Lagerbestände im Werte erheblich beeinträchtigt und eine Einschränkung der Produktion zur Folge gehabt. Diese Umstände brachten es mit sich, daß unsere auswärtigen Glühlampenfabriken auch im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Gewinn nicht abgeworfen haben. Wir haben eine Abkürzung von 1.800.000 M. auf unsere Glühlampen vorgezogen. Den veränderten Verhältnissen auf dem Glühlampenmarkt glauben wir durch unsere neu auf den Markt gebrachte Drahtlampe mit Erfolg gerecht werden zu können.“

Von diesen 1.800.000 M. hat die Gesellschaft nur die Hälfte, den Rest aber die Gebrüder Pintsch persönlich gezahlt. Von den übrigen Betrieben (Waggonbau, Dampfheizung, Gaswerke, Wasser- und Ammoniak, Laternenbau, Vertikalofenbau, Messinglagerung) wird berichtet, daß sie sich gut entwickelten. Der Ueberfluß ist von 1.776 Millionen des Vorjahres auf 1.563 Millionen Mark gesunken. Statt 10 Proz. werden nur 8 Proz. Dividende gezahlt.

Kalshindikat.

Der Vorstand des Aufsichtsrates teilte mit, daß sich der Mehrabsatz der gesamten deutschen Kalshindurie in den ersten Monaten des Jahres 1912 auf etwa 8,5 Millionen Mark im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres belaufe. Auch das Waagegeschäft läßt sich günstig an, so daß Ende dieses Monats der Mehrabsatz etwa 10 Millionen Mark erreichen dürfte.

Aus der Frauenbewegung.

Ablehnung der Frauenstimmrechtsvorlage in Italien.

Wie schon im politischen Teil gemeldet, ist das Frauenwahlrecht von der italienischen Kammer abgelehnt worden. Nur 47 Abgeordnete traten dafür ein. Zu diesen 47 Stimmen hat außer den Liberalen jede Partei beigetragen. Die Republikaner, von denen nicht zuletzt anwesend waren, stimmten geschlossen für das Amendement, die Sozialisten ebenso, mit Ausnahme des Genossen Marangoni, der dagegen stimmte. Visolati und Cabrini waren abwesend. Von der Radikalen stimmte eine Minderheit dafür; die Minister Ritti und Credaro sowie der frühere Premier Romolo Murri dagegen. Schließlich gaben die Liberalen Galimberti und Lucifero sowie die Konservativen Somino und Chimienti ihre Stimmen zugunsten des Amendements. Große Entrüstung unter den in den Tribünen anwesenden Frauen erregte das Votum des Abgeordneten Martini, früheren Gouverneurs von Erythraea, der sich enthielt. Seine vor wenigen Monaten gestorbene Frau, Donna Giacinta Martini, gehörte zu den ersten und unermülichsten Vorkämpferinnen des Frauenstimmrechts in Italien.

Lesabende.

Waidmannslust. Der Frauenlesabend fällt in diesem Monat aus. Die Bezirksleitung.

Jugendbewegung.

Material für ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiterjugend. Wir lesen in unserem Halle'schen Parteiblatt: Die preussische Regierung der Junker und Scharfmacher holt zu einem neuen Gewaltstreik gegen die Arbeiterjugend aus.

Merseburg, den 11. Mai 1912.

Wie ich von verschiedenen Seiten erfahren, mehren sich in neuerer Zeit, namentlich nachdem von behördlicher Seite die Jugendpflege kräftiger in die Hand genommen worden ist, die Fälle, daß junge Leute, welche sich den Veranlassungen derselben anschließen, durch unerhörten Terrorismus der Sozialdemokraten (Tätlichkeiten, Ausschaltung aus dem Kreislauf der Fabrikarbeit, grobe Verhöhnung usw.) wieder absprengt gemacht werden sollen.

Zu erörtern, soweit dies möglich ist, zu veranlassen, daß gegen solche Ausschreitungen mit allen gesetzlichen Mitteln mit Nachdruck vorgegangen wird. Jedenfalls erlaube ich, auch wenn ein Vorgehen nicht möglich ist, mir über jeden einzelnen zu Ihrer Kenntnis kommenden Fall unter Beifügung etwa erforderlicher Material eingehend Bericht zu erstatten, da ich beachtliche Material zu einer Vorlage an den Herrn Minister zwecks Vorgehens auf gesetzlichem Wege zu sammeln.

Diese Aufforderung zu eifriger Denunziationsarbeit ist zahlreichen patriotischen Vereinen zugegangen.

Gerichts-Zeitung.

Die Patrioten in Wandlitz.

In der am Dienstag voriger Woche in der Berufungsinstantz verhandelten Privatklage des Forstbeamten Finsterwalder gegen

Stadthagen wurde gestern das Urteil verkündet. Es erging dahin: Das Urteil erster Instanz, welches Stadthagen 50 M. und Finsterwalder 8 M. Strafe zuspricht, wird aufgehoben. Stadthagen wird wegen öffentlicher Beleidigung in einem Falle zu 20 M. Strafe verurteilt. Der Widerbeklagte Finsterwalder ist der öffentlichen Beleidigung in einem Falle schuldig, aber straffrei. Er hat jedoch ein Viertel der Gerichtskosten zu tragen, während dem Angeklagten Stadthagen drei Viertel derselben zufallen. Die außergerichtlichen Kosten trägt jede Partei selbst.

Die Urteilsgründe besagen im wesentlichen: Die Äußerung, welche Stadthagen gegen Finsterwalder machte: „Wenn Sie sagen, daß ich bewußt die Unwahrheit sage, dann sind Sie ein frecher unverschämter Bummel.“ ist nicht wie Stadthagen geltend machte, in Notwehr gebraucht. Als erfahrener Parlamentarier mußte er wissen, daß man durch solche Bemerkungen die Wiederholung von Beleidigungen nicht verhindern kann, sondern daß die Gemüter dadurch noch mehr erregt werden. Notwehr ist nur erlaubt, wenn andere Mittel versagen. Hier gab es aber andere Mittel, um weitere Angriffe auf die Ehre des Angeklagten und Störungen der Ruhe zu verhindern. Die Ruhestörer konnten aus dem Saale entfernt werden. Stadthagen hat auch nicht die Absicht gehabt, Notwehr zu üben, sondern er wollte eine ihm widerfahrne Beleidigung auf der Stelle durch eine andere Beleidigung erwidern. Berechtigtes Interesse, die ja überhaupt nicht durch eine strafbare Handlung wahrgenommen werden dürfen, waren in diesem Falle nicht wahrzunehmen, denn die Handlung, welche die Interessen des Angeklagten verletzte, war bereits geschehen. — Ebenso wie der Angeklagte hat der Kläger sich der Beleidigung schuldig gemacht, indem er dem Angeklagten den Vorwurf der bewussten Unwahrheit machte. Der Kläger hat angenommen, was Stadthagen aus dem Geseh-entwurf zitierte, könne nicht darin stehen. Es steht aber darin und ist inzwischen Geseh geworden. Der Kläger hat also mit seiner Beschuldigung grobfahrlässig und leichtfertig die Ehre des Angeklagten angegriffen. Der Schutz des § 193 versagt gegenüber dieser Äußerung. Sie ist eine schwere Beleidigung und wiegt nicht viel leichter wie die Äußerung des Angeklagten. Von einer Aufrechnung beider Beleidigungen hat das Gericht abgesehen, weil der Kläger noch nicht bestraft, der Angeklagte aber wegen Beleidigung schon mehrfach bestraft ist. — In den übrigen Fällen der Widerklage ist der Kläger freigesprochen. Der Satz in der Klageschrift, den Rechtsanwält Ulrich als von ihm selbst herrührend bezeichnet hat, fällt dem Kläger nicht zur Last. In den beiden anderen Punkten, die auf Informationen durch den Kläger herrühren, sieht diesem der Schutz des § 193 zur Seite, auch kann ihm guter Glaube beigegeben werden. Die Äußerung des Klägers vor dem Schöffengericht, Stadthagen habe sich hinter den Gendarmen verkrüppelt, ist ebenfalls in Wahrnehmung berechtigter Interessen erfolgt. Das Gericht hat nicht geglaubt, daß sich Stadthagen hinter den Gendarmen versteckt hat. Über der Kläger hat annehmen können, daß Stadthagen, als Müller mit dem Stock nach ihm hatte, hinter den Gendarmen Schutz suchte. Wenn der Kläger hierauf den Ausdruck „verkrüppelt“ brauchte, so ist das an sich beileidigend, fällt aber unter den Schutz des § 193 und bleibt straffrei, weil die Absicht der Beleidigung nicht vorlag. — Dem Kläger ist die Publikation des Urteils gegen den Angeklagten im „Niederbarnimer Kreisblatt“ zugesprochen. Dem Angeklagten konnte die Publikationsbefugnis in bezug auf den Widerbeklagten nicht zugesprochen werden, weil der Widerbeklagte Finsterwalder zwar schuldig, aber straffrei erklärt wurde.

Ein schwerer räuberischer Überfall.

der in mancher Beziehung eine gewisse Ähnlichkeit mit der Bluttat des Raubmörders Trenker in der Alten Jakobstraße hat, beschäfftigte gestern unter Vorhitz des Landgerichtsdirektors Rohmann das Schwurgericht des Landgerichts I. Es handelt sich um jenes feinerzeit als Raubmordverbrechen angelegte schwere Verbrechen, welches am frühen Morgen des 6. März d. J. in einer am Spittelmarkt gelegenen Schankwirtschaft verübt worden war. Aus der Untersuchung wurde der 20jährige Hausdiener Alois Bittlid vorgeführt, um sich wegen schweren Raubes zu verantworten. Die Anklage wurde vom Staatsanwalt Dr. Kiesel vertreten, als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Dr. Dalen. — Der Angeklagte ist der Sohn eines Bergarbeiters in Jabschlaw in Oberschlesien, nachdem er ebenfalls eine kurze Zeit als Bergarbeiter gearbeitet hatte, kam er nach Berlin, um hier als Hausdiener Stellung zu erlangen. Da er zwar viel Geld verdienen, nicht aber auch tüchtig arbeiten wollte, hielt er nirgends lange aus. Als er im Rheinold-Restaurant als Hausdiener beschäftigt war, stahl er verschiedene Silbergegenstände. Wegen dieses Diebstahls wurde er später zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, die er während der Untersuchungshaft in dieser Sache verbüßte. — Nachdem er sich längere Zeit in Berlin beschäftigungslos herumgetrieben hatte, nahm er eine Stellung in dem Lokal des Restaurateurs Ludw. Wald am Spittelmarkt 8-10 an. Da Wald in letzter Zeit wiederholt kranklich war, hatte er seine Tante, die 57jährige Witwe Ernestine Schell, geb. Hofmann, zu seiner Hilfe herangezogen. Der Angeklagte zeigte von Anfang an keine Lust zur Arbeit und trug auch sonst ein unverschämtes Wesen zur Schau, indem er sich wiederholt über die Schwerhörigkeit der Frau Schell lustig machte. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß ihn die Frau Schell schlecht behandelt und ihm einmal sogar eine Ohrfeige gegeben habe. Tatsächlich wurde der Angeklagte schon nach drei Tagen von der Frau Schell entlassen. Der Angeklagte trieb sich nun wiederum in Berlin umher und traf zufällig einen Kellner Lorenz, welcher ihm den Rat gab, er solle sich des Abends in einem Cafe „Kikado“ aufhalten, in dem er Herrenbekanntschaften machen könne. Wie der Angeklagte vor Gericht behauptete, sei dieser Lorenz auch derjenige ge-

Theater und Vergnügungen

Rittwoch, 22. Mai 1912. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus, Landhäuser. Kgl. Schauspielhaus, Der große König. Lesung, Reife Mädchen. Anfang 8 Uhr. Deutsches, Kauf I. Teil. Kammerstück, Wein Freund Tod. Kurfürstener, Oberst Chabert. Rom die Oper, Die Spiele ihrer Erziehung. Weltin, Die schöne Helena. Königgräzer Straße, Die fünf Bräutigame. Neues Schauspielhaus, Parteilich Nr. 10. Neues, Der liebe Augustin. Residenz, Alles für die Firma. Lustspielhaus, So'n Windhund. Berliner, Große Rosinen. Schiller O., Der Kompagnon. So'n, Charlottenstraße. Die Gefährtin, Paracelsus. Der grüne Kakadu. Neues Operetten, Der Kongreß von Sevilla. Vulkan, Schwester Carmen. Rose, Sprechtheater. Trianon, Der Ehemann am Fenster. Ein angeborener Abend. Thalia, Antiochens. Kleines, Der Nachtwächter, Lotzschens Geburtstag. Metro, Schwindelmeier u. Co. Wintergarten, Spezialitäten. Casino, Die lustige Strohwitwe. Apollo, Spezialitäten. Passage, Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. Friedr., Willb. Schauspielhaus. Die feinsche Susanne. Polier, Caprice. Kobi - Krach. 7 1/2. U. a. a. Um eine Krone. Anfang 8 1/2 Uhr. Neues Volkstheater, Der Raub der Sabinerinnen. Reichshallen, Stettiner Sänger. Eine Hochzeit in der Küllertstraße. Königstadt-Kasino, Spezialitäten. Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Ballner-Theater. Rittwoch, abends 8 Uhr: Der Kompagnon. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der scharfe Junker. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche.

Schiller-Theater Charlottenburg. Rittwoch, abends 8 Uhr: Die Gefährtin - Paracelsus. Der grüne Kakadu. Donnerstag nachm. 3 Uhr: Lady Windermere's Fächer. Freitag, abends 8 Uhr: Die Gefährtin - Paracelsus. Der grüne Kakadu.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin. Operette von Leo Fall.

Residenz-Theater. Direktor Richard Alexander. 8 Uhr: Alles für die Firma. Schwank in 3 Akten von R. Hennequin und G. Rittschel. Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die schöne Helena. Sonnt. u. Mont. 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Luise-Theater. Rittwoch: Schwester Carmen. Donnerstag: Ich lasse Dich nicht. Freitag: Schwester Carmen.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Spreer-Athener. Donnerstag zum letztenmal: 5 x 100 000 Tausend.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet. Schwindelmeier & Comp. Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von F. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänz u. B. Bishop. In Szene gesetzt vom Dr. R. Schütz.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr. Das große komische Programm. 9 Uhr: Stürmischer Lacherfolg Paul Beckers als Hiegendücker Heinrich.

LICHTSCHAU-SPIELHAUS O-KOPPENSTR. 29. Das größte der Welt. — 2500 Plätze. Sprechende Films. Nicht durch Grammophone dargestellt.

Residenz-Lichtspiele Blumenstr. 10. Heute Anfang 5 Uhr an der Spitze des Neuen Programms Der Liebe ewiges Licht. Drama in 3 Akten.

Wo fahren wir Pfingsten hin? Nach Wilmms Waldschlößchen, Rahndorfer Wähe. 10 Minuten vom Bahnhof Rahndorf, 10 Minuten von 17955. Freibad Müggelsee größtes Etablissement am Orte, großer Parkettsaal.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab 4 Uhr: Gr. Militär-Doppelkonz. Eintritt 1 M., v. abds. 6 U. ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. — Jahres-Abonnements an allen 3 Schalter-Kassen.

Casino-Theater. Sofspringer Str. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 29. Mai das glänzende neue Programm 5 erstklassige Spezialitäten: Schloßer, Niesen-Lacherfolg der Post Die lustige Strohwitwe. An den Feiertagen 3 1/2 Uhr: Unsore lieben Frauen.

Eröffnung Heute, den 22. Mai, 6 Uhr abends. Allerneuestes auf dem Gebiete der Kinematographie. Trotz allererster Darbietungen bleiben die Preise volkstümlich. Entree 30 Pf. Balkon 50 Pf. Parkett 75 Pf. Mittelparkett 1 M.

Passage-Theater. Claire Waldoff, Litke Carlsen, Alt-Bonner Studenten und das große Mai-Programm! 14 Varietè-Attraktionen!

LUNA PARK. Eintritt 50 Pf. Saison-Karten alle Tage gültig Mark 5,- bei A. Wertheim, Invalidendank und d. Kassen des Lunaparks.

Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast Deutschlands. Allabendl. d. sensation. Eissalott „Yvonne“. Die kl. Walz-Königin Charlotte. Weltmstr. Bror Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbes Kassapreis. Restaurant I. Ranges Wein- und Bier-Abteilung.

Neukölln, Mainzer Str. 1 Minute vom Hermannplatz: Der große skandinavische Zirkus Fischer-Reiffarth. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Große Gala-Vorstellungen. In Sonn- und Feiertagen (sowie Rittwochs und Sonnabends je 2 große Vorstellungen 2: 2 Nachm. 4 und abends 8 1/2 Uhr: Einstimmiges Urteil aller Besucher: Das beste Zirkusprogramm, welches bis jetzt gezeigt wurde. 40 eigene erstklassige Pferde. 120 Personen. Billigster Eintrittspreise.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Ehemann am Fenster. Operant: Ein angeborener Abend. KIKOK. früher Neues Kgl. Operntheater Kinemakolor-Lichtspiele in wirklichen Natur-Farben. Alltägliche Vorführung in Berlin. Großes Orchester mit Gesang. Täglich von 4-11 Uhr.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger zum Schluß: Eine Hochzeit in der Wälderstraße. Burleske von Regiel. Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino. Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße. Täglich abends 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr: Theater und Varietè, 8 Spezialitäten und Leute von heute. Gelangspfeife in 1 Akt.

Berliner Uk-Trio. Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L. Für den Inhalt der Zinere abernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Wofen, der ihn auf den Gedanken gebracht habe, die jetzt zur Anklage stehende Tat auszuführen. Am Tage nach dem Zusammen-treffen mit Lorenz erschien Pytlid gegen 7 Uhr morgens, als Frau Schell gerade das Lokal geöffnet hatte, in der Waldschen Schan-zenstraße. Er küßte sie sofort auf die ahnungslose Frau, warf sie zu Boden und schlug sie mit dem Kopf mehrmals gegen die Wand. Da sein Opfer hieron noch nicht bemerkt wurde, ergriff er eine Seltenerflasche und schlug mit dieser Heftigkeit auf die am Boden Liegende ein, bis die Frau bewusstlos wurde. Nachdem der Täter sein blutiges Werk beendet und sich von dem anhaftenden Blut gereinigt hatte, schleppte er die bewusstungslose Frau in den Keller hinunter, um dann in aller Eile die Bodenfläche, in der sich etwa 100 M. befanden, auszugraben. Frau Schell schleppte sich, nachdem sie die Befinnung wiedererlangt hatte, trotz des großen Blutverlustes bis an das Kellerfenster, von wo aus sie sich einigen am Nebenhause arbeitenden Maurern durch Hilferufe bemerkbar machte. Die Schwerverletzte wurde sofort nach der wachen Unfallstation geschafft, wo festgestellt wurde, daß sie durch die Schläge mit der Seltenerflasche einen Schädelbruch erlitten hatte. Nachdem sie die Worte: „Es war der Hausdiener von gestern“ her-vorgebracht hatte, wurde sie wieder bewusstungslos. Es gelang nach wenigen Tagen, den Täter in Ludau in Schlesien zu verhaften. — Der Gericht war der Angeklagte in vollem Umfang schuldig. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage des schweren Raubes unter Verlesung mildernder Umstände. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Eine Siftierung durch Lichtenberger Polizei
hat für einen Maler Max Gräff üble Folgen gehabt. Auf Bahnhofs-Hummelburg-Ost hatte er am Abend des 11. März mitange-sehen, wie der Stationsvorsteher einen Maurer, der ein bißchen laut gewesen war, durch zwei Schaffner nach dem Stationsbureau führen ließ. Da ihm das Vorgehen gegen den wohl etwas ange-trunkenen Mann als unnötige Härte erschien, so meinte er den Vorsteher beschwichtigen zu sollen, indem er ihn darauf hinwies, daß der Mann doch nur gefunzen habe. Gräff erreichte hiermit nur, daß auch er jetzt festgehalten und nachher zwei herbeigerufenen Schutzleuten übergeben wurde, die ihn dann zur nächsten Polizei-wache brachten.

Als die Eisenbahnbehörde ihm später ein Strafmandat schickte, bezahlte er widerspruchslos die ihm zudiktierte Strafe von 3 M. nebst 30 Pf. Kosten. In seiner großen Ueberraschung folgte aber hinterher noch eine Anklage wegen Unfalls sowie wegen Wider-stands gegen die Schutzleute und tätlichen Angriff auf sie. Gräff wurde beschuldigt, ruhstehenden Lärm betriebe und sich seiner Siftierung widersetzt zu haben, indem er sich gegen den Boden gestemmt, sich hingeworfen und mit den Fäusten auf die Beamten eingeschlagen habe.

Dem Amtsgericht Lichtenberg, das gestern darüber verhandelte, erzählte der Angeklagte, daß ihm selber von der Polizei öfters mit-gepielt worden sei. Auf dem Wege zur Wache habe man ihm Handschellen angelegt, so daß er vor Schmerzen sich habe zu Boden werfen müssen, und hierbei habe er, mit dem Arm zuckend, einen der Beamten getroffen. Er gab weiter an, auf der Treppe zur Polizei-wache sei er gestochen worden, so daß er hinfiel, und man habe ihn dann in das Vernehmungszimmer geschleift. Später sei er, als er austreten ging, wieder gestochen worden, und in dem Bestreben, sich zu halten, habe er einen Beamten unwillkürlich mit den Fingern ins Gesicht gegriffen. Darauf habe man ihn zu Boden gerissen und mit den Füßen ihm ins Gesicht getreten, so daß ihm Blut aus Nase und Mund geflossen sei und er 14 Tage nicht habe arbeiten können. Er überreichte hierzu dem Gericht das Attest eines Arztes, doch beantragte er nicht die Verlesung, und diese unterblieb dann.

Der als Zeuge vernommene Schuhmann Kirchhof, der bei der Siftierung zufällig vorbeigekommen und hinter Gräff und den ihn transportierenden Schutzleuten gegangen war, bekundete, Gräff habe angefangen zu schreien und habe sich widersetzt, so daß er selber habe zusehen müssen. Auf dem weiteren Wege habe Gräff sich zu Boden geworfen, Zeuge habe ihm darauf die Fesseln ange-legt, Gräff aber habe nachher noch einem der Beamten einen Stoß vor die Brust gegeben. Auf der Wache habe Gräff, indem er aus-treten ging, auch dem Schuhmann Feuerhelm einen Stoß vor die Brust gegeben, da habe dann er, der Zeuge, mitzugehört, wobei er den Helm verloren und der Kollege hingefallen sei. Die Dar-stellung dieses Zeugen Kirchhof steht, wie man sieht, in schroffem Gegensatz zur der des Angeklagten. In einer Aufklärung der Widersprüche kam es nicht, weil der Angeklagte von seinem Recht,

dem Zeugen die bezügliche Fragen vorlegen zu lassen, keinen Ge-brauch machte.

Bei der Vernehmung des Schuhmanns Feuerhelm, der an der Siftierung von Anfang an teilgenommen hatte, wünschte der Vor-sitzende zu wissen, warum Gräff überhaupt siftiert worden sei. Als Zeuge angab, Gräff solle auf dem Bahnhof Landarbeiter haben, kamen dem Vorstehenden Bedenken, ob für die Siftierung hiermit die Rechtmäßigkeit der Amtsausübung nachgewiesen sei. Gegen die Siftung, zu vertagen und weitere Zeugen zu laden, wehrte sich der Anwalt. Gräff habe ja, indem er das ihm von der Eisenbahn-behörde auferlegte Strafmandat ohne weiteres bezahlte, sich als schuldig bekannt. Der Angeklagte erwiderte, bezahlte habe er die 3,30 M., weil er von einer richterlichen Entscheidung keinen Ge-winn erwartete, sondern durch Zeitverlust und Lohnausfall nur noch mehr Schaden zu haben fürchtete. Ohnebied sei, meinte der Anwalt, zweifellos, daß die zur Feststellung der Personlichkeit herbeigerufenen Schutzleute in rechtmäßiger Amtsausübung han-delten. Das Gericht indes sah das als noch keineswegs festgestellt an und beschloß Vertagung.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 20. 5. | 19. 5. | Wasserstand | am 20. 5. | 19. 5. |
|------------------|-----------|--------|------------------------|-----------|--------|
| | cm | cm | | cm | cm |
| Remel, Lüß | 148 | +6 | Saale, Großh. | 78 | -2 |
| Regel, Jüterburg | -48 | 0 | Havel, Spandau | 38 | +1 |
| Weiße, Thorn | 62 | -2 | Havel, Rathenow | 36 | -2 |
| Dber, Rathor | 294 | -168 | Spree, Spremberg | 65 | 0 |
| • Krossen | 77 | -1 | • Beetzow | 82 | 0 |
| • Frankfurt | 91 | -1 | Weser, Wübben | 146 | -6 |
| • Barth, Scharm | -6 | +8 | • Ribben | 228 | -2 |
| • Landsberg | -11 | -1 | • Regin, Wargmüllersau | 522 | +1 |
| • Boddamm | -3 | 0 | • Rüd | 267 | +10 |
| • Gibe, Leimlich | -83 | +3 | • Rün | 345 | +9 |
| • Dresden | -176 | -7 | Reder, Heilbronn | 81 | +3 |
| • Biebr | 74 | -9 | Rain, Hannau | 118 | -2 |
| • Magdeburg | 78 | -2 | Weser, Arter | 65 | +10 |

+) bedeutet Hoch, -) Fall, -) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Parteigenossin Frau **Minna Knoll** (Geb. 3 (7. Bezirk) verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Marienborfer Weg, aus statt. Mit rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Zweigverein Berlin.)
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer **August Zier** (Geb. Süd) am 20. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes in Velh, Tempelhofer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
139/14 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Montag, den 20. Mai, verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied **Wilhelm Altendorf.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, Seestraße, Ecke Müllerstraße, aus statt. Rege Beteiligung erbetet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Karl Schwarz** am 18. d. M. an Herzleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Hummelburg aus statt. Rege Beteiligung wird erbetet.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.
Am 21. Mai verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mit-glied, der Kollege **Wilhelm Hübsch** im Alter von 63 Jahren an Lungenerkrankung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes in Schönholz aus statt. Rege Beteiligung erbetet
90/2 Der Filialvorstand.

Nachruf.
Ferner starb unser Mitglied, der Sandarbeiter **Karl Borchardt** am 12. d. M. an Krebs.
Ehre ihrem Andenken!
117/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zweigstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Edelholzpollerer **Paul Freitag** (Georgenstraße, 14, im Alter von 19 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in der Landsberger Allee, aus statt. 83/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wagenmacher **Heinrich Post** am 19. Mai im Alter von 43 Jahren verstorben ist. 64/6
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Fürstendamm Weg, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer **Max Lehnert** am 18. d. M. im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Brauer- und Mälzereibesitzer und verwandter Berufsgenossen. Zentralstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauer **Ignatz von Chlobowski** (Schloßbrauerei Schöneberg) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Friedhofener Brantenhaus aus nach dem St. Marien-Kirchhof in Südende, Schöneberger Str. 145, statt. Zahlreiche Beteiligung erbetet
42/2 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Markt, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Lassalle-Büste von Segas, Gipsabguss, ist zu verkaufen, Velle-alfanestr. 50, III rechts. 19008

WESTMANN
Mohrenstr. 37 & Gr. Frankfurterstr. 115.
Gültig bis Sonnabend abend 9 Uhr!

33 1/3 Prozent Ermässigung auf **Seldenmäntel**
15, 18, 24, 30, 36, 45 bis 150

25 Prozent Ermässigung auf **Kammgarnkostüme**
18, 24, 30, 36, 45 bis 140

50 Prozent Ermässigung auf **farbige Kostüme**
und Ulster 14, 18, 25, 30, 36 bis 90

15 Prozent Ermässigung auf **Reise-Konfektion**
Loden-Kostüme und Pelzinnen 12, 15, 18, 24, 30, 38

Lingsris-Kleider, Ballett-Blusen, Latzen, Volls, Etamine, Selden, Marquissette-Kleider, schwarze Tüll-Konfektion, Fichus zu **billigsten Tagespreisen!!**

Blendax
macht's Scheuern sehr bequem
Und det is mir recht anjenehm
Pakete zu 10 u. 20 Pfg
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Straße 37a (2. Haus von der Jerusalem-Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Androssstraße).
Schrgr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu vorz. niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Haarverfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Einladung.
Am Dienstag, den 4. Juni 1912, abends 5 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn W. Schneider in Berlin-Köpenick I, Prinzenstraße 1, die **Ordentliche General-Versammlung** statt, wozu die Herren Vertreter hiermit ergeblich eingeladen werden.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung pro 1911.
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-kommission.
3. Entschluß für die ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstandes (Promis und Baugarten).
4. Genehmigung von Vergütungsverträgen.
5. Beamtenpersonalfragen.
6. Erzielung einiger schriftlich eingegangener Anträge.
7. Verschiedenes. 275/29

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Rollenbücher notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beant-wortung derselben in der General-versammlung bis zum 1. Juni er. der Rollenverwaltung mitgeteilt werden.
Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen.

Der Vorstand
der **Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Blankenfelde.**
Schneider, Vorsitzender.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Hauptstr. 13 (Dreieck)
Erstklassige Bezugsquelle
L. Berlin, S. Köpenick

Stehdecken
besonders preiswert.
Größe 1,50 m x 2,25 m
Strohmandel,
Waller. 72.

Hackethal-Draht- und Kabel-Werke Aktiengesellschaft.

In der außerordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre vom 14. Mai 1912 ist beschlossen worden, das Grundkapital unserer Gesellschaft um nom. M. 900 000,— und zwar von nom. M. 2 100 000,— auf M. 3 000 000,— durch Ausgabe von 900 auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000,— welche für das Geschäftsjahr 1912 zur Hälfte dividendenberechtigt sind, zu erhöhen.
Die neuen Aktien sind von einem Bankkonsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, sie den Aktionären der Gesellschaft mit einer Frist von mindestens 2 Wochen zum Kurse von 130%, zuzüglich 4%, Stückzinsen vom 1. Januar 1912 bis zum Zahlungstage dergestalt zum Bezuge anzubieten, daß auf je nom. M. 3000,— alte Aktien eine junge Aktie von nom. M. 1000,— bezogen werden kann.
Nachdem der Erhöhungsbeschuß und gleichzeitig die erfolgte Durchführung am 18. Mai d. Js. in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir die Aktionäre auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:
1. Die Anmeldung zur Ausübung des Bezugsrechts hat bei Vermeidung des Ausschlusses vom **23. Mai bis 6. Juni d. Js.** einschließlich bei der Commerc. und Disconto-Bank in Berlin, Hamburg und Hannover oder bei dem Bankhause Ephraim Meyer & Söhne in Hannover innerhalb der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen.
2. Bei der Anmeldung sind die alten Aktien, auf welche das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Dividendenbogen, unter Beifügung von zwei gleichlautenden mit arithmetisch geordnetem Nummernverzeichnis versehenen Anmelde-scheinen zur Abstempelung einzurichten. Entsprechende Formulare sind bei den oben erwähnten Stellen kostenfrei erhältlich. Die alten Aktien werden abgestempelt zurückgegeben.
3. Der Bezugspreis von 130%, zuzüglich 4%, Stückzinsen vom 1. Januar 1912 bis zum Zahlungstage, sowie der halbe Schluß-scheinstempel sind bei der Anmeldung in bar zu entrichten.
4. Beträge von weniger als M. 3000,— bleiben unberücksichtigt, jedoch ist jede Bezugsquelle bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln. Die Aushändigung der bezogenen neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Bezugsfrist bei derjenigen Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist.
Brink bei Hannover, den 21. Mai 1912. 3216L

Hackethal-Draht- und Kabel-Werke Aktiengesellschaft.

Wer **Kenner** ist, der **kaut** nur **G. Rokahrs** **Export-Kautabak**
Unübertroffen in Qualität. X Sparsam im Gebrauch.
Hauptniederlage: Berlin C. 2, Klosterstraße 63.
Amt Kgt. 8408.

An die Einwohner Groß-Berlins!

Wem daran gelegen ist, gute und reelle

Herren- u. Knaben-Garderoben

in der Neuzeit entsprechenden modernsten Fassons und Stoffen, nur gute Qualitäten, zu sehr billigen, festen Preisen zu kaufen, der kaufe nur bei

Julius Lindenbaum

Große Frankfurter Str. 141, Ecke Fruchtstraße

Für streng reelle Bedienung bürgt der seit dem Jahre 1879 bekannte gute Ruf meiner Firma.

Vornehme

Herren-

Bekleidung fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen Maß - Schneiderei

J. Kurzberg auf Wunsch Wochenrate

von 1 Mark an

Rosenthaler Strasse 40
Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Haut- u. Harn-

leiden. Ehrlich-Hata, Quecksilber-schäd. Spezialärztliche Leitung. Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. Honorar mäß., Teilzahlung gestattet.

Dr. Homeyer & Co. (Konz. Spaa Lab.)
Friedrichstr. 81.
geg. Panopt. Spr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2

Monats - Garderobe

kauft man in der

Pfandleihe Prinzenstr. 34

1 Tr. (kein Lad.) wie allbekannt Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Hosen für jede Figur passend.

Haben Sie Stoff?

ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schab. u. auch. Zahlung von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

Wegen Separierung

Total-Ausverkauf

der übernommenen Schuhwaren

Rosenthaler Straße 40-41

Hackescher Markt — Bahnhof Börse.



Damen-Stiefel

schwarz im Chevreux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur **4.75**

schwarz Chevreux mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons . . . jetzt nur **5.95**

schwarz prima Chevreux mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Good-year-Welt . . . jetzt nur **7.95**

braun Chevreux mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur **4.95**

braun la Chevreux m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons . . . jetzt nur **6.75**

braun la Chevreux, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur **8.95**

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel 20-24 25-26 27-30 31-35

1.55 2.95 3.25 3.75

braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35

2.95 3.45 3.75 4.25

Kinderhalbschuhe **3.75**
Derby, Lackkappe, amerikanische Fassons, 31/35 4.25, 27/30

Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig. Straßentiefel, auch Zug und Schnalle . . . jetzt nur **5.95**

schwarz Chevreux - Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur **6.95**

schwarz Chevreux - Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **8.95**

braun Chevreux-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**

braun la Chevreux-Herrenstiefel, neueste Formen . . . jetzt nur **8.25**

braun la Chevreux-Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur **9.75**

Halbschuhe

Damen, im Chev. mit Lackk., jetzt nur **3.95**

braun Chevreux m. Lackkappe, jetzt nur **4.25**

schwarz Derby, große Oes., Lackk., jetzt nur **4.95**

braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur **5.75**

Lack-Schnürschuhe amerik. Fass., jetzt nur **5.95**

Lackm. Wildleder od. Chev. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur **5.95**

Ein Kind, das bei seiner Nahrung häufig an Verdauungsstörungen leidet, verträgt keine Nahrung besser mit einem Zusatz von "Kufel"; dieses altbewährte Nahrungsmittel löst die Milch in den Verdauungsorganen leichter gelinnet, macht sie dadurch leichter verdaulich und erhöht außerdem noch ihren Gehalt an Nährstoffen.

Kaufen Sie Ihren Bedarf nur in dem ältesten u. kulantesten Kredithaus

Julius Glogau

nur direkt an der Hochbahnstation
Kottbuser Str. 28 Ecke Reichenberger Str. 15

Abgabe! Mit diesen klingenden Firmen nicht zu verwechseln.

Herzliche Neheiten in Damen - Garderobe Kleider, Mäntel, Kostüme, Hüte, Socken, Strümpfe.

Jede Dame erhält Kredit Anz. v. 3 M. an

Herren - Garderobe Anz. v. 5 M. an

Achtung! Fleischerstreik!

Die Fleischergehilfen in Neukölln sind, nachdem alle Versuche, auf gutlichem Wege geregelte Arbeitszeit zu erhalten, gescheitert sind, in den Streik getreten.

Folgende Fleischermeister haben die Forderungen der Gesellen anerkannt und den Tarifvertrag unterzeichnet:

- | | |
|--|---|
| R. Lindner, Altesstr. 8 | W. Rademacher, Quedlinstr. 19 |
| J. Paul, Bobbinstr. 49 | O. Friebe, Brigg-Handjerystr. 37 |
| W. Riedel, Karlsgartenstr. 2 | S. Härtel, Kaiser-Friedrich-Str. 76 |
| E. Schlicht, Teufelstr. 13 | J. Holz, Kaiser-Friedrichstr. 7 |
| C. Fontana (Wurstfabrik), Berliner Straße 27 | W. Öhr, Bobeln. 26 |
| P. Lukascheck, Berliner Str. 28 | A. Baum, Bergstr. 39 |
| W. Bauer, Smier Straße 12 | P. Golle, Schubertstr. 42/44 |
| R. Bergfeld, Gannstr. 8 | P. Vonnberger, Bielestr. 24 |
| C. Sterner, Teufelstr. 24 | G. Knappe, Bielestr. 30 |
| W. Fischer, Bietenstr. 51 | F. Schiede, Bielestr. 51 |
| M. Jochmann, Bietenstr. 41 | K. Gerlach, Bielestr. 70 |
| H. Kailer, Bietenstr. 23 | G. Salt, Bielestr. 58 |
| H. Rauchscheid, Bietenstr. 13 | Th. Pahne, Bielestr. 78 |
| F. Klein, Kottbuser Damm 12 | W. Friedmann, Bielestr. 7 |
| C. Fiehmig (Wurstfabrik), Thomasstraße 36 | P. Jünger, Bielestr. 5 |
| Paul Schmel, Eilmehlftr. 110 | A. Müller, Seidamer Str. 28 |
| F. Nücke, Steinmehlftr. 29 | J. Wasowicz, Seidamer Str. 35 |
| M. Mauersberger, Cammer Straße 16 | W. Fischer, Seidamer Str. 1 |
| W. Rahn, Woblowstr. 8 | F. Kubin, Donaustr. 15 |
| E. Schilde, Herrfurthstr. 23 | M. Falkner, Donaustr. 7 |
| F. Schmidt, Bielestr. 49 | I. Neuköllner Engros-Schlächtereil, Hermannstr. 114 |
| Rob. Arndt, Bielestr. 57 | O. Persike, Hermannstr. 160 |
| C. Kowalski, Bielestr. 64 | B. Riedel, Hermannstr. 46 |
| H. Burek, Bielestr. 4 | G. Seidel, Jägerstr. 7 |
| H. Burek (Hilale), Jägerstr. 118 | P. Kuznik, Jägerstr. 69 |
| H. Risse, Jägerstr. 20 | M. Meier (Witzl.), Bielestr. 168 |
| P. Schmidt, Jägerstr. 2 | J. Blümlein, Marschstr. 14/16 |
| W. Kräger, Herrfurthstr. 21 | E. Imrich, Roggenstr. 14 |
| A. Szergiel, Teufelstr. 110 | H. König, Roggenstr. 40 |
| O. Schönbrunn, Richardstr. 61 | R. Kauer, Roggenstr. 31 |
| P. Barisch, Anseledstr. 41 | E. Krause, Roggenstr. 23 |
| P. Hennig, Anseledstr. 117 | Währer, Klerker 43 |
| O. Loose, Anseledstr. 150 | K. Träder, Klerker 12 |
| K. Tschopp, Anseledstr. 65/69 | O. Weiland, Friedenstr. 46 |
| H. Heierfuß, Neuterstr. 66 | O. Bersikow, Friedenstr. 51 |
| K. Kroll, Smierstr. 76 | A. Ueschmann, Reinestr. 3 |
| K. Stock, Smier Str. 111 | W. Korte, Wildenbuschstr. 54 |
| J. Orth, Smier Str. 99 | N. Schultze, Bergstr. 84 |
| Gleich, Smier Str. 40 | M. Kapusta, Bannierstr. 34 |
| O. Seifert, Quedlinstr. 38 | H. Rudolf, Johann-Buch-Str. 3 |
| O. Schloßener, Wintzer Straße 8 | E. Uekert, Klerker 45 |
| | G. Amling, Eifenstr. 74. |

Aus der Liste der bewilligten Fleischermeister sind wegen Tarifbruch gestrichen: A. Reiland, Berliner Str. 23, derselbe verzichtet, wie er erklärt, auf die Mitgliedschaft, die nach dem Tarif folgt.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und die Zentralleitung des Verbandes sozialdemokratischer Wählvereine haben ihre Zustimmung zur Verhängung des Boykotts gegen solche Fleischermeister gegeben, welche die Forderungen der Gesellen nicht anerkennen.

Arbeiter! Bürger! Hausfrauen! Unterstützt daher die um eine geregelte Arbeitszeit streikenden Fleischergehilfen. Kauft keine Fleisch- und Wurstwaren nur da, wo der Tarifvertrag unterzeichnet ist.

Laßt Euch von den Fleischermeistern nicht täuschen, wer nicht in der Liste aufgeführt, hat den Tarif nicht unterzeichnet.

Die Streikleitung. Berlin, Elisabethstr. 11, I.
Telephon: Amt Königsplatz Nr. 9024.

Es wird versucht

minderwertige Nachahmungen, zum Teil zu billigeren Preisen, als echte Kronen-Bouillon-Würfel zu verkaufen. Weisen Sie derartige Angebote im eigenen Interesse unbedingt zurück. Kronen-Bouillon-Würfel sind allein echt mit unserer geschl. geschützten Krone.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Protestversammlungen! Die Leiter der heutigen Protestversammlungen werden gebeten, sofort nach Schluß der Versammlung der Redaktion des „Vorwärts“ durch besonderen Boten einen kurzen Bericht über Zahl der Besucher, Person des Referenten, etwaige Zwischenfälle usw. zukommen zu lassen.

Steglitz. Die Parteigenossen beteiligen sich an der Versammlung in der Schloßbrauerei zu Schöneberg. Treffpunkt abends 8 Uhr am Rathaus.

Stralau. Der Wahlverein veranstaltet am Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, von der „Alten Taberne“ aus eine Rondscheinfahrt. Willkür sind noch zum Preise von 50 Pf. bei J. Walter, Alt-Stralau 46 und L. Pichotta, Markdrajendamm 2, zu haben.

Zu der heutigen Versammlung treffen sich die Genossen pünktlich 8 Uhr in den Bezirkskolofaten. Die Bezirksleitung.

Hichtenau, Klein-Schönebeck, Schöneiche, Rahmsdorf. Die Parteigenossen und Genossinnen beteiligen sich an der heute in Friedrichshagen stattfindenden Protestversammlung. Abfahrt 8 Uhr 16 Min. vom Bahnhof Rahmsdorf.

Teltow. Heute, Mittwoch, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bonow: Regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Thurow. Der Vorstand.

Spandau. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Pichelsdorf: Öffentliche Protestversammlung. Tagesordnung: „Der Wahlrechtskampf im preussischen Abgeordnetenhaus.“ Referent: Dr. Julius Moses.

Berliner Nachrichten.

Muß man seine Kinder konfirmieren lassen?

Die Annahme, daß man verpflichtet sei, seine Kinder konfirmieren zu lassen, soll — so berichtet uns ein Vater — noch ziemlich weit verbreitet sein. Er selber, der zusammen mit seiner Ehefrau längst aus der Kirche ausgeschieden ist, hatte bisher gemeint, daß der Konfirmandenunterricht ebenso, wie in der Schule der Religionsunterricht, erzwungen werden könne. Nachdem er von dieser irrigen Annahme aus seinen Sohn zum Konfirmandenunterricht hatte gehen lassen, wurde er eines Tages durch den Pastor selber — allerdings ohne daß dieser es wollte und ahnte — darüber belehrt, daß er das nicht nötig hat.

Der Pastor, dem der Vater die wertvolle Aufklärung verdankt, amtiert an der Lazaruskirche in der Komminente Straße und heißt Raunau. Vor 14 Tagen war's, da fragte in der Konfirmandenstunde der Pastor Raunau, wer denn am letzten Sonntag die Kirche besucht habe. Als sich aus der ganzen Schar ein einziger Knabe meldete, rief der Herr Pastor schmerzlich bewegt: „Einer von fünfzig? Das glaubt einem ja gar keiner, wenn man es weitererzählt!“ Nun, wir würden es dem Herrn Pastor ohne weiteres glauben, und wir würden uns nicht wundern, wenn er sogar das erleben wüßte, daß keiner von fünfzig sich ihm als Kirchenbesucher melden könnte. Daß ihm etwa auch das noch blüht, hat Herr Pastor Raunau einsteilen zu verhüten gesucht, indem er verkündete, ein Konfirmand müsse die Kirche besuchen, sonst sei Ausschluß vom Konfirmandenunterricht zu gewärtigen. Hieran knüpft jener Vater in seiner uns überbrachten Zuschrift die Schlussfolgerung: „Wenn der Herr Pastor das Recht hat, darüber zu bestimmen, wer am Unterricht teilnimmt und wer nicht, müßte ja auch jeder Vater das Recht haben, seinen Jungen nicht mehr hinzuschicken. Ich habe bisher angenommen, daß der Konfirmandenunterricht sowie der Religionsunterricht in der Schule zwangsweise erfolgt, das scheint demnach ein Irrtum zu sein.“

Die Folgerung ist zutreffend. Der Pastor hat das Recht und sogar die Pflicht, von seinen Konfirmanden den Besuch der Kirche zu fordern. Auch das ist sein Recht und möglicherweise sogar seine Pflicht, Konfirmanden vom Unterricht auszuschließen, wenn sie die Kirche meiden. Es ist aber auch das Recht jedes Vaters und jeder Mutter, ihre Kinder von vornherein dem Konfirmandenunterricht fernzuhalten und für sie auf die Konfirmation zu verzichten. Eltern, die selber mit der Kirche gebrochen haben, werden es meist sogar als eine Pflicht empfunden, ihre Kinder nicht konfirmieren zu lassen. Im „Vorwärts“ ist wiederholt gesagt worden, daß niemand — kein Dissident und auch keiner, der noch der Kirche angehört — gezwungen werden kann, sein Kind dem Konfirmandenunterricht zuzuführen. Auch Kinder, die etwa nachgetauft worden sind, braucht niemand konfirmieren zu lassen. Wir sind eigentlich erstaunt, zu hören, daß die Annahme, es bestehe ein Zwang zur Konfirmation, noch weit verbreitet sein solle. Jener Vater bittet uns, doch mal über diese Dinge etwas mitzuteilen. Wir haben das, wie schon oben gesagt, bereits früher getan, aber wir wollen heute noch einmal feststellen, daß es einen Zwang zur Konfirmation nicht gibt. Der Vater erklärt uns, daß er nach der durch Vermittlung des Pastors ihm zuteil gewordenen Belehrung, seinen Sohn nunmehr aus dem Konfirmandenunterricht herausnehmen werde. Und er spricht die Vermutung aus, daß mit ihm noch andere Väter kein Verlangen danach haben werden, ihre Kinder zur Konfirmandenstunde zu schicken, wenn es nicht sein muß.

Die ganze Frage erhält noch eine besondere Bedeutung im Hinblick auf den Prozeß, der am letzten Sonnabend gegen einen der vorsätzlichen Mißhandlung angeklagten Pastor Sylvester verhandelt wurde. Wir haben am Sonntag berichtet, daß der an der Pfingstkirche (Petersburger Platz) amtierende Prediger Sylvester beschuldigt wurde, im Konfirmandenunterricht einen Knaben so an den Ohren geschüttelt zu haben, daß die Ohrmuscheln einrissen. Das Gericht sah das als erwiesen an, sprach aber den Gottesmann frei, weil er durch schlimme Ungezogenheiten seiner Konfirmanden gereizt worden sei und dann unbewußt sein Bütigungsrecht überschritten habe. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Ulrich, hatte sich bemüht, den Nachweis zu führen, daß von den Konfirmanden dieses Predigers Sylvester die tollsten Rügeleien verübt worden seien. Die Schuld schob er nicht auf den Pastor, gegen den die Jungen sich derartiges herausnehmen zu dürfen geglaubt hatten, sondern auf die Jungen selber und vor allem auf deren Familien. Dabei vergaß er nur, auch den Nachweis zu ver-

suchen, daß in den Arbeitervierteln Berlins es unter den Konfirmanden anderer Pastoren ebenso toll zugehe. Wir nehmen nicht an, daß die Geistlichkeit Berlins dem Amtsbruder Sylvester und seinem Verteidiger für die Aufdeckung dieser fast ungläublichen Geheimnisse eines Konfirmandensaales danken wird. Wir aber fühlen uns verpflichtet, beiden unseren aufrichtigen Dank für ihre Enthüllungen abzustatten. Besonders dank schulden wir noch dem Verteidiger auch dafür, daß er kein Geheimnis daraus gemacht hat, wie man in den Kreisen der Frommen über unfrome Eltern denkt, die ihre Kinder zum Konfirmandenunterricht schicken. Den Rechtsanwalt Ulrich brachte die Schilderung des Konfirmandenstundenunfalls in Stimmung, über trübe Folgen häuslicher Zustände zu klagen. Zur Entschuldigung des Pastors, der als Erzähler so schlecht abgemessen hat, hob er hervor, in Berlin habe die Geistlichkeit im Konfirmandenunterricht größtenteils Kinder von Eltern, die selber der Kirche feindlich gegenüberstehen. Soffentlich lassen alle Unfrommen sich das gesagt sein und betreiben die Pastoren von der Last der Kinder unfrommer Eltern.

Nein, es muß wirklich nicht sein, daß man seine Kinder konfirmieren läßt. Es gibt keinen Zwang zur Konfirmation, wenn auch durch den Eifer, mit dem manchmal die Schule den Kindern die Konfirmation empfiehlt, immer wieder dieser Irrtum genährt wird. Daß unfrome Eltern ihre Kinder nicht konfirmieren lassen, erfordert die Ehrlichkeit und das Ehrgefühl. Können sie Gefallen finden an der Rolle, die zum Schutz des der Mißhandlung angeklagten Pastors der Verteidiger ihnen aufgewiesen hat, um den Pastor vor Strafe zu retten?

Die Waldverläufe des Fiskus. Der Zweckverband Groß-Berlin hatte in seiner Ausschüttung am 24. April nach einem Referate des Herrn Oberbürgermeisters Kirchner über die Erwerbung von Freisflächen beschlossen, an den Fiskus heranzutreten und eine Offerte für den Wald- und Wiesengürtel Groß-Berlin zu verlangen. Wie die „Bosliche Zeitung“ erzählt, ist die Antwort des Forstfiskus vor einigen Tagen an den Zweckverband ergangen. Diese Antwort bewegt sich, wie sie mitteilt, ganz auf der Grundlage der Vorschläge des Zweckverbandes. Die Forderung des Forstfiskus beträgt also für rund 44 000 Morgen Waldes etwa 178 Millionen Mark, für den Grunewald in Größe von 12 000 Morgen allein etwa 60 Millionen Mark. Der Fiskus besteht also vorerst auf seinem alten, für den Zweckverband völlig unannehmbaren Angebot.

Es zeigt sich in der Tat immer klarer, daß der Zweckverband den Zweck haben soll, ein leistungsfähiger Abnehmer für die forstfiskalischen Wälder zu werden. Als ob nicht nur allein der Staat die Verpflichtung hätte, für geeignete Erhaltungsmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen.

Ueber den Stand der Untergrundbahnbauten wird uns folgendes gemeldet: Die schwierigen Tunnelbauten auf dem Alexanderplatz, von denen wesentlich der Eröffnungstermin der Stadtstrecken abhängig ist, werden zurzeit aufs äußerste gefördert. Bekanntlich bestehen die Schwierigkeiten hier nicht nur darin, daß es nötig ist, den ganz ungewöhnlich starken Verkehr auf dem Platz dauernd über die Vaugruben hinweg zu leiten, sondern sie haben ihre Ursache auch darin, daß unter der jetzigen Haltestelle bereits ein Stück der künftigen Ostlinie (Alexanderplatz—Frankfurter Allee) mit zur Ausführung kommt. Außerdem werden noch umfangreiche und zeitraubende Bauwerke von der städtischen Kanalisation ausgeführt. Auch am Spreetunnel sind die Bauarbeiten seit einiger Zeit wieder planmäßig im Gange, nachdem der Bauvorgang, welcher mit Rücksicht auf den Wassereintrich eine Mobilisation erfahren mußte, mit der zuständigen Wasserbaubehörde vereinbart worden ist. Das Programm für die Bauarbeiten ist demnach aufgestellt, daß ihre Beendigung für Ende März nächsten Jahres zu erwarten steht.

Unabhängig von diesen beiden Hauptbaustellen der Stadtstrecken wird in der Schönhauser Allee, in der Klosterstraße und in der Wallstraße aufs eifrigste gearbeitet. Inzwischen haben auch die Bahnerweiterungsarbeiten im Westen erhebliche Fortschritte gemacht. Es wird daher beabsichtigt, bald nach Pfingsten die alten Bahnhöfe der Haltestelle Wittenbergplatz zu sperren und die beiden neuen Außenbahnsteige vorläufig an Stelle der alten Bahnsteige dem Betriebe zu übergeben. Nach erfolgter Betriebsumleitung wird dann der von den neuen Gleisen umschlossene alte Tunnel zum Abbruch gelangen und neu ausgebaut werden. Die Schhäuser an der Rüttenberger Straße sind fast gänzlich abgebrochen, so daß auch hier die Tunnelausführung demnächst erfolgen kann. Die Unterführung an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche geht ihrem Ende entgegen. Damit für die bekannten Bahnerweiterungen der Hochbahngesellschaft die erforderlichen neuen Betriebsmittel rechtzeitig montiert werden können, wird der Betriebsbahnhof in Grunewald im Spätsommer soweit der Benutzung übergeben werden, daß dort die Wagenmontage begonnen werden kann. Das große Werkstattgebäude und der neue Wagenkasten sind im Neuzug fertiggestellt und bedürfen nur noch des Innenausbauens. Inzwischen werden auch das Verwaltungsgebäude und das Werkstattgebäude, in welchem die Speise- und Waderäume für das Betriebspersonal untergebracht sind, fertiggestellt. Mit den Gleisarbeiten wird demnächst begonnen werden. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß auf dem Gleisdreieck mit den Vorbereitungen für den Umbau desselben begonnen worden ist. Nach dem Vertrage mit der Stadt Berlin sollte die Strecke bis Alexanderplatz bereits in diesem Jahre betriebsfertig sein.

Ein Revolvergefecht zwischen Beamten und Eindringern, in dem außer zwei Eindringern auch ein Beamter seinen Tod fand, gab es gestern morgen in der Gemarkung Bredow bei Rauen. In Rauen wurde gestern morgen in der sechsten Stunde ein Einbruch entdeckt. Die Behörde traf sofort alle Maßregeln zur Ermittlung und Ergreifung der Verbrecher. Auf der Eisenbahnstation in Bredow saßen Bahnbeamte, die wie ihre Amtsgenossen auf den anderen Stationen ebenfalls benachrichtigt worden waren, zwei verdächtige Männer den Landweg nach Teltow zu einschlagen. Sie benachrichtigten sofort den Amtsdieners Klein Schmidt und machten sich mit ihm auf die Verfolgung. Schon nach kurzer Zeit, um 6 1/2 Uhr, hatte man die Verdächtigen, von denen einer ein Fahrrad führte, erreicht und gestellt. Als nun Klein Schmidt zu ihrer Verhaftung schreiten wollte, wandte sich der Mann, der das Rad führte, plötzlich um und gab vier bis fünf Revolverkugeln aus nächster Nähe auf seine Verfolger ab. Von zwei oder drei Augen in die Brust getroffen, sank Klein Schmidt um und verschied auf der Stelle. Die drei Eisenbahnbeamten, die ihn begleitet hatten, drangen trotz der gefährlichen Lage auf die Verbrecher weiter ein. Beide haben jetzt noch mehrere Schüsse ab, die zum Glück aber alle fehlgingen. Als sich der eine Dieb endlich gepackt und verloren sah, schob er sich selbst eine Kugel in den Kopf. Weil er aber noch lebte, so richtete jetzt sein Helfershelfer, der Kerl mit dem Rad, der Mörder des Amtsdieners, seine Waffe ebenfalls noch auf

ihn und tötete ihn durch einen Schuß in den Kopf, jedenfalls in der Absicht, ihn stumm zu machen und ihm die Möglichkeit zu nehmen, irgendwelche Angaben zu machen. Dann schwang er sich auf sein Rad und fuhr davon, bevor die Beamten auch ihn fassen konnten. Durch den Hertsprecher und alle anderen Mittel, die zur Verfügung standen, wurden schließlich die Gendarmen und Förster der ganzen Gegend benachrichtigt. Kurz vor der Bredower Forst stieß denn auch der flüchtige Mörder auf Förster und Gendarmen, die ihn den Weg verstellten. Von neuem kam es zu einem Feuergefecht mit Revolver und Flinten, in dem jetzt auch der zweite Verbrecher blieb, während mehrere Beamte unglücklich verletzt wurden. Wer die Eindringler sind, steht noch nicht fest.

Kinder als Studienmaterial!

Ein an Kindern verübter Mißbrauch, der geradezu wie ein Märchen erscheint, wird uns aus der Umgebung des Oranienburger Lores gemeldet. Am Montag wurden nach der Mittagstunde in der benachbarten Friedrichstraße mehrere Kinder von einem Knaben aufgefordert, ihnen zu einem Arzt zu folgen. Der Knabe kündigte ihnen an, es wird dort für sie etwas zu verdienen geben. Die Kinder gingen darauf ein, und er führte sie nun in die Poliklinik des Augenarztes Professor Dr. Abelsdorff, die sich im Hause Friedrichstraße 131a befindet. Nachdem er seinen Auftrag erledigt hatte, verschwand er in den Räumen der zu der Poliklinik gehörenden Wohnung. In der Poliklinik wurde von einem Herrn, den die Kinder für einen Arzt hielten, jedem Kind in ein Auge eine Flüssigkeit geträufelt. Aus einer Gruppe von Herren, die wohl Studierenden halber in der Poliklinik weilten, machten sich dann einzelne daran, die Augen der Kinder zu untersuchen. Dabei gaben sie Erklärungen, die von einem älteren Herrn verbessert und ergänzt wurden. Offenbar dienten die von der Straße hereingeholten Kinder als Studienmaterial und waren hierzu durch jene in die Augen geträufelte Flüssigkeit präpariert worden. Herr Professor Abelsdorff hält in der Poliklinik am Montag und am Donnerstag für Studierende einen Kursus ab, in dem er über den Gebrauch des Augenspiegels und über die übrigen Methoden der Untersuchung des Auges lehrt. Die Kinder, die am Montag als Studienmaterial benutzt worden waren, wurden aufgefordert, am Donnerstag wiederkzukommen. Am Montag wurde einem Knaben eine Vergütung von 25 Pfennig gezahlt, ein anderer sollte seine 25 Pfennig mit einem Dritten teilen, ein dritter behauptet, nur 5 Pfennig erhalten zu haben. Und wird gesagt, für das nächste Mal seien jedem, der noch einen andern Knaben mitbrächte, 5 Pfennig extra versprochen worden.

Wir haben es hier mit einer ganz besonders interessanten Spezialität der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder zu tun. Man sieht, daß auf diesem Gebiet das früher Unmögliche immer wieder zur Wirklichkeit wird. In den uns bekanntgewordenen Fällen hatten die Eltern keine Ahnung davon gehabt, daß ihre Kinder sich in der Poliklinik als Studienmaterial benutzen ließen. Die Kinder waren, ohne daß die Eltern zuvor um ihre Einwilligung erfragt wurden, direkt von der Straße hereingeholt worden. Die Eltern erfuhren erst davon, als sie Hinterher an den Kindern zu ihrem Schrecken die Folgen der Einträufelung bemerkten. Noch am Dienstag war bei jedem der Kinder, die wir zu sehen belamen, die Pupille eines Auges so stark erweitert, daß das Auge beträchtlich dunkler als das andere erschien. Die Pupillenvergrößerung war so auffallend, daß wir einen uns bisher unbekanntem Knaben, den wir nach der angegebenen Adresse in der Wohnung seiner Eltern auffuchen wollten, schon auf der Straße ohne weiteres an dem Auge als den Gesuchten erkannten. Einige Mütter sind nach der Poliklinik gegangen, um sich darüber zu beschweren, daß ohne ihr Wissen die Kinder mißbraucht worden seien. Eine wurde von dem Diener der Poliklinik ausgelacht, sie sollte sich doch nicht so haben. Was da mit ihrem Kinde und auch mit vielen anderen Kindern gemacht worden sei, schade ihnen nicht, sondern sei sogar gesund. Einer anderen Mutter gab der Diener eine ähnliche Antwort. Er fügte hinzu, auch bei der Polizei werde man sie auslachen, wenn sie dorthin gehen wolle. Diese Mutter ging beschleunigter zur Polizei, um zu melden, was ihrem Sohn widerfahren war. Ausgelacht wurde sie dort nicht, aber der Polizeileutnant, der ihre Meldung entgegennahm, schien die Sache nicht sehr aufregend zu finden. Er sagte der Mutter: „Warum gehen denn die Kinder dahin!“ Es wird beabsichtigt, die Angelegenheit auch der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Wir sind begierig zu hören, wie sie darüber denkt.

Drei schwere Straßenunfälle ereigneten sich gestern nachmittag im Zentrum der Stadt. Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren wurde der 46 Jahre alte Kutscher Wilhelm Volt aus der Vossestraße 14. Als er mit seinem Wagen vom Alexanderplatz in die Alexanderstraße einbiegen wollte, fuhr er so heftig gegen die Vordschwelle, daß er von seinem Sitz auf das Pflaster flog, unter die Räder geriet und sich Brüche mehrerer Rippen und des linken Oberarms zuzog. — Ebenso verunglückte der 26 Jahre alte Kutscher Johann Benz, der bei dem Fuhrgeschäft von Hint in der Friedrichstraße 40 beschäftigt ist, als ihm in der Vossestraße die Pferde schauten, an der Ecke der Spandauer Straße. Ihm gingen die Räder über den Unterleib, und er zog sich außer schweren inneren Verletzungen auch noch einen Beinbruch zu. Die Pferde rasten weiter die Vossestraße hinunter, wurden aber dann angehalten, bevor sie noch weiteren Schaden anrichten konnten. — Die 13 Jahre alte Tochter Gertrud des Tischlers Erkner aus der Viehmannstraße 5 wurde auf dem Heimweg von der Schule an der Ecke der Goltzow- und Landwehrstraße von einem Radler so unglücklich umgestoßen, daß sie unter einen Wagen geriet. Die Räder gingen ihr über Brust und Leib und brachten ihr schwere innere Verletzungen bei. Die Verunglückten wurde alle drei von der Hilfswoche in der Reibelstraße, die ihnen die erste Hilfe leistete, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und liegen dort schwer darnieder.

Das Opfer einer Praxerei, die an sich harmlos war, wurde gestern abend der 19 Jahre alte Hausdiener Johann Schmaret, der bei dem Wäckermeister Rebin in der Schornhorststraße beschäftigt war und wohnte. Der junge Mann ging zwischen 9 und 10 Uhr mit mehreren Freunden spazieren. Als man so auch an die Kieler Straße und den Spandauer Schiffbaukanal kam, prahlte er, daß er bei der Marine gewesen sei und sehr gut schwimmen könne. Seine Freunde bezweifelten das und drängten ihn, dann doch einmal zu zeigen, was er könne. Statt nun einzugehen, daß er weder bei der Marine gewesen, noch des Schwimmens kundig sei, ließ er sich auf der Tretstufe vor dem Hause Kieler Straße 1 aus und sprang ins Wasser. Nachdem er ein Weilchen herumgeplätschert hatte, ging er unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Seine Freunde, die nun doch überzeugt waren, daß er schwimmen könne, glaubten, daß er tauche. Als ihnen dann aber doch Bedenken kamen, ließen sie erst zu dem Meister, der in der Nähe wohnt, und holten ihn und einen Gefellen, anstatt selbst gleich Rettungsversuche zu unternehmen. Als der Untergegangene dann mit dem Rettungslahn aufgefunden und gebadet wurde, war schon eine halbe Stunde vergangen. Der junge Mann war tot. Wahrscheinlich hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Ueber den Selbstmord eines Veteranen wird aus der Philippstraße berichtet: Der 77 Jahre alte frühere Schloffer Franz Sobel bewohnte nach dem Tode seiner Frau, die vor sieben Jahren starb, in der Philippstraße 14 bei einer Witwe für sich allein ein möbliertes Zimmer. Der alte Mann, der die Feldzüge 1808 und 1870/71 mitgemacht hatte, lebte seit Jahren im „Nuß“stande. Ein Magenleiden und allgemeine Dinnfälligkeit aber verließen ihm das Leben.

In der letzten Zeit sagte er seiner Wirtin hier, daß es nicht recht mehr gehe, ein Freund habe ihm gesagt, wenn man alt und gebrechlich werde, sei es am besten, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Am liebsten möchte er sich erschießen, dazu habe er aber wohl keine Kraft mehr. Gestern vormittag erhängte sich der Greis zunächst an einem Balken, als dieser aber aus der Decke ausriß, am Fensterkreuz. Als seine Wirtin um 1 Uhr aufstehen wollte, fand sie ihn tot auf.

Zu der großen Unterschlagung bei der American Export Co. Die wir gestern meldeten, wird noch berichtet: Die fortgeschrittenen Ermittlungen zeigen immer deutlicher, daß Gage seinen Streich von langer Hand geplant und vorbereitet hat; er lauerte nur auf eine Gelegenheit, einen großen Zug zu machen und dann zu verschwinden. Zum Schluß ließ er in seinem Zimmer alles unberührt; seine Koffer standen noch dort, wo er sie immer hinstellte. Auch seine Kleidungsstücke schienen noch alle vorhanden zu sein. Als man aber genauer zusah, zeigte es sich, daß ein Anzug fehlt. Es ist ein noch gut erhaltenes hellbraunes, etwas weislich farzierter Stoffanzen. Gage hat ihn vorher irgendwohin und irgendwie aus der Wohnung weggeschafft, um ihn zur Flucht zu benutzen. Wo er ihn unterdessen gelassen hat, weiß man noch nicht. Die Koffer, die früher die Briefschaften und dergleichen Sachen des Flüchtigen bargen, waren leer. Gage hat vorzüglich alles beseitigt, was irgendwie über seine Beziehungen Auskunft geben könnte. Festgestellt ist jetzt auch, daß Gage schon längere Zeit den Lebensmann zu spielen liebte. Er besuchte insbesondere in der Friedrichstadt die besseren Lokale mit weiblicher Bedienung und fiel dort wiederholt durch große Gelbtausgaben auf.

Das Kaiserhotel brennt! Durch diesen Alarm wurden gestern abend gegen 7 Uhr mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Friedrichstr. 178/179, dem Grundstück der Kaiser-Keller-Aktiengesellschaft gerufen. Bei Ankunft der Löschzüge wälzten sich gewaltige dunkle Rauchwolken über die Friedrichstraße. Es brannte im Dachgeschoß direkt an der Ecke der Friedrich- und Jägerstraße. Branddirektor Meißel ließ sofort zwei Dampfspritzen in Tätigkeit treten, von denen eine in der Jägerstraße und die andere in der Friedrichstraße angelegt wurden. In wenigen Augenblicken waren auch in beiden Straßenfronten mechanische Leitern errichtet, über die hinweg der Löschangriff erfolgte. Auch über die Treppen des Hauses wurde eine Leitung gelegt. Die Friedrichstraße mußte an der Jäger- und Taubenstraße für jeglichen Verkehr gesperrt werden. Eine vierhundertköpfige Menschenmenge umstand die Brandstelle. Die Feuerwehr arbeitete mit vier Mähten und richtete das Hauptaugenmerk darauf, den Dachstuhl des eigentlichen Hotels zu schützen. Nach halbständigem Wassergeraus konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Die Ecke des Dachstuhles mit dem turmartigen Aufbau ist ausgebrannt. Mit den Nachlös- und Aufbaumarbeiten hatte die Wehr noch bis in die frühen Abendstunden hinein zu tun. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Beugen gesucht. Am Freitag, den 17. d. M., abends gegen 7 Uhr, wurde in Reinickendorf-Ost in der Markstraße umweil der Seestraße ein Radfahrer von einem Privatautomobil umgefahren und nach der Unfallstation Lindower Straße gebracht. Zeugen, welche diesen Unfall mit angesehen haben, insbesondere der junge Mann, der mit einem Motorwagen zurzeit an der Stelle war und den Vorgang nachdem dort erzählt hat, sowie die Rutscher der vorbeifahrenden Arbeitsfahrwerke werden gebeten, sich bei Paul Schmitz, Reinickendorf-Ost, Thunerstraße 51, I, zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Neußölln.

Wiederholte Verdrehungen leistet sich der Führer der hiesigen Demokraten, Herr Koh, nochmals in der letzten Nummer des „Freien Woll“. Zwar erklärt der Herr, er wolle auf unseren Artikel vom 15. d. M. nicht näher eingehen, sonst würde die Sache ins Uferlose breitgetreten, von seinen sachlichen Feststellungen habe er jedoch nichts zurückzunehmen. Dann können wir also folgendes konstatieren: Herr Koh hat in seinem ersten Artikel über das Verhalten der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ziemlich lähne Behauptungen aufgestellt. Wir verlangten daher in unserer Antwort, der Herr solle den Beweis für seine Behauptungen antreten. Dem geht er durch seine oben erwähnte Erklärung jetzt aus dem Wege. Herr Koh kneift also, um nicht den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Ueber den Wahlrechtskampf schreibt Herr Koh noch folgendes: „Dah wir auch gegen die Gültigkeit der Nachwahlmandate aus dem Jahre 1909 geklagt haben, wissen die Neußöllner Sozialdemokraten ebenso gut, wie sie die Gründe kennen, aus denen wir die Klage feierlich zurückgezogen haben. Genau so wissen sie, daß wir sämtliche Prozesse nicht erst im letzten Stadium — juristisch schon ein Ansturm, da man einen Prozeß nicht in der letzten Instanz beginnen kann — sondern von Anfang an Schulter an Schulter geführt haben. Sie behaupten da wider besseres Wissen etwas Unwahres.“

Eine größere Unberücksichtigung als diese ist und kaum vorstellbar. Es ist doch wirklich gleichgültig, ob die Demokraten die Absicht hatten, gegen die Wahlen im Nordbezirk Klage zu erheben. Erst steht nur, wie der Artikelschreiber zugibt, daß die Demokraten die Klage zurückgezogen haben. Die Tatsache bleibt doch bestehen, daß die Demokraten, falls sie ihre Klage aufrecht erhalten hätten, die letzte Klage überflüssig gemacht hätten. Wir müssen aber dem Artikelschreiber den Vorwurf machen, daß er nicht mal richtig lesen kann, einen solchen Ansturm, wie er uns zu unterschreiben sucht, haben wir nie behauptet.

Wir schreiben in unserer Entgegnung vom 15.: „Aberdings haben die Demokraten in dem letzten Stadium des Wahlrechtskampfes gegen die Stadtverordnetenversammlung geklagt.“

Bei einigemmaßen aufmerksamem Lesen wird Herr Koh entdecken, daß wir nicht von dem letzten Stadium der einzelnen Prozesse, sondern vom Kampf gesprochen haben.

Wenn dann noch der Artikelschreiber auf neue die bereits während des letzten Wahlkampfes in Flugblättern folgerichtete Klage wieder gibt, daß die Demokraten die einzige bürgerliche Partei gewesen sei, welche den Wählern das Wahlrecht erobert hätte, so brauchen wir nur auf die gerichtlichen Akten zu verweisen. Die erste Klage gegen das Durchschnittsprinzip wurde vom Genossen Conrad allein, die zweite bez. des anderthalbfachen Durchschnitts vom Genossen Scholz, die Klage gegen die Wählerliste von 1910 von vier Parteigenossen unter dem Namen Karle und Genossen angestrengt und erst bei der vierten, der letzten Klage befand sich unter den Klägern Altker und Genossen außer den drei Parteigenossen noch der Demokrat Bureauvorsteher Wille. Dies zur Wahrheit. Zuletzt möchten wir noch unserer Freude Ausdruck geben, daß es uns gelungen ist, Herrn Koh über den unterschlagenen Schlußsatz der Stichwahrheitsresolution die Zunge zu lösen. Der Schreiber erklärt zunächst, daß nicht der Vorstand der Demokraten, sondern ein einzelnes Mitglied desselben, welches die Weitergabe der Resolution übernommen hatte, dafür verantwortlich zu machen sei. Dieses Mitglied aber bestreite an der Resolution etwas gekürzt zu haben. Wer die Resolution gekürzt hat, ist uns gleichgültig.

Dann behauptet der Herr noch, daß der Schlußsatz unwesentlich war. Dann ist uns ganz unverständlich, warum er unterschlagen wurde.

Zum Schluß möchten wir betonen, daß so lange Herr Koh seine bisherige Methode in der Bekämpfung der Sozialdemokratie beibehält und es versteht, die Dinge in ihr Begleitend zu verdrehen, wird er dem Gedanken der Demokratie schwerlich einen Dienst erweisen; um so mehr darf er des Verfalls der Reaktionäre versichert sein. Das „Neußöllner Tageblatt“ hat schon Herrn Koh in seine Arme geschlossen, es hat seine erste Anknüpfung der Sozialdemokratie wörtlich wiedergegeben. Herr Koh scheint also noch eine große Zukunft zu haben.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst mußten wiederum mehrere Radfahrerforderungen bewilligt werden. Während

Der letzten Staatsberatung wurde der Wunsch ausgesprochen, den bespannten Feuerlöschzug auf der Hauptwache ebenfalls in einen Automobillöschzug umzuwandeln. Die Deputation hat sich damit beschäftigt und besonders die Frage der Antriebsart eingehend geprüft; sie ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der benzin-elektrische Antrieb, das sogenannte Mixe-System, zu bevorzugen wäre. Um festzustellen, ob das System zuverlässig und einwandfrei ist, sollen mehrere Beamte der Feuerwehr nach Hannover fahren und den Versuchsfahrten beiwohnen. Die erforderlichen Kosten wurden genehmigt. Ebenfalls die Nachforderungen für die höheren Lehraufgaben.

Die Deputationen für Tiefbau und Verkehr sollen aufgelöst werden und vom 1. Juli ab als eine Deputation gelten. Zuletzt wurde Kenntnis genommen von dem Ausschreiben des Stadtrat Wöb., der bekanntlich in Berlin zum Kammerer gewählt wurde.

Lichtenberg.

Ueber die Schießaffäre des Schuhmanns Nürnberg am Sonnabendabend macht jetzt der Ehemann der von dem Polizeirevolver getroffenen und schwerverletzten Frau Köhse, Kürschmidsstraße 13 wohnhaft, Angaben, die wesentlich abweichen von denjenigen, die vorgelesen, jedenfalls aus polizeilicher Quelle stammend, durch die Presse gingen. Danach ist Köhse abends 1/2 12 Uhr im Begriff gewesen, seine Frau, die sich in einem Kinetographentheater in der Rathausstraße befand, abzuholen. Auf dem Wege dorthin habe er sie bereits in einiger Entfernung kommen sehen und daher beim Namen gerufen. Der am Rathausplatz postierte Schuhmann Feuerhelm habe ihm gesagt, daß er mit dem Rufen ruheloßenden Lärm verursache, im Wiederholungsfall müsse er ihn nach der Wache bringen. Köhse habe bestritten, daß ihm, dem Beamten, das Recht zustehe, ihn wegen bloßen Rufens mit nach der Wache zu nehmen. In dem Augenblick habe ihn der Beamte auch schon an der Hand gefaßt. Durch das Hinzukommen des bei der Berliner Verkehrs Polizei beschäftigten Nürnberg sowie der Frau des Köhse, die ihrem Mann geraten habe, mit zur Wache zu gehen, hätte sich eine Anzahl Menschen angesammelt. Nürnberg habe sich nun den Revolver des Feuerhelms geben lassen und damit die Verurteilung bedroht. Darauf habe die Frau Köhse gesagt, daß, wenn er, Nürnberg, schießen wolle, er sie niederschließen könne. In dem Augenblick sei sie auch schon von einer Kugel getroffen umgefallen. Während der Schuhmann Feuerhelm seinen Arrestanten zur Wache gebracht, habe Nürnberg zur Fortschaffung der getroffenen Frau eine Drohsche holen wollen. Jetzt hat, wie weiter mitgeteilt wird, das angesammelte Publikum den so schnell mit der Schußwaffe Bereiteten erst erlucht, sich als Polizeibeamter zu legitimieren. Allgemein nahm man an, daß sich der Bedrohte nunmehr aus dem Staube machen wolle, um so mehr, als um diese Zeit in jener Gegend überhaupt keine Drohsche anzutreffen ist. Der Beamte hat auf das dringende Verlangen der empörten Angesammelten schließlich erwidert, daß er seine Legitimation nicht bei sich habe. Später erst hat es sich herausgestellt, daß der Legitimationslose ein bei der Verkehrs Polizei beschäftigter Polizeibeamter namens Nürnberg ist.

Vemerkt sei noch, daß die Mitteilung, als habe das angesammelte Publikum von vornherein eine drohende Haltung gegen den Polizeibeamten eingenommen oder denselben gar angegriffen, allseitig als unwarhaft bezeichnet wird.

Der Zustand der verletzten Frau Köhse im Kummelsburger Krankenhaus ist bedenklich. Die Kugel ist an der rechten Brustseite eingedrungen und am linken Schulterblatt wieder herausgekommen. Ein hinter der Frau stehender junger Mann ist von der Kugel noch getroffen worden.

Im Kummelsburger See ertrunken ist gestern nachmittag der 21jährige Schüler Andreas Luzak aus der Pfarrstraße 27. 2. hatte mit zwei Arbeitskollegen gegen 1/2 8 Uhr nachmittags eine Kahnpartie auf dem Kummelsburger See unternommen, die die drei nach einem gegenüber der Stralauer Glasbütte belegenen Restaurant führte. Auf der Rückfahrt versetzte Luzak das Boot in so heftige schaukelnde Bewegung, daß es kenterte. Während es den beiden Begleitern gelang, sich durch Schwimmen zu retten, war L. sofort untergegangen. Alsbald unternommene Rettungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche des Verunglückten konnte noch nicht geborgen werden.

Weißensee.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Terrain des jüdischen Friedhofs. Auf dem zu dem Begräbnisplatz gehörenden Sättelplatz waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einen zehn Zentner schweren Marmorblock von einem Lastwagen abzuladen. Der mächtige Block war noch in der Schwebe, als er plötzlich schwankte und abstürzte. Unglücklicherweise wurde der 42 Jahre alte Arbeiter Fritz Schnalle, Gäblerstraße 7, unter dem Block begraben. Sofort machten sich die Arbeiterkollegen daran, den Unglücklichen zu befreien. Als man den Stein entfernt hatte, stellte sich heraus, daß dem Verunglückten beide Beine zerschmettert worden waren. Sch. fand im Auguste-Viktoria-Krankenhaus Aufnahme.

Nieder-Schönhetweide.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurden als Schiedsmann Herr Bunzlou, Berlin Straße 117, und Herr Reinhold Heinrich, Köllnische Straße 90 (Gemeinde-Gasanstaltskassierer), als dessen Stellvertreter gewählt. Der Verlängerung der geltenden Friedhofs- und Beerdigungsordnung wurde stattgegeben. Ferner beschloß die Gemeindevorstandssitzung für den so weit entfernt liegenden Friedhof probeweise einen Kremier fahren zu lassen, den die Hinterbliebenen der auf dem Friedhof Bestatteten unentgeltlich benutzen können. Auf Antrag der Schulkommission zur Beschaffung von Spielgeräten wurden 100 Mk. bewilligt, auch beschloß die Vertretung die Errichtung einer Haushaltungsschule, möglichst schon zu Michaelis 1912. Diese Angelegenheit wurde auf Vorschlag des Genossen Vengsch einer Kommission überwiesen, der auch unser Genosse angehört. Bekanntlich steht die Gemeinde bereits jahrelang mit der Bahnverwaltung in Unterhandlung betreffs Abtretung des Geländes, welches zur Verbreiterung der Grünauer Straße erforderlich ist. Welches ist es dem Direktor der Untergundbahn-Gesellschaft, welche ihre Schienen zur Straßenbahn legen will, gelungen, die Bahnverwaltung zur Vergabe des zum Ausbau der Grünauer Straße notwendigen Geländes zu bewegen. Es mußte also erst der Vertreter einer privaten Gesellschaft kommen, um die Eisenbahnverwaltung nachgiebig zu machen. Die Abtretung über Ausbau der Karlshorfer Straße ergibt, daß der Voranschlag nicht verbraucht ist. Die verbleibende Summe von 2340 Mark wird auf die Friedhofrechnungen übertragen. In der Frage der Beschaffung eines Spielplatzes wird der Gemeindevorsteher sich mit dem Bezirksrat in Verbindung setzen.

Nowawes.

Unter dem Verdacht, seine Frau am Offenbaken aufgehängt zu haben, ist der in der Kaiser-Wilhelm-Straße 22 wohnhafte Leberarbeiter Kolosinski verhaftet worden. Tatsächlich wurde Frau K. mit einem Strick um den Hals bewußlos am Boden liegend aufgefunden. Im Oberlin-Krankenhaus, wohin man sie brachte, erholte sie sich jedoch bald wieder. K. bestreitet das ihm zur Last gelegte Vergehen. Da man allgemein auch nicht annimmt, daß der verhältnismäßig schwächliche K. seine robuste Frau habe aufhängen können, wird erst durch die gerichtliche Untersuchung die Affäre aufgeklärt werden können.

Spandau.

Ein Bootsunfall ereignete sich gestern nachmittag 1/2 5 Uhr bei Nischelwerder. Dort hatte ein junger Mann in einem gelbem Boot eine Ruderpartie unternommen, wobei er ins Wasser fiel. Dem entschlossenen Rettungsversuch eines in der Nähe befindlichen Bootsmannes gelang es, den jungen Menschen vor dem Tode des Ertrinkens zu retten.

Jugendveranstaltungen.

Bauhof-Schönhanfen. Sonntag, den 26., und Montag, den 27. d. M., findet für die Jugendlichen eine zweitägige Pflanzwanderung nach Jechowitz, Chorin, Freienwalde statt. Abfahrt 5 1/2 Berlin-Nordbahnhof, 5 40 ab Stettiner Bahnhof. Fahrgebiß 3 M. Proviant mitbringen. Jeden Mittwoch: Spielabend auf der Schönholzer Pantheis.

Aus aller Welt.

Tödlicher Unfall eines Prinzen.

Auf der Berlin-Hamburger Chaussee ereignete sich Montag abend 6 1/2 Uhr zwei Kilometer von Segeletz und drei Kilometer hinter dem Stadtgebiet Wilhelm ein Automobilunfall, bei dem Prinz Georg Wilhelm von Cumberland und sein Kammerdiener Grebe den Tod fanden. Der Chauffeur hat einen Armbruch erlitten. Der Prinz steuerte selbst das Fahrzeug, das auf der Fahrt nach Schwerin begriffen war. An der Unfallstelle, die neu geschüttet war, versagte die Steuerung und das Auto raste mit einer scharfen Wiegung durch den Chaussee Graben in den Wald, wo es gegen die Bäume anprallte. Durch den scharfen Anprall wurden die Insassen herausgeschleudert, wobei der Prinz eine tödliche Quetschung der Brust und einen Schädelbruch erlitt, während der Kammerdiener einen tödlichen Schädelbruch davontrug. Die Leichen wurden nach Radel gebracht und im dortigen Schloße des Herrn von der Hagen aufgebahrt.

Die Schuld an der Katastrophe liegt wahrlich einzig bei dem Prinzen, der nach der Aussage des Chauffeurs mit einer Geschwindigkeit von zirka hundert Kilometern dahinstrafte.

Zus Meer getrieben.

Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Paleisfahrt-Aktien-Gesellschaft „Kaiserin Auguste-Viktoria“, der gestern im Hafen von Cherbourg eintraf, traf auf der Ueberfahrt von Hamburg nach Southampton auf eine deutsche Fischerbarke, in der sich drei Hamburger Schauspieler, die Herren Grünwald, Rindorf und Jech, befanden, die in Bremen gastierten. Die Unglücklichen, noch im Smoking, hatten sich vor fünf Tagen ein Boot genommen, um eine Vergnügungsfahrt auf dem Meere zu unternehmen. Sie wurden jedoch in die Nordsee hinausgetrieben und waren seither ohne Nahrung. Die meisten waren so erschöpft, daß sie sich nicht mehr aufrecht halten konnten und in hoffnungslosem Zustande an Bord des Schiffes geholt werden mußten. Man glaubt nicht, sie am Leben erhalten zu können.

Brüsseler Hofkutsch.

Die das offizielle Telegraphenbureau meldet, zirkuliert seit etwa vierzehn Tagen in Brüssel das Gerücht von einem Drama, das sich im königlichen Schloß abgepielt haben soll. Es hieß, die Königin habe dem König in intimer Unterhaltung mit einer Kammerfrau angetroffen und diese Dame durch einen Revolverstich getötet. Der König hat heute aus diesem Gerücht erfahren und seinen Privatsekretär gebeten, die Vertreter der Brüsseler Presse und der Agence Havas zu ersuchen, in der Öffentlichkeit die Erklärung abzugeben, daß die Gerüchte jeder Grundlage entbehren, und daß es sich um eine elende Verleumdung handle. Der Staatsanwalt ist beauftragt, gegen die Urheber der Gerüchte Strafantrag zu stellen, und es soll bereits gegen drei Personen Strafantrag gestellt sein.

An dem Gerücht kann schon um desswillen kein wahres Wort sein, weil Königssehen bekanntlich das Muster christlicher Eheführung sind.

Kleine Notizen.

Gemeinjam in den Tod. Aus Schmerz über den Verlust der Gattin stürzte sich der Arbeiter Göla aus Raundorf in Halle a. S. mit seinen drei Kindern angefaßt in die Saale. Göla und ein sechsähriges Mädchen sind ertrunken, zwei Kinder wurden gerettet.

Ein Lenkballon in 2900 Meter Höhe. Der französische Militär-Lenkballon Clément Capard IV hat während eines Montag vormittag vom Luftschiffpark bei Compiègne aus unternommenen Fluges eine Höhe von 2900 Meter erreicht und damit einen Weltrekord aufgestellt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn über Treppen — Bahnstr. —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Sachverhalt und eine Schrift als Beleg beizubringen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigesetzt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

M. 2. Werden Sie sich an die Arbeiter-Turner-Zeitung, Leipzig, Langestr. 34. — H. 23. 12. Rein. — G. 8. 100. 1. St. 2. Eine „angemessene“ Wiltagspaufe. Diele muß, wenn die Maßzeit außerhalb des der Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes eingenommen wird, mindestens 1 1/2 Stunde betragen. — M. 38. 1. u. 2. Ja. — G. 8. 100. 1. Sehen Sie eine Nachfrist unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf die Annahme ablehnen und Schadenersatz verlangen werden. 2. Ja. 3. Rein. 4. Ja. Die etwaigen Rechtsansprüche können jedoch gekürzt werden. — G. 23. 103. Sie sind für das laufende Versicherungsjahr zahlungspflichtig. Falls Sie dann nicht weiter zahlen wollen, müssen Sie der Direktion vor Ablauf Mitteilung machen. — B. 2. 1. 1. Ja. 2. Unten an das Polizeipräsidium. 3. Ohne weiteres nicht, nur auf Antrag. — M. 57. 1. Rein. Verjährung tritt nach Ablauf von fünf Jahren ein. 2. Ja. — A. 17. 1. Rein. 2. Kommt auf den Umfang und die Art des Gewerbetriebs an. 3. u. 4. Ja. — H. 9. 100. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, welche Art Ihre Stellung ist. — M. 9. 4. 8-10 M. wöchentlich. — G. 54. Klage beim Amtsgericht Charlottenburg. — St. 11. 1. u. 2. Auslieferung erfolgt nicht; Auslieferung wäre möglich. 3. Falls Auslieferung verweigert wird, Meldung beim amerikanischen Konsulat. — G. 10. Diese Adresse ist uns nicht bekannt. Können Sie aber erfahren im Bureau des Textilarbeiterverbandes, Andreaskirche 17. — M. 8. 7. 1. Adressen der Stenographenvereine zu finden Adressbuch 2. Band, Teil 2, Seite 257. 2. Schluß sowohl, als auch aus Gründen des Raumes für den Briefkasten nicht geeignet. — M. 20. 300. Adressieren Sie an das Preussische Abgeordnetenhaus, so kommt die Sache sicher in die richtigen Hände. — M. 20. 153. An die Betriebsverwaltung der Post- und Untergrundbahn, Köthener Straße 12.

Marktbericht von Berlin am 20. Mai 1912, nach Ermittlung des Amtl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Getreide, gelbes, zum Kochen 34,00—35,00. Speldebaben, weißes, 30,00—31,00. Linen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinhl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1,70—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,40—1,50. Schweinefleisch 1,40—1,50. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,20. 60 Stück Eier 3,20—5,50. 1 Kilogramm Nuxpin 1,20—2,40. Wale 1,00—3,20. Zander 1,00—3,00. Hechte 1,40—2,20. Forelle 1,00—2,20. Schleie 1,40—3,20. Diele 0,90—1,00. 60 Stück Krebse 2,20—4,00.

Witterungsübersicht vom 21. Mai 1912.

| Stationen | Thermometer-lesung | Windrichtung | Wetter | Temp. u. W. (10° = 0°) | Stationen | Thermometer-lesung | Windrichtung | Wetter | Temp. u. W. (10° = 0°) |
|-----------------|--------------------|--------------|-----------|------------------------|-----------|--------------------|--------------|-----------|------------------------|
| Solmsbrunn | 754 | S | bedeckt | 13 | Caparanda | 789 | SW | 4 wolkenl | 9 |
| Hamburg | 756 | SW | 4 bedeckt | 14 | Wetzlar | 760 | SW | 1 wolkenl | 10 |
| Berlin | 756 | SW | 3 wolkenl | 17 | Salz | 759 | SD | 1 bedeckt | 10 |
| Frankfurt a. M. | 758 | SW | 3 wolkenl | 16 | Wetzlar | 759 | SD | 1 bedeckt | 8 |
| München | 760 | SW | 4 wolkenl | 16 | Paris | 757 | O | 1 bedeckt | 15 |
| Wien | 759 | SD | 1 wolkenl | 15 | | | | | |

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Mai 1912. Bleiblich warm, teilweise heiter, aber sehr veränderlich bei lebhaften südwestlichen Winden, etwas Regen mit Gewitterausbrüchen. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.